



JAHRBUCH DEUTSCHLAND+ 2026

Digitale Neuausrichtung

Ein Jahr voller Impulse, Debatten und Aufbrüche

Behörden Spiegel
////spezial

Digitalisierungspartner der Öffentlichen Verwaltung

Ob elektronische Identitäten, rechtssichere Kommunikation oder vertrauenswürdige Daten Governikus entwickelt seit über 25 Jahren Lösungen, die im Alltag von Verwaltung, Justiz, Wirtschaft, der Gesundheitsbranche sowie Bürger:innen unverzichtbar geworden sind. Mit unseren Produkten und Projekten stehen wir als IT-Sicherheitsexperte für digitale Souveränität, höchste Sicherheitsstandards und praxisnahe Umsetzbarkeit.



Jetzt
informieren!



Ein neuer Takt

Mit der Neugründung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) ist im vergangenen Jahr ein deutliches Signal gesetzt worden: Die digitale Transformation von Staat und Verwaltung soll künftig strategischer, kohärenter und ressortübergreifend gesteuert werden. Damit beginnt eine Phase der digitalen Neuausrichtung, die weit über organisatorische Fragen hinausgeht.

Das Jahr 2026 wird zeigen müssen, wie belastbar dieser neue Rahmen ist. Erwartungen sind hoch – an schnellere Entscheidungswege, klarere Zuständigkeiten und eine stärkere Verzahnung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Zugleich wächst der Druck, von Ankündigungen in die Umsetzung zu kommen und Digitalpolitik messbar wirksam zu machen.

Inhaltlich stehen dabei zentrale Zukunftsfragen im Raum: Wie gelingt die Weiterentwicklung der Registermodernisierung unter neuen politischen Vorzeichen? Welche Rolle kann und soll Künstliche Intelligenz künftig im Verwaltungshandeln einnehmen? Wie lassen sich digitale Infrastrukturen resilient, souverän und zugleich praxisnah gestalten? Und wie kann Staatsmodernisierung gelingen, ohne dabei die Menschen in den Verwaltungen aus dem Blick zu verlieren?

Deutlich wurde in den Diskussionen des vergangenen Jahres, dass Digitalisierung nicht allein durch Technologie vorangetrieben wird. Sie erfordert Veränderungsbereitschaft, neue Formen der Zusammenarbeit und ein gemeinsames Verständnis davon, wie Verwaltung im digitalen Zeitalter funktionieren soll. Change Management, Qualifizierung und Führung entwickeln sich damit immer stärker zu Schlüsselfaktoren einer erfolgreichen Transformation.

Unter dem Leitmotiv der „Digitalen Neuausrichtung“ bündeln sich diese Fragestellungen zu einer zentralen Herausforderung für 2026: den Übergang von fragmentierten Einzelinitiativen hin zu einem vernetzten, handlungsfähigen digitalen Staat. Das BMDS kann hierfür ein wichtiger Impulsgeber sein – vorausgesetzt, es gelingt, politische Steuerung und praktische Umsetzung wirksam miteinander zu verbinden. Dafür braucht es Kommunikation, Netzwerk und Austausch die föderale Leiter hoch, runter und quer.

Genau dieser Austausch bleibt auch im kommenden Jahr von zentraler Bedeutung. Unsere Kongresse und Veranstaltungen bieten Raum, um aktuelle Entwicklungen einzuordnen, Erfahrungen zu teilen und gemeinsam Lösungen für die anstehenden Aufgaben zu diskutieren. Sie schaffen die notwendige Verbindung zwischen Strategie und Praxis – und damit die Grundlage für eine nachhaltige digitale Transformation.

Ich freue mich darauf, Sie auch 2026 – virtuell oder vor Ort – auf unseren Veranstaltungen zu begrüßen und gemeinsam mit Ihnen die digitale Neuausrichtung von Staat und Verwaltung weiter voranzubringen.

Ihre



Dr. Eva-Charlotte Proll



Dr. Eva-Charlotte Proll

Herausgeberin und Chefredakteurin
Behörden Spiegel

Inhalt



6 Digitalagenda 2026

Struktur trifft Aufbruch

7 Schützenswerte Prozesse

Digitale Sicherheit als entscheidende Frage der Zeit

8 Gemeinsam sicher

Wie sich die Kleinsten besser schützen können

10 Zeit für Digital Only

Die digitale Dividende heben

11 Funktioniert der Staat?

Kommunen als Kundenzentrale der Verwaltung

12 Digitale Souveränität

Europas Weg in die digitale Zukunft?

14 Digitalpolitik im Check

Fortschritte und Entwicklungsstand der Projekte 2026

16 Handlungsfähig bleiben

Staatstransformation als Antwort auf die Zeitenwende

17 Eurovision Stack Contest

Gemeinsame IT-Infrastruktur der Zukunft

18 Verwaltungsmodernisierung unter Druck

Wie Geldknappheit und politische Vorgaben eine zukunftsfähige Verwaltung schaffen können

20 Was es für die Digitale Verwaltung braucht

Standardisierung als Grundlage?

22 Reset-Knopf drücken

Aufbruchsstimmung dank Digitalministerium

23 Vertrauen durch Digitalisierung

Effiziente Verwaltung fördert die Demokratie

24 Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der ewige Ruf nach der Föderalismusreform

26 Üben, üben, üben

Zentrum soll kommunale Cyber-Resilienz stärken

27 Die Krux mit den Hyper-Scalern

Der öffentliche Sektor sucht die europäische Alternative

28 Mehr Anreize für den IT-Sicherheitsnachwuchs

Fachkräftegewinnung für die Cyber-Sicherheit



29 Die größte Gefahr unserer Zeit

Cyber-Attacken und der Faktor Mensch

30 Kfz-Zulassung Digital Only

Hoffnung auf größere Nutzungszahlen der Verwaltungsleistung

31 Es geht uns nicht schlecht genug

Große Veränderung braucht eine Krise

32 Sicher dank Daten

Wie Smart-City-Projekte den urbanen Alltag prägen

34 Helfer für lästige Aufgaben

Welche Prozesse sich in der Justiz durch KI verbessern lassen

36 Puzzle in Europas Datenzentrum

Digitale Stärke und offenes Potenzial im Rhein-Main-Gebiet

38 Ein Tag Büro, ein Tag mobil

Kreis Bergstraße arbeitet flexibel und mit KI

39 Die Nutzenden verstehen

Kommunen evaluieren Online-Dienste mit Dashboards

40 AIgude und Co.

Hessen will KI als Markenzeichen

42 Im Norden was Neues

Digitale Kooperationen treffen in Magdeburg aufeinander

46 Der Weg zur digitalen Kommune

Von Investitionsklima bis Wissensaustausch

47 Deutschlands digitaler Umbau

Der Deutschland-Stack als Schlüssel zur digitalen Souveränität

50 Wenn Klicks gefährlich werden

Der Faktor Mensch im Mittelpunkt der Cyber-Abwehr

53 Glasfaser für alle

Milliarden für digitale Netze

54 Weniger Ziele, mehr Effekte

Rheinland-Pfalz modifiziert seine Digitalstrategie

56 Die Wahrnehmung der Bevölkerung

Digitale Teilhabe in Stadt und Fläche

58 Digital.Gemeinsam.Machen

Kooperationen als Fundament der kommunalen Verwaltungsdigitalisierung

Digitalagenda 2026

Struktur trifft Aufbruch

»» Frederik Steinhage, Behörden Spiegel

Erstmals wird die neue Digitalarchitektur des Bundes im Jahr 2026 nicht nur konzipiert, sondern mit festen Budgets, Fristen und Zuständigkeiten umgesetzt. Mit der Gründung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) im Frühjahr 2025 verfügt Deutschland erstmals über ein Ressort, das die digitale Transformation des Staates zentral steuert – von der Harmonisierung föderaler IT-Strukturen bis zur Einführung eines bundesweiten Architekturrahmens für öffentliche IT-Dienste.

Eine zentrale Rolle spielt dabei der sogenannte Deutschland-Stack. Er soll Verwaltung, IT-Dienstleister und Kommunen auf einen gemeinsamen technischen Rahmen verpflichten. „Der Germany Stack ist eines der zentralen Digitalisierungsprojekte dieser Legislaturperiode. Ziel ist es, eine sichere, interoperable und europakompatible Technologieplattform zu schaffen“, betont Oliver Süme, Vorsitzender des eco – Verbands der Internetwirtschaft.

Entscheidend für 2026 ist zudem der neu eingeführte Zustimmungsvorbehalt des BMDS bei IT-Ausgaben. Künftige Investitionen der Bundesverwaltung sollen vor ihrer Umsetzung auf strategische Bedeutung und Effizienz geprüft werden. Damit soll verhindert werden, dass parallele und redundante Systeme entstehen. Gleichzeitig enthält der Haushalt 2026 konkrete Mittel für zentrale Plattformprojekte, darunter hohe Investitionen in das digitale Bürgerkonto sowie die technische Infrastruktur der European Digital Identity Wallet (EUDI-Wallet).

Digitale Identitäten in die Fläche bringen

Die digitale Identität soll 2026 verstärkt in die Praxis überführt werden. Ziel ist es, das Bürgerkonto als einheitlichen Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen zu etablieren und die EUDI-Wallet rechtlich wie technisch einzubinden. Dieses Vorhaben gilt als Herzstück eines modernen Verwaltungszugangs und ist eng mit Register- und Dateninfrastrukturprojekten verknüpft. Kim Nguyen, Head of Innovation bei der Bundesdruckerei, betonte auf der Smart Country Convention, dass die digitale Identität ein fundamentales Element für digitale Interaktionen zwischen Staat und Bürgern sei.

Parallel dazu wird die Registermodernisierung weiter konkretisiert. Bestehende Register sollen so verknüpft werden, dass das Once-Only-Prinzip greift und Daten nicht mehrfach erhoben werden müssen. Pilotprojekte, etwa in der Finanzverwaltung,

sollen 2026 ausgeweitet werden. Ziel ist es, Verwaltungsaufwand zu reduzieren und Datenqualität zu verbessern, flankiert von notwendigen rechtlichen Anpassungen.

Medienbrüche reduzieren

Die Föderale Modernisierungsagenda ergänzt diese Vorhaben um rechtliche und organisatorische Maßnahmen. Dazu zählen die stärkere Nutzung der Textform anstelle der Schriftform sowie die Bündelung von Berichtspflichten bis Mitte 2026. Ziel ist es, Medienbrüche abzubauen und digitale Prozesse zum Standard zu machen.

Der Deutschland-Stack soll 2026 weiter operationalisiert werden. Basiskomponenten wie Identitätslösungen, Kommunikationsdienste, Datenplattformen und Cloud-Infrastrukturen werden zu einem modularen Gesamtsystem zusammengeführt, das von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam genutzt werden kann. Damit sollen digitale Dienste vereinheitlicht und der Einsatz moderner Technologien wie KI erleichtert werden.

Auch Beschlüsse des IT-Planungsrats geben einen Ausblick auf 2026: Der „Marktplatz der KI-Möglichkeiten“ soll als nationales Produkt weiterentwickelt werden, um KI-Anwendungen registrier- und nachnutzbar zu machen. Zudem sind neue EVB-IT-Vertragsmuster für Open-Source-Software vorgesehen, um digitale Souveränität zu stärken.

ITZBund stärken

Auf operativer Ebene soll das ITZBund 2026 weiter gestärkt werden. Geplant sind einheitliche Betriebsmodelle, gebündelte Infrastrukturleistungen sowie harmonisierte Servicekataloge. Ergänzend sieht der Digitalhaushalt Förderprogramme für Glasfaser- und Mobilfunkausbau sowie vereinfachte Genehmigungsverfahren vor.

Auch europäische Vorgaben prägen die Digitalagenda 2026. Die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und der KI-Verordnung erfordert Anpassungen im Sicherheitsmanagement und macht zugleich eine engere Abstimmung von Standards erforderlich. Ziel ist es, nationale und europäische Digitalstrukturen enger zu verzahnen und den digitalen Staat nachhaltig in die Umsetzung zu bringen.



30. Januar 2025, Hannover

cyber_sicherheits_tag niedersachsen

Befähigung, Kooperation und Resilienz

www.cybertag-nds.de | Behörden Spiegel

 BehoerdenNews  cyberNDS  BehoerdenSpiegel  BehoerdenSpiegel

Schützenswerte Prozesse

Digitale Sicherheit als entscheidende Frage der Zeit

»» Paul Schubert, Behörden Spiegel

Die Gefahrenlage im Cyber-Raum nimmt zu – das zeigt sich auch in Niedersachsen. Landes-CIO Dr. Horst Baier warnte auf dem Cyber-Sicherheitstag Niedersachsen vor der wachsenden Bedrohung durch Cyber-Kriminalität und stellte die umfassende Cybersicherheitsstrategie des Landes vor.

Die digitale Sicherheit wird zur entscheidenden Frage unserer Zeit.“

Dr. Horst Baier, CIO bei Land Niedersachsen i.R.

Ein Anstieg von mehr als 40 Prozent in fünf Jahren – so entwickelt sich die Cyber-Kriminalität in Niedersachsen. Im Lagebild des Jahres 2024 wurden 13.200 Fälle registriert und rund 3.400 Tatverdächtige ermittelt, erklärte Baier. Daher forderte er, dass jede Organisationsleitung kritisch hinterfragen solle, welche Prozesse besonders schützenswert



Landes-CIO Dr. Horst Baier wünscht sich ein Cyber-Sicherheitszentrum für Niedersachsen.

Foto: BS/Brech

sind und wie diese im Falle eines Angriffs wiederhergestellt werden können. Das Management der Informationssicherheit bleibe „Chefinnen- und Chefsache“, betonte er. „Die digitale Sicherheit wird zur entscheidenden Frage unserer Zeit“, so der Landes-CIO weiter. Niedersachsen habe diese Entwicklung vorausgesehen: Bereits 2021 unterzeichnete das Bundesland die bundesweit erste Kooperationsvereinbarung mit dem Bundesamt für Sicherheit

in der Informationstechnik (BSI). Anlass dafür war die erste Auflage des Cyber-Sicherheitstags Niedersachsen. Mit dieser Vereinbarung wurden die rechtlichen Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit geschaffen.

Niedersächsische Cybersicherheitsstrategie vorgestellt

Niedersachsens CISO Dr. Franz Schenk erklärte in Hannover, dass dadurch der Austausch verbessert wurde, Penetrationstests durch das BSI für die niedersächsische Landesregierung ermöglicht und eine „Roadshow“ für Kommunen angeboten werden konnte. Auch die dritte Ausgabe des IT-Sicherheitskongresses brachte Neuerungen: So nutzte Landes-CIO Baier die Gelegenheit, die Cybersicherheitsstrategie Niedersachsens einem breiteren Publikum vorzustellen. Diese wurde im September letzten Jahres veröffentlicht und setzt gemeinsam mit einer im Oktober beschlossenen Verwaltungsvorschrift die NIS-2-Anforderungen für die Landesverwaltung um. Der Bund hänge hier noch hinterher: „NIS-2 ist ja gescheitert“, stellte der Landes-CIO Baier fest. Er hoffe, dass die Politik sich bis zum Herbst auf eine Lösung einige.

Die Cybersicherheitsstrategie Niedersachsens enthält keine grundsätzlichen Überraschungen. Sie fordert insbesondere eine engere Vernetzung in den Bereichen Cyber Security, Cyber Crime und Cyber Intelligence sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen Kommunen und der Landesverwaltung, insbesondere im Hinblick auf Vorfallmeldungen. Weitere Handlungsfelder sind unter anderem eine ganzheitliche Lagebilddarstellung und die Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Großer Wunsch nach einem Cyber-Sicherheitszentrum

Ein Anliegen war Baier die Errichtung eines Cyber-Sicherheitszentrums in Niedersachsen. Als Vorbilder dienen hier andere Landes-Cybersicherheitsbehörden wie das Hessen3C, die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg (CSBW) und das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) in Bayern. Für ein solches Zentrum bestehe ein „hoher Bedarf“, allerdings sei die Umsetzung finanziell nicht realisierbar, so Baier. Dennoch hatte die niedersächsische Landesregierung aus SPD und Bündnis 90/ Die Grünen die Einrichtung eines solchen Zentrums bereits 2022 im Koalitionsvertrag festgeschrieben.

Gemeinsam sicher

Wie sich die Kleinsten besser schützen können

»» Anna Ströbele, Behörden Spiegel

Ein IT-Sicherheitscheck gibt Einblicke über das aktuelle Schutzniveau von Niedersachsens Kommunen. Während das Land mehr Eigenverantwortung fordert, drängen die Kommunen auf weitere Unterstützung durch das Land. Neben mehr Geld und Personal könnten einheitliche Standards und zentrale Schulungsangebote helfen. Auch Kooperationen zwischen Kommunen sind nicht zu vernachlässigen.

„Warum brauchen wir Informationssicherheit? So interessant sind wir doch gar nicht.“ So eine Reaktion habe der CISO der Niedersächsischen Landesverwaltung, Dr. Frank Schenk, schon öfter gehört, wenn er versuchte, für mehr Cyber-Sicherheit zu werben. Hacker hacken aber nicht nur, um an Informationen zu gelangen, sondern auch, um daraus Profit zu schlagen – und das sei dank Kryptowährungen und der damit einhergehenden Anonymität heute viel einfacher möglich. Deswegen sei heute jede Organisation potenzielles Opfer, so Schenk. Dazu zählen auch kleine und mittlere Kommunen, von denen Niedersachsen eine Menge hat.

Das kann nur der erste Schritt sein.

Dr. Stephan Meyn, Referatsleiter und Pressesprecher beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund

Landes-CIO Dr. Horst Baier findet, die NIS-2-Regulierung von Kommunen sei falsch, da sie einen hohen bürokratischen Aufwand gebracht habe. Doch deswegen sollten sich die Kommunen jetzt nicht entspannen – im Gegenteil. Baier appelliert an die Eigenverantwortung der Städte und Gemeinden. Noch habe die Cyber-Sicherheit nicht überall Priorität. Woran es mangelt, weiß das Land dank der Ergebnisse des IT-Sicherheitschecks für Kommunen „B-Hard“, einem kostenfreien und freiwilligen Angebot des Niedersächsischen Innenministeriums. 228 Kommunen haben ihn bereits genutzt.

„Für die 62 Prüffragen haben wir Durchschnittswerte für jede einzelne Kommune berechnet“, erklärt Marcel Ernst, IT-Security Consultant bei

Bechtle, das die Checks durchführte. Daraus habe sich ein Lagebild ergeben, welches zeige, wie die Kommunen in Niedersachsen grundsätzlich aufgestellt sind. Eine Frage betraf Ticketsysteme. Ergebnis des Checks in Niedersachsen: 125 Kommunen (55 Prozent) hätten bereits ein solches implementiert, 101 Kommunen (45 Prozent) nicht. Ernst empfiehlt die Verwendung von solchen, um den IT-Betrieb zu organisieren und Kennzahlen zu erfassen. Diese Dokumentation im Ticketsystem könnte auch dabei helfen, den eigenen Arbeitsaufwand zu beweisen, um beispielsweise weitere Haushaltssmittel zu erhalten. Auch in Nordrhein-Westfalen wurde der Sicherheitscheck durchgeführt. Hier schnitten die Kommunen Ernst zufolge etwas besser ab.

Nur der erste Schritt

Dr. Stephan Meyn, Referatsleiter und Pressesprecher beim Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund, erklärte, die Aktion sei ein Erfolg gewesen. Nun sei „schwarz auf weiß“ klar, an welchen Stellen nachgearbeitet werden müsse. Er sprach sich dafür aus, in Zukunft eine Wiederholung durchzuführen, um die Fortschritte zu sehen. Gleichzeitig stellte Meyn klar: „Das kann nur der erste Schritt sein.“ Er forderte vom Land eine Eingriffstruppe für Cyber-Notfälle und die finanzielle sowie personelle Unterstützung der Kommunen über weitere Förderprogramme.

Die zentrale Gestaltung von Schulungen wäre Meyn zufolge ebenfalls sinnvoll. Nicht jedes Rathaus müsse sich hierzu eigene Gedanken machen oder eigene Videos produzieren. Außerdem lohne sich mehr Zusammenarbeit zwischen den Kommunen,



Der dritte Cyber-Sicherheitstag Niedersachsen stand unter dem Motto: Befähigung, Kooperation und Resilienz.

Foto: BS/Bildschön

um nicht allein dazustehen. „Längst nicht alle“ Kommunen seien bei den IT-Dienstleistern organisiert.

Moritz Kienzle, Informationssicherheitsbeauftragter (ISB) im Landkreis Rotenburg (Wümme), befürwortet ebenfalls die interkommunale Zusammenarbeit, zum Beispiel in Form der gemeinsamen Beschaffung oder der Etablierung von gemeinsamen Standards. Den Kommunen würde es Kienzle zufolge helfen, wenn beispielsweise der IT-Grundschutz bundesweit verbindlich wäre. Es brauche Zeit und ein „entsprechendes Investment“, um diesen zu erreichen. „Aber wir hätten eine Grundlage, auf die wir uns alle gemeinsam committen können. Dann könnte man deutlich leichter von links nach rechts schauen und sehen: Wo steht ihr, was machen wir gerade und wo können wir uns gegenseitig helfen?“, so der ISB. Auf die Verbindlichkeit eines IT-Sicherheitsstandards für alle müssten sich die Länder untereinander einigen.

 **PDV GmbH**
Ein Unternehmen der PDV-group

Modern arbeiten. Souverän handeln.

VIS-Suite – die ECM-Plattform für die Verwaltung. Mit VIS-NoCode und VIS-GenAI für maximale Effizienz durch intelligente Prozessautomatisierung.

Cloud-ready. Sicher. Intelligent.

www.pdv.de/vis-suite

6. FEBRUAR 2025 | München



ZUKUNFTSKONGRESS BAYERN

EINE DIGITALE DEKADE – VIEL ERREICHT, VIEL ZU TUN!
2015-2025 – Zehn Jahre ZukunftsKongress Bayern

www.zukunftsKongress.bayern | Behörden Spiegel



BehoerdenNews



zknbayern25



BehoerdenSpiegel



BehoerdenSpiegel

Zeit für Digital Only

Die digitale Dividende heben

»» Anna Ströbele, Behörden Spiegel

Der Bayerische Digitalminister, *Dr. Fabian Mehring* (Freie Wähler), forderte die Abschaffung von analogen Doppelstrukturen. Dafür soll ein Datum festgelegt werden, um Zugzwang auszulösen. Den Digitalcheck bezeichnet der Minister als das „perfekte Instrument“, um Gesetze digitaltauglicher zu gestalten.

Noch gebe es keine digitale Dividende, bekräftigte der Bayerische Staatsminister für Digitales, *Dr. Fabian Mehring* (Freie Wähler), auf dem ZukunftsKongress Bayern. Erst wenn Verwaltungsleistungen nicht mehr zusätzlich analog angeboten würden, lohne sich die Digitalisierung finanziell. *Mehring* äußerte Verständnis für Kommunen, bei denen „die Hütte brennt“ und die deswegen Digitalisierungsvorhaben zurückstellen müssten. Daher braucht es seiner Ansicht nach ein Datum, ab welchem der digitale Weg der einzige sein dürfe, kurz „Digital Only“. Dabei sei nicht wichtig, welches Datum letztlich gewählt werde. Ausschlaggebend sei nur, dass es eines gebe und so ein „Zugzwang“ entstehe. Die baltischen Staaten „hatten den Mut, ein Datum zu setzen“, so *Mehring*. Dem Weg sollte Deutschland folgen. „Ich will niemanden abhängen“, stellte der Politiker klar.

Er betonte die Anstrengungen seines Ministeriums, die Menschen „digital fit“ zu machen. Die fünf Prozent, die „übrig“ blieben, sollen in Zukunft zu einer Anlaufstelle gehen können, um dort mit Unterstützung der Beschäftigten ihre Anliegen zu verteidigen. So ist die Praxis in Estland. „Wenn ich Digital Only mache, kann ich jeder Bayerin und jedem Bayern über 70 eine eigene Staatsbeamte oder einen eigenen Staatsbeamten 24/7 an die Seite stellen, der sie bei der digitalen Transformation unterstützt. Und ich bin immer noch wirtschaftlicher, als wenn ich weiterhin diesen Doppelweg fahre“, zeigte sich der Minister überzeugt. Eine weitere Hürde erkannte *Mehring* im Ressortprinzip: „Als Digitalminister haben Sie keine Chance, sich in den Gesetzgebungsprozess eines anderen Ministeriums einzumischen“. Jedoch sei Digitalisierung ein Querschnittsthema. Förderverfahren und Gesetze müssten von Anfang an so gestaltet werden, dass sie später digital umsetzbar seien. „Und da ist das Bewusstsein bei den Fachministern anderer Ressorts ungefähr so hoch wie mein Wissen um die Blauzungenimpfung in der Agrarpolitik“, veranschaulichte der Digitalminister. Deswegen brauche es den Digitalcheck, „eine Art



Vetorecht“ für sein Haus. In Bayern habe das Digitalministerium bereits mehr als 80 Gesetzesverfahren begleitet und verändert. In Zukunft will der Minister weitere Schritte in diese Richtung gehen. Hinsichtlich Künstlicher Intelligenz (KI) erklärte *Mehring*, dass es keinen Sinn ergebe, nun in ein großes Sprachmodell zu investieren, da die

internationale Konkurrenz schon viel weiter und ein Aufholen nicht realistisch sei. Daher schlug der Minister vor: „Wir müssen unser Alleinstellungsmerkmal auf den digitalen Märkten der Zukunft finden. Was ist da naheliegender, als aus der Not eine Tugend zu machen?“ Für seine Bürokratie werde Deutschland international bewundert. GovTech könne der „Exportschlager für die deutsche Digitalwirtschaft“ sein, so *Mehring*. Er forderte, diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Funktioniert der Staat?

Kommunen als Kundenzentrale der Verwaltung

»» Paul Schubert, Behörden Spiegel

Nürnberg profitiert als zweitgrößte Stadt Bayerns von der Digitalisierung der Verwaltung. Insbesondere in der Kooperation mit München und Augsburg gebe es eine „konstruktive Zusammenarbeit“, berichtet Dr. Matthias Latus aus dem Amt für Digitalisierung und Prozessorganisation der Stadt Nürnberg. Wie letztendlich die digitalen Leistungen ankommen, zeigt sich jedoch nicht nur in den Großstädten.

Der Begriff Aufgabenkritik ist quasi aus der Verwaltung verschwunden, obwohl er heute wichtiger sei denn je.“

Dr. Matthias Latus, Amt für Digitalisierung und Prozessorganisation der Stadt Nürnberg

Latus erklärt, dass Nürnberg eine zentrale Digitalisierungsstrategie verfolge und Oberbürgermeister Marcus König (CSU) die Vorhaben konsequent umsetze. Nürnberg stehe dabei vor großen Herausforderungen. In Zeiten des kommunalen und technischen Wandels könne man kaum noch aktiv gestalten, sondern werde vielmehr vor sich hergetrieben. Auch die hyperaktive Gesetzgebung, die hohe Regulierungsdichte und die zunehmenden Berichtspflichten erschweren die Arbeit der Digitalisierer. Zudem sei nur die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger mit den Online-Behördendiensten in Deutschland zufrieden. „Und das gilt sicherlich auch für die Menschen in Nürnberg“, ergänzt er. Ferner würden die Prozesse vor ihrer Digitalisierung zu

wenig hinterfragt. Auch der Begriff „Aufgabenkritik“ sei quasi aus der Verwaltung verschwunden, obwohl er heute wichtiger denn je wäre. Um diese Entwicklung zu ändern, schlägt Latus konkrete Maßnahmen vor. So solle die Verwaltungsmodernisierung zur Chefsache werden. Zukunftsthemen müssten gebündelt und gemeinsam angegangen werden. Zudem fordert er Investitionen in die Leistungsträger der Verwaltung. Dazu gehöre eine Modernisierung des TVöD: „Wir müssen es schaffen, die richtigen Leute an der richtigen Stelle langfristig motiviert zu halten.“ Wenn die Motivation der Beschäftigten nachlässt, verschärft sich in Kombination mit dem Fachkräftemangel die Lage. Ohne Digitalisierung drohen in Zukunft zwei Herausforderungen: Zum einen fehlten die Fachkräfte, um Bürgerämter zu öffnen, zum anderen bleibe ihr Einsatz notwendig, weil nicht genug Online-Dienste verfügbar seien, warnte Gudrun Aschenbrenner, Vorstandsmitglied der AKDB. Carolin Stimmelmayr, Abteilungsleiterin Digitales Bayern, erklärt, dass die bisherigen digitalen Prozesse auch deshalb beibehalten würden, weil noch ausreichend Mittel und Personal vorhanden seien. Sie vermutet, dass sich dies in zehn Jahren ändern könnte – wenn weder Budget noch Fachkräfte zur Verfügung stehen, werde man zu effizienterem Handeln gezwungen sein. Es sei entscheidend, herauszufinden, wie zufriedenstellend die Verwaltung für Bürgerinnen und Bürger in der Zukunft arbeiten könne, formuliert Latus. Daher müsste die kommunale Erfahrung stärker einbezogen werden: Die Kommunen seien die Kundenzentrale der Verwaltung. Hier werde erklärt, wie der Staat funktioniere: „Unsere Erfahrungen werden aus unserer Sicht immer noch nicht regelmäßig und strukturiert genug in die Entscheidungsprozesse eingebunden“, fasst Latus zusammen.

Digitale Souveränität – Europas Weg in die digitale Zukunft?

In Zeiten eines geopolitischen und technologischen Epochenbruchs gewinnt digitale Souveränität an Bedeutung. Was ist darunter konkret zu verstehen? Der eco Branchenpuls – eine quartalsweise durchgeführte Umfrage des eco – Verbands der Internetwirtschaft e.V. unter IT-Entscheiderinnen und Entscheidern in Deutschland – zeigt, dass in Fachkreisen unterschiedliche Auffassungen bestehen. Demnach verstehen über 60 Prozent der Befragten digitale Souveränität als Freiheit bei der Anbieterwahl. Rund neun Prozent verbinden damit Autarkie und Abschottung, während sich etwa 18 Prozent keiner der beiden Positionen zuordnen. Weitere 13 Prozent antworteten mit „Weiß nicht“.

Europa verfügt in der globalen Digitalwirtschaft über ungenutztes Potenzial. Während US-amerikanische Plattformen rund 86 Prozent des Marktes dominieren und Asien auf etwa elf Prozent kommt, liegt Europas Anteil bei lediglich zwei Prozent (FAZ). Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei Investitionen in digitale Infrastrukturen – Europa investiert deutlich weniger als die USA und China. Laut einer McKinsey-Studie liegt Europa bei den Pro-Kopf-Investitionen weit zurück; in Deutschland ist dieser Rückstand besonders ausgeprägt. Im Index für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft der Europäischen Kommission belegt Deutschland nur Platz 14 von 27 EU-Mitgliedstaaten. Für eine der größten Volkswirtschaften der Welt ist dies ein Signal für dringenden Handlungsbedarf. Nach Jahren politischer Zurückhaltung wird digitale Souveränität wieder verstärkt in Debatten aufgegriffen. Ziel einer europäischen Ausprägung digitaler Souveränität ist es, unabhängige Entscheidungsfreiheit zu sichern, demokratische Werte und Rechtsnormen zu wahren sowie fairen Wettbewerb zu stärken. Nicht die Herkunft eines digitalen Produkts entscheidet über dessen Vertrauenswürdigkeit, sondern die technisch nachweisbare IT-Sicherheit.

Digitale Souveränität bedeutet dabei keinen Protektionismus, sondern Wahlfreiheit. Unternehmen und Institutionen müssen in der Lage sein, aus Angeboten die passende digitale Lösung auszuwählen. Voraussetzung dafür sind sowohl Marktrahmen als auch digitale Kompetenzen,



Alexander Rabe ist Geschäftsführer des eco – Verbands der Internetwirtschaft e.V. und setzt sich für digitale Souveränität, faire Wettbewerbsbedingungen und einen starken europäischen Digitalstandort ein.

Foto: eco- Verband

um Technologien bewerten zu können. Zugleich muss Europa als Standort für digitale Innovationen attraktiver werden. Dazu zählen der Abbau bürokratischer Hürden, wettbewerbsfähige Energiepreise und der Ausbau digitaler Infrastrukturen wie Rechenzentren. Insbesondere in Zukunftsfeldern wie KI und Quantencomputing besteht Nachholbedarf. Während die USA und China hier vorangehen, sieht sich Europa mit langwierigen Genehmigungsverfahren und strukturellen Hemmnissen konfrontiert.

Ein funktionierender digitaler Binnenmarkt könnte europäische Stärken bündeln. Mit 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern verfügt Europa über erhebliche, bislang ungenutzte Skaleneffekte. Einheitliche Regeln und ihre konsequente Anwendung könnten Unternehmen ermöglichen, Innovationen schneller zu entwickeln und digitale Dienste europaweit anzubieten. Darauf aufbauend muss Europa die Potenziale der datengetriebenen Wirtschaft erschließen. Daten sind die Grundlage für Innovation – entscheidend ist ihre rechtssichere und verantwortungsvolle Nutzung. Die Datenschutz-Grundverordnung hat hierfür Rahmenbedingungen geschaffen, doch es fehlen praktikable und einheitliche Zugangsmodelle für Unternehmen und Start-ups. Digitale Souveränität erfordert letztlich einen Wandel im europäischen Denken und Handeln. Europa darf nicht länger in der Analyse verharren, sondern muss den Mut zu klaren und gemeinsamen Entscheidungen aufbringen.



„Konsequente Digitalisierung ist im Public Sector ein Muss. Mit DATEV können wir alles rechtssicher umsetzen.“

Digitale Prozesse zu initiieren und auszubauen, ist eine der großen Herausforderungen im Public Sector – die leistungsstarke und rechtssichere Software von DATEV für Finanzwesen, Personalwesen und Verwaltungsprozesse unterstützt Sie zuverlässig bei Ihren Vorhaben. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu den idealen Partnern an Ihrer Seite.

Mehr Informationen unter
go.datev.de/public-sector

60
Jahre DATEV

Digitalpolitik im Check

Fortschritte und Entwicklungsstand der Projekte 2026

»» Frederik Steinhage, Behörden Spiegel

Der „Digitalmonitor 2.0“ des Branchenverbands Bitkom legt systematisch offen, wie die deutsche Bundesregierung ihre digitalen Vorhaben tatsächlich umsetzt und welche Fortschritte im digitalen Handlungsfeld bislang erzielt wurden. Der Monitor bildet den Umsetzungsstand digitalpolitischer Einzelprojekte aus dem Koalitionsvertrag und weiteren strategischen Vorhaben ab und zeigt dabei auf, welche Vorhaben begonnen, abgeschlossen oder noch ausstehend sind.



Der Bitkom-Digitalmonitor zeigt, welche digitalpolitischen Projekte der Bundesregierung gestartet, umgesetzt oder noch offen sind.

Foto: BS/Ilya, stock.adobe.com

Grundlage ist eine fortlaufende Bestandsaufnahme, die ressortübergreifend mehr als 1.200 Datenpunkte nutzt, um die 217 digitalpolitischen Maßnahmen der aktuellen Legislatur quantitativ und qualitativ zu erfassen und zu bewerten. Die Methodik des Monitors folgt einem klaren Raster: Jedes Vorhaben wird daraufhin geprüft, ob es bereits gestartet wurde, sich in Umsetzung befindet oder vollständig abgeschlossen ist.

Dabei unterscheidet die Bitkom nicht nur nach Status, sondern auch nach der Bedeutung für die Digitalisierung, dem Verantwortungsbereich der jeweiligen Ressorts und dem Digitalbezug einzelner Maßnahmen. Die Ergebnisse werden quartalsweise aktualisiert und im Dashboard nach Ressorts und Kategorien aufbereitet, was die politische Steuerung und das Monitoring digitaler Transformationsprozesse erleichtern soll.

Digitaler Stand 2026

Der aktuelle Stand zu Beginn des Jahres 2026 zeigt: Von 217 digitalpolitischen Vorhaben sind 13 vollständig abgeschlossen, 99 weitere befinden sich

in Umsetzung, während 106 Vorhaben noch nicht begonnen wurden. Damit wurden bereits mehr als die Hälfte der Projekte zumindest gestartet oder ins Ziel gebracht, was aus Sicht der Bitkom ein deutliches Tempo signalisiert.

Aus der Analyse geht hervor, dass die Federführung über die digitalen Projekte nicht gleich verteilt ist. Das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) verantwortet mit Abstand die meisten Maßnahmen, nämlich 62 Vorhaben, von denen sieben bereits abgeschlossen sind und 30 in Umsetzung stehen. Weitere bedeutende Zuständigkeiten liegen beim Bundeswirtschaftsministerium, dem Bundesinnenministerium sowie dem Justiz- und Forschungsressort – jeweils mit unterschiedlich starkem Umsetzungsstand.

In der Bewertung der Bitkom spiegelt dieses Bild sowohl Dynamik als auch bestehende Lücken wider. Der Bitkom-Präsident, Dr. Ralf Wintergerst, weist darauf hin, dass die Bundesregierung in ihren ersten Monaten ihrer Amtszeit wichtige Projekte ins Ziel gebracht hat, darunter die Modernisierungsagenden für Bund und Länder, das digitale Bürokratiemeldeportal und den brandneuen Digitalpakt 2.0 für Schulen. Wintergerst betont: „Die Bundesregierung legt ein gutes Tempo vor. Jetzt müssen Bund, Länder und Kommunen auch dafür sorgen, dass die Maßnahmen bei den Menschen ankommen.“

Zuständigkeiten spielen zentrale Rolle

Die Daten des Monitors zeigen zudem, wie stark der digitale Modernisierungsprozess von der institutionellen Verortung abhängt: Wo Zuständigkeiten bislang stark fragmentiert waren, konnten Umsetzungen nur langsam vorankommen; dort, wo klare Verantwortlichkeiten geschaffen wurden, etwa im neuen Digitalministerium, lassen sich Fortschritte schneller ablesen. Diese Beobachtung unterstreicht, wie eng strukturelle Steuerungsfragen und Umsetzungserfolg miteinander verknüpft sind, gerade in einem föderalen System. Aus den ressortscharfen Auswertungen wird ersichtlich, dass auch nicht nur große, sondern viele mittlere und kleinere Maßnahmen in Gang gesetzt wurden, die in der Summe jenen infrastrukturellen, administrativen und gesellschaftlichen Wandel vorbereiten, der für die digitale Transformation Deutschlands notwendig ist. Dazu zählen Initiativen zur Modernisierung der Verwaltung, zur Förderung digitaler Bildung oder zur Weiterentwicklung der digitalen Infrastruktur.

Deutschland-Stack: Zentralität wagen, um Föderalismus digital zu stärken

Warum gemeinsame digitale Fundamente die Voraussetzung für einen handlungsfähigen, modernen Staat sind

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland ist an einem Wendepunkt angekommen. Nach Jahren intensiver Diskussionen, zahlreicher Programme und vielfältiger Initiativen wird zunehmend deutlich, digitale Leistungsfähigkeit entsteht nicht allein durch Engagement vor Ort, sondern durch gemeinsame, tragfähige Grundlagen, auf denen föderale Vielfalt aufbauen kann. Der Deutschland-Stack steht exemplarisch für diesen Perspektivwechsel und für die Erkenntnis, dass Zentralität im digitalen Raum keine Bedrohung, sondern eine Chance für einen modernen Föderalismus ist.

Der föderale Aufbau Deutschlands war stets eine Stärke. Er ermöglicht Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern, regionale Gestaltungsfreiheit und differenzierte fachliche Verantwortung. In der analogen Welt funktionierte dieses Modell über Jahrzehnte hinweg sehr gut. In der digitalen Welt jedoch gelten andere Gesetzmäßigkeiten. Digitale Verwaltungsleistungen sind skalierend, vernetzt und standardabhängig. Sie entfalten ihren Nutzen erst dann vollständig, wenn sie interoperabel, sicher und flächendeckend verfügbar sind. Genau hier zeigt sich, dass föderale Autonomie allein nicht ausreicht, sie braucht ein gemeinsames digitales Fundament.

Vom Nebeneinander zum gemeinsamen Fundament

Die bisherigen Erfahrungen in der Verwaltungsdigitalisierung zeigen weniger ein Versagen bestehender Strukturen als vielmehr deren Begrenztheit unter digitalen Rahmenbedingungen. Dezentral entwickelte Lösungen, unterschiedliche technische Architekturen und fehlende gemeinsame Standards haben vielerorts dazu geführt, dass Synergien ungenutzt blieben und Skaleneffekte ausblieben. Auch das konzeptionell sinnvolle „Einer-für-Alle-Prinzip“ im Rahmen der OZG-Umsetzung hat sich in der Praxis bisher nicht bewährt. Der Deutschland-Stack adressiert genau diesen Punkt. Er steht für den Anspruch, zentrale Basiskomponenten bereitzustellen, auf denen Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen aufsetzen können.

Dabei geht es nicht um Vereinheitlichung fachlicher Entscheidungen oder um einen Einheitsstaat in der IT. Im Gegenteil, Zentralität auf der Infrastrukturebene schafft erst die Voraussetzung dafür, dass föderale Verantwortung weiterhin dezentral wahrgenommen werden kann. Gemeinsame Identitäts- und Registerdienste, standardisierte Schnittstellen oder zentrale Plattformdienste entlasten die Verwaltung vor Ort und ermöglichen es, sich auf das zu konzentrieren, was Föderalismus im Kern ausmacht: Fachliche Ausgestaltung, Nähe zum Bürger und kommunale Selbstverwaltung.



Erwin de Man und Sebastian Mayer begleiten privatwirtschaftliche Unternehmen wie auch die öffentliche Hand bei komplexen Digitalisierungsvorhaben.

Foto: BS/Protiviti

Der Deutschland-Stack: Plattform oder Vertragsrahmen?

Entscheidend für den Erfolg des Deutschland-Stacks ist weniger die technische Detailfrage als das grundsätzliche Verständnis des Vorhabens. Wird der Stack primär als Plattform gedacht, droht eine Fokussierung auf Tools, Architekturen und Feature-Diskussionen. Seine eigentliche Wirkung entfaltet er jedoch dann, wenn er als verbindlicher Rahmen verstanden wird, als gemeinsames Regelwerk für Standards, Sicherheitsanforderungen, Verantwortlichkeiten und Governance.

In diesem Sinne ist der Deutschland-Stack weniger ein klassisches IT-Projekt als ein digitaler Staatsvertrag zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Er definiert, welche digitalen Basiskomponenten gemeinsam verantwortet werden, welche Mindeststandards gelten und wie Entscheidungs- und Durchgriffsmechanismen ausgestaltet sind. Erst diese Verbindlichkeit schafft Vertrauen, Planbarkeit und die notwendige Geschwindigkeit in der Umsetzung.

Digitale Souveränität neu gedacht

Auch die Diskussion um digitale und Cloud-Souveränität erhält in diesem Kontext eine neue Qualität. Souveränität entsteht nicht durch den Hegemonie über einzelne Technologien oder durch nationale Alleingänge, sondern durch Kontrollfähigkeit, Transparenz und klare vertragliche Regelungen. Entscheidend ist die Fähigkeit, technologische Entscheidungen selbstbestimmt zu treffen, Anbieter wechseln zu können und regulatorische Anforderungen jederzeit nachweisbar zu erfüllen.

Der Deutschland-Stack kann hierfür einen zentralen Beitrag leisten, indem er klare Anforderungen an Cloud-Nutzung, Datenhoheit, Auditierbarkeit und Sicherheitsstandards definiert. So entsteht ein Rahmen, in dem moderne Cloud-Technologien verantwortungsvoll und souverän eingesetzt werden können – nicht trotz, sondern gerade wegen zentraler Vorgaben.

18.–19. März 2025

DIGITALER STAAT

Digitale Verwaltung geht auf Sendung

digitaler-staat.org | Behörden Spiegel

 @Digitaler_Staat  digitaler_staat  digitalerstaat  BehoerdenSpiegel

Handlungsfähig bleiben

Staatstransformation als Antwort auf die Zeitenwende

»» Christian Brecht, Behörden Spiegel

Die Frage nach einem möglichen neuen Digitalministerium prägte auch auf dem Digitalen Staat 2025 die Debatten. Andere Verwaltungsthemen und deren Status quo waren dagegen fast schon Klassiker: Prozessoptimierung, Cloud, Registermodernisierung – und natürlich Künstliche Intelligenz und Automatisierung. Jenseits der fachlichen Deepdives wurde der Blick auch auf das große Ganze gerichtet: Nicht weniger als Deutschlands Souveränität und der Erhalt der Demokratie stehen dieser Tage auf dem Spiel.

Bei der Digitalisierung des Staates solle man „definitiv nicht mit der Kettensäge rangehen“, schickte Münchens Chief Digital Officer Dr. Laura Dornheim einen kleinen Gruß an Elon Musk. So schnell wie möglich solle es natürlich trotzdem gehen, so Dornheim. Die CDO der bayerischen Landeshauptstadt sprach sich zudem für ein „starkes Digitalministerium“ aus. Dieses solle „nach



Beim Fernsehshow-Klassiker „Ruck Zuck“ musste das Team Verwaltung eng zusammenarbeiten: Baden-Württembergs CIO Stefan Krebs, ZenDiS-Geschäftsführerin Jutta Horstmann, Münchens CDO Dr. Laura Dornheim sowie der Präsident der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAköV), Arne Schönbohm (v. l. n. r.).

Foto: BS/Bildschön

hessischem, nicht nach bayerischem Vorbild“ aufgebaut werden – womit gemeint sein dürfte, dass das hessische Modell in Digitalfragen autarker agiert,



während das Pendant in Bayern mehr Kompetenzüberschneidungen mit anderen Ministerien hat. Skalierbarkeit sei „das Killerfeature der Digitalisierung“, betonte Dornheim das große Transformationspotenzial. Der Bund könne etwa über eine entsprechende Plattform „zumindest bei Basiservices zwei

bis drei Optionen“ anbieten. Die Kommunen in ganz Deutschland könnten sich dann für ihre bevorzugte Leistung entscheiden, anstatt vor zig Anbietern zu stehen oder Lösungen selbst bauen zu müssen. Stefan Krebs, Chief Information Officer von Baden-Württemberg, widersprach der Idee eines Digitalministeriums auf Bundesebene nicht. Er gab jedoch zu bedenken, dass es „eineinhalb Jahre dauere“, ein solches zu errichten.

Eurovision Stack Contest

Gemeinsame IT-Infrastruktur der Zukunft

»» Anna Ströbele, Behörden Spiegel

Warum Europa immer die richtige Antwort ist und wie Standards die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben können, erläuterte Luise Kranich, Referatsleiterin im Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), in ihrer Keynote. Sie appellierte zudem an die Verantwortung jedes Einzelnen, sich für eine effizientere IT-Infrastruktur des Staates einzusetzen. „Wenn wir richtig gut sind, wird es schön, einfach und für Dritte nutzbar“, so Kranich. Heute sei es jedoch noch kompliziert. Es sei die Aufgabe jeder und jedes Einzelnen, sich im eigenen Verantwortungsbereich für die Modernisierung der europäischen Architektur einzusetzen, schloss die Referatsleiterin. Sie hob auch die Bedeutung der Kommunen hervor, denen die Umsetzung der vielen Verordnungen zukomme und die damit stark gefordert seien. Darum sei es besonders wichtig, ihnen zuzuhören und ihre Anforderungen zu bündeln. Kranich unterstützte den Vorschlag von Münchens CDO Dr. Laura Dornheim,



Die Referatsleiterin im Bundesinnenministerium, Luise Kranich, rief dazu auf, sich aktiv an der EU-Regulierung zu beteiligen.

Foto: BS/Bildschön

den Kommunen Standard-Verwaltungsleistungen „wie in einem App-Store“ anzubieten. Nicht jede Kommune sollte sich selbst um die Auswahl von passenden Anbietern kümmern müssen.

Verwaltungsmodernisierung unter Druck

Wie Geldknappheit und politische Vorgaben eine zukunftsfähige Verwaltung schaffen können

»» Paul Schubert, Behörden Spiegel

Der IT-Planungsrat steuert die Digitalisierung der Verwaltung. Ina-Maria Ulbrich, CIO von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzende des Gremiums, skizzierte die Vision einer zukunftsfähigen, souveränen Verwaltung. Neben Sicherheitsfragen und Fachkräftemangel plagen den Staat weitere Herausforderungen. KPMG und govdigital zeigen Wege auf, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

In ihrem Zukunftsbild forderte die Staatssekretärin im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung in Mecklenburg-Vorpommern, Ina-Maria Ulbrich, einen modernen Föderalismus, der krisenfest ist und eine Verwaltung auf Augenhöhe ermöglicht. Dafür braucht es zentrale Infrastrukturen – insbesondere für Identifizierung und Authentifizierung. In diesem Zusammenhang kritisierte sie die mangelnde Nutzung der eID, der digitalen Version des Personalausweises. Diese müsse in der Bevölkerung „tatsächlich“ verbreitet werden. Es sei ein Fehler gewesen, die eID durch einen privaten Verein bewerben zu lassen anstatt aktiv durch den Staat. Neben der eID betonte die CIO die Bedeutung einer souveränen digitalen Infrastruktur, die mit modernen Technologien und KI ausgestattet sei. Zudem müsse die Komplexität der Vorschriften reduziert werden. Insgesamt, so Ulbrich, „darf Digitalisierung nicht getrennt von Verwaltung betrachtet werden“. Es gebe keinen Unterschied zwischen digitaler und analoger Verwaltung: „Wir haben die Ressourcen für die Verwaltungsmodernisierung nur einmal – wir müssen sie gebündelt, gezielt und kraftvoll einsetzen.“ Eine weitere Herausforderung ergibt sich bei den ansteigenden Aufgaben des Staates – vom COO der govdigital, Jens Fromm, „Problemflation“ genannt. Ihm zufolge verharrt der Staat vor Problemen, statt sie aktiv zu lösen. Das Infrastrukturpaket sieht er skeptisch. Fromm erklärte, dass Staaten, die ihre Verwaltung erfolgreich und nachhaltig modernisierten, dies in „klammen Zeiten“ geschafft hätten. Die Länder hätten sich auf einige wenige Projekte fokussiert. „Wir haben nicht zu wenig Geld im System, sondern es ist nur falsch verteilt“, ist Fromm überzeugt. Daher wünscht er sich eine Strukturreform und Anpassung der Governance,



Ina-Maria Ulbrich, CIO von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzende des IT-Planungsrats, betonte, dass man digitale und analoge Verwaltung nicht trennen sollte.

Foto: BS/Bildschön

um das Geld gezielt auszugeben. Ein konkretes Beispiel für effiziente Verwaltungsmodernisierung unter Druck liefert die Energiepauschale für Studierende aus dem Jahr 2023. Dort habe man „Digitalisierung im Deutschlandtempo“ Ende zu Ende in 14 Wochen einrichten und 3,5 Millionen Studierende mit der Prämie versorgen können, erzählte Marco Brunzel, Vorstand AWV Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. Drei Wochen nach dem Start des bundesweiten Verfahrens hatten bereits über 50 Prozent der Studierenden das Geld auf ihrem Konto. Auch der kurze Aufwand für die Begünstigten war ein Erfolg: Die durchschnittliche Zeit zwischen Antragstellung und Bewilligung habe etwa zwei Minuten betragen. Aus diesem Beispiel folgerte Brunzel, dass manche Prozesse und Technologien schneller, effizienter und preiswerter gestaltet werden könnten, wenn der politische Druck groß genug sei. Neben politischen Anreizen kann auch die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zur Modernisierung beitragen. Mathias Oberndörfer, Bereichsvorstand Öffentlicher Sektor bei KPMG, formulierte, Deutschland habe kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Wie so oft in der Digitalisierung führte Oberndörfer Estland als Beispiel an. Das Land habe durch gezielten Wettbewerb Innovationen ermöglicht. Durch Kooperationen mit der öffentlichen Hand habe die Wirtschaft mit einem Marktplatz das Handeln transparent gestalten können. Sein Rat: smarte Kooperationen als Erfolgsrezept. Dabei empfahl er das Prinzip „Konkurrenz belebt das Geschäft“. So stellte er als eine Option dar, dass öffentliche IT-Dienstleister mit privaten Anbietern konkurrieren sollten.

Sichere digitale Souveränität für den modernen Staat

Digitale Souveränität als zentrale Aufgabe

Die Digitalisierung von Verwaltung und kritischen Infrastrukturen schreitet mit zunehmender Geschwindigkeit voran. Gleichzeitig steigt die Abhängigkeit von komplexen IT-Systemen, Cloud-Diensten und mobilen Lösungen. In diesem Umfeld gewinnt das Thema digitale Souveränität zunehmend an Bedeutung. Digitale Souveränität bedeutet, die volle Kontrolle über eigene Daten und Technologien zu behalten und digitale Entscheidungen unabhängig treffen zu können. Sie stärkt Organisationen und Unternehmen darin, sicher, flexibel und selbstbestimmt in einer zunehmend vernetzten Welt zu handeln.

Es geht nicht nur darum, sensible Daten zu schützen, sondern auch darum, digitale Prozesse eigenständig, vertrauenswürdig und handlungsfähig zu gestalten. Nur wer digitale Souveränität lebt, kann die Verwaltung zukunftsfähig gestalten und gleichzeitig die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern gewährleisten.



Foto: BS/Yingaipumi, adobe.stock.com

Komplexere Netze, Cloud, KI, mobile Verwaltung, KRITIS-Unternehmen, NIS-2

Die technischen Anforderungen an öffentliche Einrichtungen steigen zunehmend. Die IT-Landschaft wird komplexer: Cloud-Dienste, KI-Anwendungen und mobile Arbeitsplätze stellen neue Anforderungen an Flexibilität und Sicherheit. Gerade Behörden, Ministerien, Einrichtungen kritischer Infrastrukturen und Verwaltungen, die NIS-2 erfüllen müssen, stehen vor der Herausforderung, ihre IT-Systeme besonders zu schützen. Diese müssen zuverlässig abgesichert und gleichzeitig nutzerfreundlich gestaltet werden. Sicherheitsvorfälle oder unzureichende Schutzmaßnahmen können nicht nur den Betrieb gefährden, sondern auch das Vertrauen der Öffentlichkeit massiv beeinträchtigen.

Sicherheit als Grundlage aller digitalen Staatlichkeit

Eine funktionierende digitale Verwaltung beginnt bei

konsequenter, durchgängiger IT-Sicherheit. Nur wer seine Kommunikationswege, Endpunkte und Zugänge schützt, kann digitale Dienste sicher bereitstellen, egal ob für interne Verwaltungsprozesse oder für die Bürgerkommunikation. Sicherheit ist damit nicht nur ein technischer Aspekt, sondern das Fundament staatlicher Handlungsfähigkeit. Behörden benötigen Lösungen, die gleichzeitig maximal geschützt, skalierbar, flexibel und intuitiv nutzbar sind.

Sichere Zugänge, Zero Trust, souveräne Remote-Access-Lösungen (VPN-Software mit BSI-Zulassung für VS-NfD)

Als deutscher Technologiemarktführer bietet NCP VPN-Lösungen, die genau diese Anforderungen erfüllen. Für die Verarbeitung und Übertragung von Verschlüsselungen bietet NCP eine hochsichere, offiziell zugelassene VPN-Softwarelösung an. Sie verfügt über eine Zulassung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für die Geheimhaltungsstufe „VS-NfD“ sowie für „RESTREINT UE / EU RESTRICTED“ und „NATO RESTRICTED“. Mit unseren modernen VPN-Lösungen erfüllen wir die besonderen Sicherheitsanforderungen, die Behörden, Ämter und geheimschutzbetreuete Unternehmen an die geschützte Übertragung sensibler Daten stellen, egal ob im Büro oder remote. Unsere Produkte werden vollständig an unserem Hauptsitz in Nürnberg entwickelt. Digitale Souveränität setzt auf verlässliche IT-Infrastrukturen: NCP liefert eine erprobte Remote-Access-Lösung „Made in Germany“, die höchste Sicherheit mit wirtschaftlicher Effizienz verbindet.

Verlässlichkeit, Skalierbarkeit, Compliance, einfache Nutzung

Vorteile für Behörden und KRITIS-Einrichtungen:

- Einfache Integration in die vorhandene Infrastruktur
- Flexibel, stabil und verlässlich
- Skalierbarkeit und einfache Bedienung durch Anwender
- Komfort durch zentrale Administration
- Zugelassen für VS-NfD sowie für „RESTREINT UE / EU RESTRICTED“ und „NATO RESTRICTED“

Der Weg zu einer souveränen, vertrauenswürdigen und handlungsfähigen Verwaltung

Digitale Souveränität ist ein kontinuierlicher Prozess. Doch sie beginnt mit einer klaren Entscheidung: Sicherheitsinfrastrukturen müssen verlässlich, vertrauenswürdig und kontrollierbar sein. Der Fokus auf Technologien „Made in Germany“ schafft Unabhängigkeit und Vertrauen und stärkt die strategische IT-Handlungsfähigkeit des Staates.

Was es für die Digitale Verwaltung braucht - Standardisierung als Grundlage?

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist Deutschlands größte Behörde und Anlaufstelle für unzählige Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern. Und die erwarten gute Erreichbarkeit und zügige Bearbeitung ihrer Anliegen – am liebsten digital und rund um die Uhr. Um dem gerecht zu werden, muss Verwaltung einfacher, effizienter und bürgernäher werden. Deshalb gestalten wir als BA aktiv den digitalen Wandel. Digitale Verwaltung kann nur gelingen, wenn alle an einem Strang ziehen. Wir brauchen ein Mindset, dass auf Umsetzung ausgerichtet ist und etablierte Verfahren hinterfragt.

1. Digitale Verwaltung braucht Standardisierung

Standardisierung bedeutet: Gleiche Fälle werden nach festen Regeln gleichbehandelt. Prozesse laufen einheitlich ab, es werden verbindliche technische Standards wie Schnittstellen und Datenformate verwendet. In der BA haben wir Ende 2023 eine Agenda zur Prozessoptimierung und Automatisierung aufgesetzt. Die Grundlage dafür ist: Standardisierung! Aber wenn wir über Standardisierung reden, müssen wir auch über das Zusammenspiel von föderalen Zuständigkeiten und zentralen Lösungen sprechen. Bestimmte Leistungen können standardisiert und zentral effizienter durchgeführt werden. Es geht dabei nicht um den Entzug von Zuständigkeiten und Aufgaben, sondern um eine wirksame Bündelung und Vernetzung. Ein Beispiel ist der Aufbau einer Work-and-Stay-Agentur für Fachkräfteeinwanderung. Ziel ist es, z.B. Anerkennungsverfahren zu beschleunigen, zu erleichtern und Anträge zentral über eine digitale Plattform zu ermöglichen. Im heutigen Prozess sind über 500 Ausländerbehörden, über 200 Visastellen im Ausland, das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten und die Bundesagentur für Arbeit beteiligt.

2. Digitale Verwaltung braucht digitales Recht

Solange Gesetze kompliziert, voller Ausnahmen und Sonderregelungen sind, lassen sie sich digital schwer abbilden. Wo wir Komplexität reduzieren,



Andrea Nahles, Vorstandsvorsitzende Bundesagentur für Arbeit.

Foto: BS/Bundesagentur für Arbeit

schaffen wir die Basis für Automatisierung und gewinnen Geschwindigkeit. Die „Umsetzer“ sollten frühzeitig in die Planung einbezogen werden. Denn nur was in der Praxis funktioniert, kann am Ende auch Wirkung entfalten.

3. Digitale Verwaltung braucht Daten, die fließen

Heute haben wir in Deutschland unzählige Register: Melderegister, Fahrzeugregister, Handelsregister. Sie alle sind kaum verknüpft. Hier eröffnet uns die Registermodernisierung eine echte Chance. Mit der Identifikationsnummer schaffen wir die Möglichkeit, Daten intelligent und sicher zu verbinden. Da setzt das Once-Only-Prinzip an: Bürgerinnen und Bürger müssen ihre Daten nur einmal angeben, danach laufen die Daten zwischen den Behörden und nicht die Menschen. Bleibt hier die Nutzung der Identifikationsnummer auf Verwaltungsdienstleistungen nach dem Onlinezugangsgesetz beschränkt, schöpfen wir das volle Potential nicht aus. Eine gesetzliche Erweiterung ihrer Nutzungsmöglichkeiten ist notwendig, um die Kommunikation zwischen staatlichen Stellen effizienter zu gestalten, Bürgerfreundlichkeit und Digitalisierung voranzutreiben. Natürlich auf Basis klarer Datenschutzstandards.

4. Digitale Verwaltung braucht Cloud-Technologie

Wir dürfen nicht so tun, als könnten wir die Verwaltung der Zukunft auf alten Servern, in abge-

schotteten Silos und nicht mehr zeitgemäßen Rechenzentren betreiben. Moderne Cloud-Technologien sind unverzichtbar, wenn wir skalierbar, flexibel und zukunftsfähig sein wollen.

Entscheidend ist dabei: Cloud ist nicht gleich Cloud. Wir brauchen sichere und souveräne Cloud-lösungen – gerade, wenn es um sensible Daten von Bürgerinnen und Bürgern geht. Deshalb setzen wir auf eine Multicloud-Strategie und können neben den Hyperscalern gezielt europäische und deutsche Partner auswählen. Genau das hilft uns souverän und sicher zu bleiben.

5. Digitale Verwaltung braucht Cybersicherheit

Als Bundesagentur für Arbeit verarbeiten und verwalten wir die Sozialdaten der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und zahlen jährlich mehr als 100 Milliarden Euro für Entgeltersatz-, Förder-, Familien- und Grundsicherungsleistungen aus. Damit sind wir ein attraktives Ziel für Hacker-Angriffe. Die Anzahl gezielter Attacken hat sich in den letzten Jahren mit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine signifikant erhöht.

Die Bedrohungslage ist hoch und wir als BA sind wachsam: In unserem CERT, dem Computer Emergency Response Team, überwachen wir rund

um die Uhr Bedrohungsszenarien und reagieren unmittelbar. Wir investieren kontinuierlich in moderne Technik und die Befähigung unserer Mitarbeitenden, damit das Sicherheitsniveau dauerhaft hoch bleibt. In einer zunehmend vernetzten Welt ist Cybersicherheit entscheidend dafür, dass Staat und Verwaltung handlungsfähig bleiben.

6. Digitale Verwaltung braucht Qualifizierung und Befähigung

Konsequent gestalten heißt auch: Wir machen Digitalisierung mit den Menschen.

Unsere Mitarbeitenden müssen die digitalen Produkte kennen, bedienen und vermitteln können. Auch Bürgerinnen und Bürger müssen befähigt werden, ein digitaler Zugang allein reicht nicht – Services müssen einfach, verständlich und im Alltag nutzbar sein. So zeigt z.B. die geringe Nutzung des Online-Personalausweises, dass er in der Praxis entweder zu kompliziert ist oder zu wenige Einsatzmöglichkeiten bietet.

Die Digitalisierung der Verwaltung ist die Aufgabe von heute und wir müssen sie gemeinsam gestalten.

Digitalisierung braucht Führungsaufmerksamkeit und darf nicht in einer Fachabteilung stecken bleiben. Sie muss Chefsache sein.



14. Mai 2025, Neuss



Digitalisierung als Stabilisator der Demokratie
Perspektiven für NRW und seine Kommunen

www.e-nrw.info | **Behörden Spiegel**

BehoerdenNews BehoerdenSpiegel BehoerdenSpiegel



Reset-Knopf drücken

Aufbruchsstimmung dank Digitalministerium

»» **Anna Ströbele**, Behörden Spiegel

Der CIO des Landes NRW, *Daniel Sieveke*, nimmt eine Aufbruchsstimmung wahr. Die Einrichtung eines eigenständigen Digitalministeriums auf Bundesebene bringe neue Chancen. Die Länder seien bereit, nicht länger in Zuständigkeiten zu denken, um den Weg der Digitalisierung gemeinsam zu gehen.

Der Föderalismus solle bei vielen Themen „aufgebrochen“ werden – etwa in der Bildung, erläuterte der Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes NRW, *Daniel Sieveke*. Man könne sich aber nicht darauf einigen, welche Leitlinien dann für alle gelten sollten. Momentan hat schließlich jedes Land seine eigenen. Beim Thema der Digitalisierung würden diese Fragestellungen noch komplexer. Schließlich sei hier selbst die Bundesebene für viele Aspekte zu klein gedacht, es brauche eine europäische Herangehensweise.

Sieveke begrüßt die Bündelung von Kompetenzen



Der Staatssekretär im Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen, *Daniel Sieveke*, sieht Chancen in der Aufstellung eines Bundesdigitalministeriums.

Foto: BS/Bildschön

im neuen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS). Dieses braucht nun einen starken Mitarbeiterstab. Bei der Klausurtagung des IT-Planungsrats Anfang Mai sei eine Aufbruchsstimmung zu erkennen gewesen. „Lasst uns doch noch einmal den Reset-Knopf drücken“,



hieß es dort, berichtete Sieveke auf dem Kongress e-nrw in Neuss. Das Gremium besprach den Umgang mit dem neuen BMDS, an welchen Stellen die Länder „loslassen“ müssten und was sie den Kommunen abnehmen könnten. Die Länder seien „parteiübergreifend“ dazu bereit, den Weg der Digitalisierung gemeinsam zu gehen und nicht länger in Zuständigkeiten und Silos zu denken. Nordrhein-Westfalens CIO plädierte dafür, von der Frage abzukommen, wer was besser mache. Darüber hinaus erklärte er: „Wer das Geld gibt, soll auch

die Spielregeln vorgeben.“ Es könne nicht jedes Land einen Sonderweg gehen. Die Digitalisierung stärke die Demokratie, wenn die öffentliche Verwaltung diese meistere. Dafür brauche es auch eine gelebte Fehlerkultur – „zugeben, wenn etwas nicht funktioniert hat, um daraus Erkenntnisse zu gewinnen“, betonte Sieveke. Das Ziel sei stets, dass der Mehrwert bei den Mitarbeitenden der Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmerinnen und Unternehmern ankomme. Die positive Botschaft solle hängenbleiben, nicht die negative. Weiterhin sprach er sich dagegen aus, Unternehmen in „gute“ und „schlechte“ einzuteilen. US-amerikanische Unternehmen sollten beispielsweise nicht per se abgelehnt werden.

Vertrauen durch Digitalisierung

Effiziente Verwaltung fördert die Demokratie

»» **Sven Rudolf**, Behörden Spiegel

Was hat die Digitalisierung mit einer starken Demokratie zu tun? Vieles, denn ein erfolgreicher und effektiver Staat schafft auch Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Die Wahrnehmung hat hier also große Auswirkungen. Wenn man nur von Problemen mit der Digitalisierung hört oder diese live miterlebt, leidet darunter auch der Glaube an die Kompetenz des Staates.

Tatsächlich wird der langsame Fortschritt bei der Digitalisierung als Problem wahrgenommen – besonders vonseiten der Wirtschaft, wie mehrere Bitkom-Umfragen zeigen. Dort sagen 94 Prozent der Befragten, die fehlende Digitalisierung sei ein Bremsklotz, denn eine vollständige Digitalisierung ihres Unternehmens sei ohne digitale Schnittstellen zur Verwaltung nicht möglich. Auch deshalb fordert die Wirtschaft, dass die Digitalisierung eine Top-Priorität der neuen Bundesregierung sein muss. Aber auch für Bürgerinnen und Bürger gab und gibt es immer wieder klare Zeichen, die zu einer Absprache der Kompetenz der Verwaltung führen. Dr. Alexander

Bode, hauptamtlicher Vorstand der KommunalCampus eG, erklärte auf dem Kongress e-nrw, dass die Corona-Zeit, als Zahlen abgetippt und mit Medienbrüchen kommuniziert wurden, die Schwächen unserer Verwaltung deutlich offenbart habe. Solche Erlebnisse führten zu einem klaren Vertrauensverlust – auch in die Demokratie, denn viele Menschen trennten den Staat nicht von der Demokratie, so Bode. Lars Hoppmann, der geschäftsführende Vorstand der VITAKO, zeigte jedoch auf, dass dadurch die Chance bestehe, das Rückgrat der Demokratie mit einer effizienten digitalen Verwaltung zu stärken. Hoppmann erörterte, dass dafür aus Sicht der VITAKO drei zentrale Punkte mitgedacht werden müssen. Erstens brauche es digitale Souveränität, zweitens sollten Innovationen genutzt werden und drittens müsse die Cyber-Sicherheit ausgebaut werden. Auch die Potenziale der Automatisierung wurden diskutiert. Wichtig sei es, sich daran zu erinnern, dass Automatisierung zunächst nichts mit KI zu tun haben müsse, meinte Bode.

Bei Automatisierung gehe es zunächst einmal darum, ohnehin notwendige Abläufe so zu gestalten, dass der Mensch diese teils zeitfressenden Prozesse nicht mehr selbst durchführen müsse und sich somit auf die komplexen Entscheidungsprozesse konzentrieren könne. Doch auch über KI zu sprechen lohne sich. Schließlich schieden in den nächsten Jahren knapp 26 Prozent der Beschäftigten aus dem Dienst aus, die sich nicht alle ersetzen ließen. Hier könne KI helfen. Mit dem Einsatz der Technologie sind allerdings Bedenken verbunden – vor allem in Bereichen, in denen Beschäftigten ein Ermessensspielraum gegeben ist. *Hoppmann* glaubt, dass KI hier Vorteile bieten kann, da sie bei ähnlich gelagerten Fällen auch ähnlich entscheiden kann. Alternativ könne die KI auch gezielte Verfahrensvorschläge entwerfen, zwischen denen ein Sacharbeiter oder eine Sachbearbeiterin dann entscheiden müsse. Wenn Menschen mit den Entscheidungen auf KI-Grundlage unzufrieden seien, könnten sie immer

noch vor Gericht ziehen, ergänzte *Bode*. So bleibe die letzte Entscheidung – trotz KI-Optimierung – beim Menschen. Die Angst vor einer gesteigerten Anzweiflungsrate von KI-Entscheidungen sei dabei unbegründet. Schließlich würden auch die Entscheidungen von Beamtinnen und Beamten immer wieder angezweifelt und eine hundertprozentige Akzeptanzquote lasse sich weder für menschliche noch maschinelle Entscheidungen erreichen. Arne *Schöman* vom KI-Labor IT.NRW gab zu bedenken, dass schließlich auch bei Menschen immer ein Bias bei der Bearbeitung bestehen könne. Die große Anzahl von Beschäftigten, die Anträge bearbeiten und Ermessensspielräume anwenden, reduziere aber das Risiko von einseitiger Diskriminierung. Vielleicht könnte eine gut trainierte KI sogar noch mehr akzeptierte Entscheidungen fällen als die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und so nicht nur die Verwaltung entlasten, sondern auch deutsche Gerichte.

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der ewige Ruf nach der Föderalismusreform

»» Tanja Klement, Behörden Spiegel

Die meisten Rückmeldungen aus Kommunen, wenn wieder eine neue Verordnung von Land oder Bund in Kraft getreten ist, lauten wie folgt: „Und wir müssen dann schauen, wie wir es umgesetzt bekommen.“ Die kommunale Ebene fühlt sich alleingelassen, vergessen und bevormundet. Wäre es – gerade angesichts der klammen Kassen – nicht höchste Zeit, alle mit an den Tisch zu holen und die Rollen neu zu verteilen?

Der Ruf nach einer Föderalismusreform ist nicht neu. Aber in den letzten Monaten ist er ungewöhnlich laut geworden. Ob die „digitale Zeitenwende“ als Follow-up zu den Dresdener Forderungen, der Zehn-Punkte-Plan des Normenkontrollrats oder die Aktivitäten von Re:Form: Es gibt viele Ansätze und Ideen, was sich wie verändern soll. Wo liegt also das Problem? Fragt man *Matthias Canzler*, Senior Projektleiter Smart City und digitale Verwaltung bei Prognos, fehlt vor allem ein klar definiertes Zielbild. Sonst komme man langfristig nicht über das Diskutieren und Planen hinaus. Währenddessen sitzen die Kommunen vor einem Berg an Pflichtaufgaben, den sie personell und finanziell kaum stemmen können.



Solange das Ziel nicht klar ist, ist es unerreichbar, sind sich *Matthias Canzler* (l.) und *Robert Peter* (r.) einig.

Foto: BS/Bildschön

Sandra Causemann, Referentin digitaler Wandel bei der Stadt Gütersloh, freut sich, dass sie im Rahmen der Förderung als Modellgemeinde viel ausprobieren konnte. Aber „es kann nicht sein, dass man als Kommune seinen Pflichtaufgaben nicht nachkommen kann, wenn man kein Förderexperte ist“. Aus einem Mehr an Spielraum für neue Projekte sei längst eine Notwendigkeit für die Bewältigung des Alltags geworden. Der Druck steige gerade immer weiter an, so *Causemann*. Mit diesem Eindruck ist sie nicht

allein. Die deutsche Verwaltung sei zu sehr in ihren preußisch geprägten Strukturen verhaftet, beklagt Robert Peter, Manager Öffentliche Verwaltung bei projecttogether. Für eine echte und zukunftsähnliche Föderalismusreform will er ganz neu anfangen – zumindest in Gedanken. „Was wäre, wenn wir uns auf einem anderen Planeten neu organisieren müssten?“, fragt er leicht provokant. Anders formuliert: Welche Strukturen würden wir genau so wieder aufbauen, wie sie heute sind und was sollte grundlegend geändert werden, weil es sinnvoller erscheint? Für echte Reformen müsste man die gewohnten Strukturen grundlegend hinterfragen und nicht nur an dem weiterbasteln, was seit Jahrzehnten bemängelt werde. „Die Daten laufen zwischen den Behörden – nicht die Menschen!“, sei eine Idee aus den 70ern, betont Philipp Kuscher, Koordinator für Vertrieb und Marketing am Stein-Hardenberg Institut. Erreicht wurde dieses Ziel bisher nicht, auch wenn sich das mit der

Registermodernisierung endlich ändern soll. Dabei verwendet Kuscher die Verwaltung sogar als Lehrbeispiel. Denn viele Bereiche der Verwaltung seien Datenarbeit in Reinform. Nur bleibe hier noch viel ungenutztes Potenzial auf der Straße liegen, weil darauf bestanden werde, dass nur Menschen die Daten richtig deuten könnten. Kuscher plädiert für ein Umdenken. Bei der E-Akte seien sich auch alle einig, dass es gut sei, wenn diese Daten digital vorlägen. Aber bei der automatisierten Auswertung sei die Skepsis auf einmal groß. Dabei könnten diese Werkzeuge den überlasteten Kommunalverwaltungen dabei helfen, ihren wachsenden Aufgaben weiterhin gerecht zu werden. Wie tief der Frust in der Verwaltung sitzt, wird klar, als Causemann erwidert, der so gewonnene Freiraum würde sofort durch andere, vielleicht sogar neue Aufgaben eingenommen. Außerdem gebe es dann ja keinen Grund mehr, die föderalen Strukturen zu reformieren.

AD

Ohne Confidential Computing bauen wir den digitalen Staat auf Sand

(BS) Im Interview mit dem Behörden Spiegel erklärt Norbert Müller, Chief Strategy Officer des Berliner Unternehmens enclalive, wie die Cloud 2026 endlich sicher wird.

Behörden Spiegel: Herr Müller, die Digitalisierung des öffentlichen Sektors schreitet voran. Wo liegen aktuell die größten Risiken?

Müller: Sensible Daten wandern in die Cloud, wo sie in klassischen Sicherheitsarchitekturen aber nur im Ruhezustand und bei der Übertragung geschützt sind. Doch auch die dritte Dimension – Data in use – muss zwingend abgesichert werden. Sonst bauen wir den digitalen Staat auf Sand.

Behörden Spiegel: Wie lässt sich diese Sicherheitslücke schließen?

Müller: Mit Confidential Computing. Dadurch sind Daten während der Verarbeitung in „Enklaven“ direkt auf der CPU verschlüsselt und so vor unbefugtem Zugriff geschützt. Wichtig: Die Schlüssel müssen beim Anwender liegen, Post-Quanten-Kryptografie unterstützen und die Lösung Multi-Cloud-fähig sein. Dann sprechen wir über ein äußerst robustes Fundament für digitale Souveränität in Deutschland und Europa.

Behörden Spiegel: Eignet sich die Technologie denn auch für die IT-Landschaften der Verwaltung?



Norbert Müller, CSO bei enclalive, erklärt, wie die öffentliche Verwaltung ihre Souveränität in der Cloud sicherstellt.

Foto: BS/enclalive

Müller: Absolut. Confidential Computing ist bereits Teil großer öffentlicher Projekte. Bei enclalive arbeiten wir etwa tatkräftig mit an Lösungen zur Registermodernisierung. Unsere Enklaven basieren dabei auf Open Source und gängigen Krypto-Standards – integrierbar in jede Infrastruktur und nach den Vorgaben des Deutschland-Stacks.

Behörden Spiegel: Wo sehen Sie die größten Hindernisse?

Müller: Vielen ist Confidential Computing immer noch kein Begriff, obwohl der Bund die Technologie seit Jahren mit hohen Forschungsgeldern fördert. Auch das BSI empfiehlt Confidential Computing explizit im C5-Katalog. Das Ziel muss jetzt die flächendeckende Integration sein. Denn unsere digitale Souveränität ist nicht verhandelbar.

3. – 4. Juni 2025 | Hotel Adlon Kempinski Berlin

PITS 2025

PUBLIC-IT-SECURITY

Cyber-Sicherheit als Schlüssel zu nationaler Resilienz

www.public-it-security.de | Behörden Spiegel

 BehoerdenNews  BehoerdenSpiegel  BehoerdenSpiegel

Üben, üben, üben

Zentrum soll kommunale Cyber-Resilienz stärken

»» Anna Ströbele, Behörden Spiegel

Wie lässt sich die Cyber-Resilienz in den Kommunen nachhaltig verbessern? Sachsen-Anhalt will zu diesem Zweck ein nationales Übungszentrum aufbauen. Auch das bayerische LSI hilft seinen 2.056 Gemeinden bei der Erprobung des Ernstfalls und der Schulung von kommunalen Entscheidungsträgern. Die Stadt Witten übt, seitdem sie 2020 angegriffen wurde, ebenfalls den Cyber-Katastrophenfall und setzt darüber hinaus auf eine Mischung aus zentralen Lösungen und interkommunaler Zusammenarbeit.

„Wir dürfen nicht nur an den Bund und die Länder denken. Die wesentliche Arbeit am Bürger findet in den Kommunen statt. Wir müssen dafür sorgen, dass sie handlungsfähig und informationssicher aufgestellt sind“, betonte Bernd Schröder, Staatssekretär und CIO in Sachsen-Anhalt, auf der PITS in Berlin. Er blickte auf den Cyber-Angriff auf den Landkreis Anhalt-Bitterfeld im Jahr 2021 zurück, als in der Folge der Katastrophenfall ausgerufen wurde.



Sachsen-Anhalts CIO Bernd Schröder führt derzeit viele Gespräche rund um die Errichtung eines nationalen Cyber-Übungszentrums. Ziel ist, die Kommunen auf einen möglichen Cyber-Vorfall vorzubereiten.

Foto: BS/Bildschön

Dieses Erlebnis sowie die NIS2-Richtlinie hätten ihn dazu bewogen, gemeinsam mit der Wissenschaft einen Konzeptvorschlag zur Einrichtung eines nationalen Übungszentrums zu entwickeln.

Trotz Angriff arbeitsfähig

Das Zentrum soll dazu dienen, Führungskräften, Hauptverwaltungsbeamten und auch dem Fachpersonal die kommunale Cyber-Sicherheit näher-



zubringen und die Frage zu beantworten: „Was passiert eigentlich in meiner Kommune, in meinem Landratsamt, Bürgeramt oder Rathaus, wenn ein Cyber-Angriff geschieht?“ Die Mitarbeitenden sollen lernen und üben, wie die Geschäftsbearbeitung ungehindert weiterlaufen könnte – etwa die Auszahlung von Sozialleistungen. Zudem soll das Zentrum eine Stelle für den Wissenstransfer werden. Kommunen sollen dort Sicherheitslösungen testen und evaluieren können. Auch die angewandte Cyber-Sicherheitsforschung und daraus

resultierende Prototypen sollen künftig verprobt werden. Daher gebe es viele Synergien, etwa mit der Cyberagentur, die ihren Sitz in Halle (Saale) hat. Das Konzeptpapier sei fertig, eine Machbarkeitsstudie in Vorbereitung, teilte Schröder mit. Ziel sei, das Zentrum einmal bundesweit zugänglich zu machen – für Kommunen in ganz Deutschland. Dies könne beispielsweise über den IT-Planungsrat ablaufen. Wichtig sei, dass es von der Politik getragen werde, von den Ländern und Kommunen, sagte Schröder. Er erklärte: „Es gibt aus allen Bundesländern sehr starkes Interesse, dass wir die Idee fortsetzen und weiterentwickeln, weil alle glauben, dass es eine richtige Sache ist“. Auch mit BSI-Präsidentin Claudia Plattner stehe der CIO diesbezüglich im Austausch.

Die Krux mit den Hyper-Scalern

Der öffentliche Sektor sucht die europäische Alternative

»» Jonas Brandstetter, Behörden Spiegel

Beim Threat-Monitoring, der Leistungsfähigkeit und der Verfügbarkeit ist den großen US-Cloud-Anbietern nicht das Wasser zu reichen. Das führt zu Abhängigkeiten. Eine Open-Source-Konkurrenz aufzubauen, gestaltet sich aber herausfordernd. Dass Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen eine Bedrohung für die Demokratie darstellen, ist bekannt. Wie groß die Bedrohung tatsächlich ist, wurde auf der PITS 2025 mehr als deutlich.

Im Bereich Office- und Collaboration-Software setzen 96 Prozent der Unternehmen auf Lösungen des US-Software-Anbieters Microsoft. Diese Tatsache diente Leonhard Kugler, Leiter der Open-Source-Plattform des Zentrums für digitale Souveränität (ZenDIS), auf der PITS 2025 als Beispiel, um klarzumachen, wie stark die Marktkonzentration einzelner Anbieter ist. Denn die US-amerikanische Dominanz erschöpft sich nicht auf Office-Anwendungen. Auch auf anderen Ebenen zeichne sich ein ähnliches Bild ab – so zum Beispiel im Datenbankbereich oder

bei der Virtualisierung. Dieser Umstand sei aus verschiedenen Gründen problematisch. Denn die Hyperscalers nutzten ihre Monopolstellung, um die Preise für ihre Dienstleistungen nach oben zu treiben.

Darüber hinaus ist die öffentliche Verwaltung in Deutschland von ihren Lösungen abhängig. Die Bundesregierung hat das Problem erkannt und versucht mit der Gründung des ZenDIS aus dem Bundesministerium des Innern (BMI) im Jahr 2019, die digitale Souveränität Deutschlands zu fördern. Ziel ist es, Wechselfähigkeit und Anpassungsfähigkeit im Cloud-Bereich herzustellen.

Eine Konkurrenz zu Produkten, die mehr als 20 Jahre Entwicklung hinter sich haben, zu generieren, gestalte sich aber herausfordernd. Deshalb setze das ZenDIS stattdessen auf Open-Source-Lösungen, führte Kugler aus. Es gebe eine Vielzahl einzelner Open-Source-Anwendungen von renommierten Herstellern, die seit Jahren in der Entwicklung und auf Millionen Systemen installiert seien. Die ZenDIS habe es sich zur Aufgabe gesetzt, diese in einer Soft-

waresuite zusammenzuführen. Auf diese Weise könne eine Alternative zu den US-Anbietern geschaffen werden. Davon, dass Open Source zusätzlich auch Sicherheitsvorteile bietet, zeigte sich Steffen Lützenkirchen, Lead Architect Public Sector Germany bei Red Hat, überzeugt. „Jeder kann sich Open-Source-Code ansehen und eventuelle Sicherheitslücken aufdecken“, erläuterte er. Eine These, der Ingo Schubert,

Wenn die CISOs an uns herantreten, dann geht es häufig gar nicht um Sicherheits-, sondern um Grundsatzfragen der Anwendung.“

Martin Bierwirth, Leiter des Referats „Cloud-Sicherheit – Technik, Evaluierung“, Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik

Field CTO, RSA, allerdings nicht beipflichten kann. Zwar biete Open Source ein Mehr an Transparenz im Vergleich zu proprietären Lösungen, die notwen-

dige Kompetenz, um die Sicherheit eines Codes zu validieren, sei in der Breite aber nicht vorhanden.

Diesen Mangel an IT-Kompetenz erlebt auch Martin Bierwirth, Leiter des Referats „Cloud-Sicherheit – Technik, Evaluierung“ im BSI. Aus seiner Sicht komme das Thema Cloud, obwohl die Technik bereits seit zehn Jahren etabliert sei, erst jetzt so richtig in Schwung. „Wenn die CISOs an uns herantreten, dann geht es häufig gar nicht um Sicherheits-, sondern um Grundsatzfragen der Anwendung“, machte er deutlich. Genau diese Grundsatzfragen möchte Bierwirth beantworten, um zu den spannenden Fragen der Sicherheit zu kommen. Denn in diesem Bereich seien die Verantwortlichen für Vorfälle vor allem an einer Stelle zu suchen. Aus technischer Perspektive seien die Sicherheitssysteme der großen internationalen Anbieter bereits weit fortgeschritten. Das werde auch daran deutlich, welche Art von Sicherheitsvorfällen vornehmlich zu verzeichnen seien. Seltener sei die Ursache des Vorfalls den Betreibenden der Cloud anzulasten. Viel häufiger würden Systeme korrumptiert, weil auf der Seite der Nutzenden schwache Prozesse existierten oder bei der Migration in die Cloud Fehler unterliefen.

Mehr Anreize für den IT-Sicherheitsnachwuchs

Fachkräftegewinnung für die Cyber-Sicherheit

»» Anne Mareile Moschinski, Behörden Spiegel

Cyber-Angriffe auf kommunale Einrichtungen haben bekanntermaßen weitreichende Konsequenzen: Daten werden abgezogen, Bescheide können nicht mehr ausgestellt und Gelder nicht bezahlt werden. Kompetentes Fachpersonal wird deshalb für die Verwaltung immer wichtiger.

Von Mitte 2023 bis Mitte 2024 sind jeden Tag im Schnitt 309.000 neue Schadprogramm-Varianten bekannt geworden, ein Anstieg von 26 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dies geht aus dem aktuellen Bericht zur Lage der IT-Sicherheit hervor, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) Ende vergangenen Jahres veröffentlichte. Insgesamt kommt der Bericht zu dem Ergebnis: Deutschland ist auf dem Weg zur resilienten „Cyber-



Prof. Dr. Anna Schulze gründete 2020 den Studiengang „Digital Administration and Cyber Security“ an der Hochschule des Bundes.

Foto: BS/Bildschön

nation“ ein gutes Stück weitergekommen. Für die einzelne Kommune ist das trotzdem nur bedingt beruhigend, denn gerade im Krisenfall reicht der Informationsfluss zwischen den föderalen Ebenen

nicht. Deshalb rückt für die öffentliche Verwaltung immer stärker die Notwendigkeit einer kompetenten Personalausstattung in den Vordergrund – dabei sind es vor allem die Hochschulen der öffentlichen Verwaltung, die in die Ausbildung von Cyber-Fachkräften investieren sollten.

2020 gründete die Informatikerin *Prof. Dr. Anna Schulze*, zuvor beim Bundesverwaltungsamt beschäftigt, an der Hochschule des Bundes den Studiengang „Digital Administration and Cyber Security“. Auf der PITS in Berlin erklärte sie, wie wichtig es sei, Anreize zu setzen, um junge Menschen zur Aufnahme des Studiums zu bewegen. Eine große Rolle bei der Entscheidung spielt der Faktor Regionalität: 50 Prozent der Studierenden an ihrer Hochschule kämen aus Nordrhein-Westfalen. Auch *Philipp Krohn*, Fachgruppenleiter an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege des Landes Mecklenburg-Vorpommern, wies darauf hin: die „familiäre und regionale Nähe“ sei ein wichtiger Punkt, um Menschen zu binden. Seine Hochschule adressiere gezielt Hochschulstandorte und gehe

Kooperationen ein, um Studierende für die Fachhochschule des Bundes zu gewinnen. Den jungen Menschen würden sie berufspraktische Erfahrungen garantieren, um sie schlussendlich mit A9 oder A10 einzustellen.

Das Anwerben der Cyber-Sicherheitskräfte von morgen ist die eine Sache, eine andere ist, sie auch zu halten. „Man sollte den jungen Leuten nicht mit der Hierarchiekeule kommen“, empfiehlt beispielsweise *Schulze*. *Krohn* wies darauf hin: Mit den sechsstelligen Jahresgehältern der freien Wirtschaft sei nicht zu konkurrieren, auch würden dort flexiblere Arbeitszeitregelungen angeboten. „Hier können und müssen wir besser werden“, erklärte er. Mit Mietzulagen versucht die Hochschule Niederrhein, ihre Attraktivität zu erhöhen. *Prof. Dr. Martin Grothe*, Professor für Netzwerksicherheit und sichere Softwarearchitekturen an der Hochschule Niederrhein, gab zudem folgenden Hinweis mit auf den Weg: Beamten sei es immer möglich, einer Nebentätigkeit nachzugehen. Damit ließe sich eine vergleichsweise geringe Vergütung aufwerten.

Die größte Gefahr unserer Zeit

Cyber-Attacken und der Faktor Mensch

»» **Christian Brecht**, Behörden Spiegel

Dass Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen eine Bedrohung für die Demokratie darstellen, ist bekannt. Wie groß die Bedrohung tatsächlich ist, wurde auf der PITS 2025 mehr als deutlich.

Was die Bekämpfung von Informationsmanipulation – Fake News und Deepfakes – angeht, seien viele Stellen in Deutschland noch „in der Analysephase“, wie *Hanna Katharina Müller*, Leiterin der Projektgruppe Zentrale Stelle zur Erkennung ausländischer Informationsmanipulation (ZEAM) im BMI, klarmachte. Die ZEAM bezeichnet Müller als „sehr technische Einheit“, die zunächst ein Verständnis dafür gewinnen wolle, „wie Informationen manipuliert und verbreitet werden“. Als konkretes Beispiel nannte sie Deepfake-Videos von angeblichen Wahlmanipulationen durch Wahlhelferinnen und Wahlhelfer im Rahmen der letzten Bundestagswahl, die sich als unwahr herausgestellt hätten. Dass für kriminelle Cyber-Handlungen manchmal gar kein Cyber-Angriff stattgefunden haben muss, erläuterte *Dr. Kerstin Zettl Schabath*, Senior Cyber Threat Researcher bei der Deutschen Cyber-Sicherheitsorganisation (DSCO). Hacker-Vereinigungen wie die Babuk2-Gruppe würden Cyber-Attacken

einfach erfinden und darauf basierend Lösegeldforderungen stellen. Wie wenig es braucht, um die bestehenden Strukturen zu erschüttern, zeigt auch der Fall des gehackten Twitter-Accounts von The Associated Press in den USA. Über ein gefälschtes User-Konto hatten Hacker die Falschinformation verbreitet, dass der damalige Präsident Barack Obama bei einer Explosion verletzt worden sei. Der Dow Jones Industrial Average fiel danach um 150 Punkte. Ein Beispiel, das bereits 2013 stattfand – die Manipulationsmöglichkeiten haben sich seitdem gerade durch den Einsatz von KI massiv verbessert.

Freund oder Feind

Apropos USA. Zur komplexen Bedrohungslage gehört auch die Möglichkeit, dass die befreundeten Nationen früherer Tage ebendies nicht mehr sind. *Anna Lührmann* (Bündnis 90/Die Grünen), Mitglied des Bundestags und im Ausschuss für Digitales, appellierte daran, die hierzulande genutzten Netzwerke nicht „von US-Tech-Oligarchen kontrollieren zu lassen“. Gesetze für mehr Sicherheit und Transparenz im Internet wie den Digital Services Act (DSA) gebe es – sie müssten nur „wirklich genutzt werden“, so *Lührmann*.

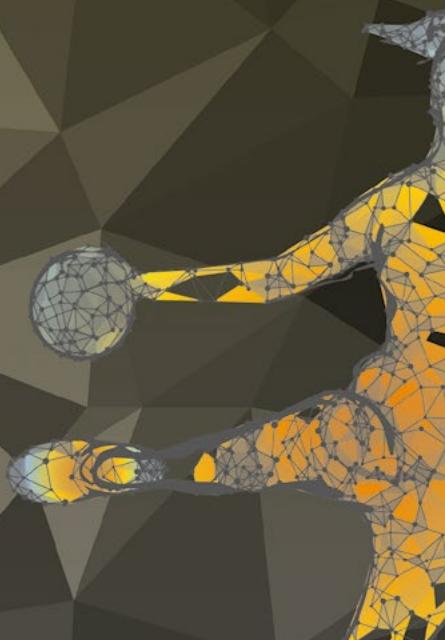
3. Juli 2025, Stuttgart

BADEN-4.0 WÜRTTEMBERG

Das nächste Tor fest im Blick
Ziel- und wirkungsorientierte Digitalisierung

www.bw-4-0.de | **Behörden Spiegel**

digitalLÄND  BehoerdenNews  BehoerdenSpiegel  BehoerdenSpiegel



Kfz-Zulassung Digital Only

Hoffnung auf größere Nutzungszahlen der Verwaltungsleistung

»» **Anna Ströbele**, Behörden Spiegel

In Baden-Württemberg wird die digitale Fahrzeugzulassung trotz ihrer erfolgreichen Umsetzung bislang wenig genutzt. In Zukunft sollte das Land daher mehr auf „Digital Only“ setzen, appelliert *Philipp Zinkgräf*, Abteilungsleiter IT, E-Government, Verwaltungsdigitalisierung im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Daneben wird die Bündelung und Standardisierung von Verwaltungsleistungen geprüft.

Die Digitalisierung brauche eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung, erklärte *Philipp Zinkgräf* auf dem Kongress BW 4.0 in Stuttgart. Die Realität sehe hingegen anders aus: „Wir alle werden vom Prinzip der Jährlichkeit regiert.“ Das erschwere die langfristige Planung deutlich. Doch auch mit vergleichsweise wenig Mitteln könnten Erfolge erzielt werden. Der Abteilungsleiter nannte hier das Beispiel von F13, einem KI-Assistenzsystem, welches mit einem „einstelligen Millionenbetrag“ entwickelt worden sei. Mittlerweile stehe es der Landesverwal-



Der Abteilungsleiter im Innenministerium Baden-Württemberg, *Philipp Zinkgräf*, plädierte für mehr Zusammenarbeit und eine „gute Abstimmung“ über alle Verwaltungsebenen hinweg. Foto: BS/Ströbele

tung Baden-Württembergs sowie Lehrkräften zur Verfügung, auch im Saarland werde es momentan ausgerollt, erzählte *Zinkgräf*.

Koordiniertes Vorgehen

Er sprach sich insgesamt für mehr Kooperationen aus – gerade in Zeiten knapper Mittel seien diese sinnvoll. Außerdem sei im Digitalisierungsumfeld alles miteinander verbunden, sodass ein koordi-



niertes Vorgehen und eine gute Abstimmung über alle Ebenen hinweg sinnvoll sei. Dazu gehöre neben dem Austausch zwischen Land und Kommunen ebenso die Kommunikation zwischen den Ressorts. Auch auf die elektronische Kfz-Zulassung (i-Kfz) kam der Abteilungsleiter zu sprechen.

Diese habe der kommunale IT-Dienstleister Komm.ONE erfolgreich umgesetzt. Jedoch sei die Nutzungsquote durch die Bürgerinnen und Bürger „überraschend gering“, gab Zinkgräf zu.

Obwohl sie sich bemüht hätten, das Online-Angebot attraktiv zu gestalten, indem es günstiger sei als der analoge Weg, werde der Großteil der Fahrzeugzulassungen noch immer vor Ort in den zuständigen Behörden abgewickelt.

Der Abteilungsleiter glaubt, dass viele Menschen „keine Lust“ hätten, sich mit dem womöglich zu komplexen Online-Verfahren zu beschäftigen. Auch würden viele Bürger diese Option schlicht nicht kennen. Als Lösung erwägt Zinkgräf das Prinzip „Digital Only“ – also den analogen Weg zugunsten des digitalen Verfahrens abzuschaffen. In Dänemark

sei dies schon lange etabliert. Ein Kongressteilnehmer vom Landratsamt Tübingen merkte an, dass die Identifikation (eID) zu kompliziert zu nutzen sei und sich die geringe Nutzungsquote der i-Kfz seiner Ansicht nach damit erklären lasse. Zinkgräf bestätigte, dass diese Diskussionen rund um die eID geführt würden.

Bundesweite Bündelung?

Er berichtete weiterhin von einem Vorhaben des Innenministeriums, bei welchem derzeit die Bündelung der Kfz-Zulassung geprüft werde. Im Wesentlichen sei diese nämlich ortsunabhängig, weswegen man sein Auto nicht unbedingt im eigenen Wohnort zulassen müsste. Nun werde untersucht, wie der Gesamtprozess – vom Antrag bis zum Bescheid – grundlegend neugestaltet werden könnte. „Dazu führen wir aktuell Gespräche mit interessierten Zulassungsbehörden“, sagte der Abteilungsleiter. Bis Herbst dieses Jahres soll das Vorprojekt abgeschlossen sein. Die Erkenntnisse sollen dann für die Evaluierung von anderen Verwaltungsleistungen dienen und könnten auch andere Länder und den Bund interessieren. In seiner letzten Sitzung habe der IT-Planungsrat zudem beschlossen, das Vorhaben zu begleiten.

Es geht uns nicht schlecht genug

Große Veränderung braucht eine Krise

»» Tanja Klement, Behörden Spiegel

Ein Kulturwandel in der Verwaltung ist dringend nötig – doch er gelingt nur mit politischem Willen oder unter dem Druck leerer Staatskassen. Während die große Krise in Deutschland noch ausbleibt, gehen Initiativen und engagierte Kommunen bereits eigene Wege zur Entbürokratisierung. Der Studiengang Digitales Verwaltungsmanagement bereitet künftige Fachkräfte gezielt auf diesen Wandel vor. „Es gibt nur zwei Treiber, mit denen so etwas funktionieren kann“, so Prof.

Dr. Robert Müller-Török, Professor und Studiendekan für digitales Verwaltungsmanagement an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, über den notwendigen Kulturwandel in der öffentlichen Verwaltung. Um die preußische Regeltreue und die aus den Jahren des Wohlstands geborene Risikoaversion abzulegen und echte Entbürokratisierung zu ermöglichen, braucht es entweder leere Staatskassen oder einen starken politischen Willen. So sei etwa Portugal an

sein erstklassiges zentrales Beschaffungssystem oder Österreich an seine digitale Verwaltung gekommen. In Deutschland sei die Not aktuell noch nicht groß genug.

Zwar sei die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren nicht gewachsen, der demografische Wandel habe aber bisher verhindert, dass dies zu massiv steigenden Arbeitslosenquoten führe. Auch die Haushaltsdefizite würzen an, doch noch könnten die wichtigsten Ausgaben bewältigt werden.

Großes Entlastungspotenzial

Es sei eine Begleiterscheinung unserer langen Friedensperiode, erklärt die ehemalige Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg und Staatssekretärin a. D., Dr. Gisela Meister-Scheufelen, dass die Gesellschaft durch Risiken mehr zu verlieren habe, als sie potenziell gewinnen könne. Das wiederum fördere die Tendenz, alle Entscheidungen so gut wie möglich absichern zu wollen und führe so langfristig zu einer Überbürokratisierung.

Die Agentur Bayern Innovativ will nicht warten, bis die Krise einen Umbruch erzwingt, und hat in Zusammenarbeit mit Studierenden der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg, der Fachhochschule Landshut, dem Landkreis Augsburg, der Landeshauptstadt Stuttgart und der Stadt Landshut innerhalb eines Wintersemesters konkrete Handlungsempfehlungen für die Entlastung von Unternehmen erarbeitet. Die Ergebnisse sollen nun in die Umsetzung gehen, so Willi Steincke, Projektleiter Smart Cities and Regions bei Bayern Innovativ.

Die potenzielle Wirkung dieses Vorhabens sei immens, prognostiziert Meister-Scheufelen. Immerhin empfänden bis zu 70 Prozent deutscher Familienunternehmen die Bürokratie als größten Wettbewerbsnachteil. In Großbritannien werde bei neuen Gesetzen stets geprüft, inwiefern sie dem



Prof. Dr. Robert Müller-Török (l.) und Prof. Dr. Antje Dietrich (r.) verbinden Studierenden nicht die KI-Nutzung. Es braucht jedoch andere Prüfungsformate.

Foto: BS/Bildschön

Wirtschaftsstandort nützen könnten. Hierzulande vermissen sie eine solche Regelung. Überhaupt werde Juristen nicht beigebracht, wie gute Gesetze gemacht würden. Aus Sicht der Expertin stelle dies ein großes Manko dar.

Auch Tobias Märterer, Leiter IT und Digitalisierung der Stadt Ludwigsburg, will nicht warten. Als Teil der interkommunalen OZG-Taskforce lebt er das Motto „Hilf dir selbst, sonst hilft dir keiner“. Auf kommunaler Ebene könne man Entscheidungen oft deutlich schneller erwirken als im Land oder gar im Bund. Märterer fordert den Wegfall der Schriftform, mehr antragsfreie Prozesse und womöglich sogar einen „Digital Reset“. 16 Serviceportale, die nicht miteinander kommunizieren können – das müsste besser gehen.

Unterstützt wird der angestrebte Kulturwandel unter anderem im noch recht jungen Studiengang Digitales Verwaltungsmanagement. Müller-Török und seine Kollegin von der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, Prof. Dr. Antje Dietrich, möchten ihren Studierenden neben der klassischen Verwaltung auch die juristische und digitale Seite ihres Themenfeldes näherbringen. Mit dem so geschulten Blick wären Absolventinnen und Absolventen dann gut vorbereitet, um aktiv an der Entbürokratisierung der Verwaltung mitzuwirken.

Sicher dank Daten

Wie Smart-City-Projekte den urbanen Alltag prägen

»» Frederik Steinhage, Behörden Spiegel

Wie können Daten dabei helfen, das Leben in der Stadt sicherer und effizienter zu gestalten? In Baden-Württemberg sind bereits zahlreiche Smart-City-Projekte entstanden, welche die Kommunen voranbringen. Dabei spielt der kreative Einsatz verschiedener Datensätze eine

entscheidende Rolle. „Wir haben verschiedene Herausforderungen, welche wir als Kommune bewältigen müssen“, erklärte Ralph Erhardt, Leiter des Amts für Digitalisierung, Smart City und Informations-technik in Friedrichshafen. Daten aus unterschiedlichen Gebieten sollen zur Problemlösung beitragen.

„Schöne Kita, Feuerwehrzufahrt – und wer parkt da natürlich? Das Elterntaxi!“, beschreibt der Amtsleiter eine der kommunalen Herausforderungen. Zugeparkte Einfahrten seien überall in der Stadt zu beobachten und würden die Bürgerinnen und Bürger akut gefährden, da so allen voran die Feuerwehr im Ernstfall nicht halten könne. An den betroffenen Stellen seien kleine KI-Kameras angebracht worden, um damit die Feuerwehrzufahrten zu überwachen. Dabei wird jedoch nicht das Bild verschickt, sondern die KI rechnet eine Wahrscheinlichkeit aus, mit der die Zufahrt von einem Fahrzeug versperrt ist und leitet diese weiter. „Die erhobenen Daten werden vom lokalen Verwaltungspersonal eingesehen, die dann die Meldung verifizieren können“, so der Chief Digital Officer zum weiteren Prozess. Vor Ort könne dann entschieden werden, ob es einer Eskalation bedürfe oder nicht.

Ein weiteres Beispiel für den Einsatz von Daten ist die Plattform SmartCondi, welche von der Smart City Mannheim GmbH, einem Joint Venture der

MVV Energie AG und der Stadt Mannheim, entwickelt wurde. Geschäftsführer *Robert Thomann* präsentierte einige Anwendungsbeispiele der Plattform: „Mithilfe von Infrarot-Systemen können wir Fahrzeuge klassifizieren, wodurch wir den Verkehr in Echtzeit erfassen können.“ Langfristig sollen 200 Systeme installiert werden, um Informationen an den wichtigsten Knotenpunkten zu erhalten. Weiter erläutert *Thomann*, dass diese Messpunkte in Kombination mit dem Modell Simulation of Urban Mobility (SUMO), einer Open-Source-Software des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt, ihren vollen Mehrwert entfalten. In SUMO sind sämtliche Eckdaten zu den lokalen Gegebenheiten enthalten, z. B. die Ampelschaltung, die Breite der Straße oder auch der Plan des ÖPNV. Dieses Zusammenspiel wiederum ermöglicht es, Simulationen durchzuführen, die vorhersagen könnten, welche Auswirkungen das Wegfallen bestimmter Straßen oder Kreuzungen auf die kommunale Verkehrsinfrastruktur hätte, so *Thomann*.

AD

Prozesse schneller, effizienter, moderner – aber bitte mit Wirkung!

Verwaltungen sollen digitaler werden. Weniger Papier, smarte Prozesse, reibungslose Zusammenarbeit. Am besten gestern. Doch zwischen Erwartung und Wirklichkeit klafft oft eine spürbare Lücke. Papier wird digital gespeichert, Prozesse bleiben oftmals manuell, Schnittstellen fehlen.

Genau hier entscheidet sich, ob Digitalisierung echte Wirkung entfaltet oder nur bestehende Strukturen digital verpackt.

Die modulare ECM-Plattform der PDV GmbH mit passenden Add-ons setzt genau dort an. Mit über 35 Jahren Erfahrung haben wir die Prozesse der öffentlichen Verwaltung verinnerlicht. Die VIS-Suite ist konsequent auf deren Anforderungen zugeschnitten: Mit VIS-NoCode können öffentliche Verwaltungen eine Automatisierungslösung einfach in die vorhandene IT-Landschaft integrieren. Die Lösung verbindet bisher voneinander getrennte Werkzeuge und ermöglicht es, Prozesse eigenständig zu automatisieren – ohne Programmierkenntnisse, ohne lange Entwicklungszyklen und ohne Abhängigkeiten. Ergänzend dazu unterstützt VIS-GenAI Mitarbeitende mithilfe künstlicher Intelligenz dort, wo Routinetätigkeiten Zeit kosten, etwa beim Suchen, Ablegen, Prüfen und Weiterleiten von Vorgängen.

Mit einem klaren Fokus auf digitale Souveränität, Cloud-Fähigkeit sowie die Add-ons für leistungsstarke NoCode-Prozessautomatisierung und den Einsatz KI-gestützter Assis-

tenzsysteme bekräftigt die neue Hauptversion VIS 7 den Anspruch, praxisnahe und zukunftsorientierte Lösungen für eine moderne Verwaltung bereitzustellen. Weitere Informationen unter: www.pdv.de/vis-suite/

 PDV GmbH

VIS-NoCode



Integriert & Intelligent

- Tiefe Integration in einer Plattform
- Automatisierung erfolgt vollständig integriert
- Rechtssicherer Austausch



Nachhaltig und OZG-ready

- Alle Schnittstellen können eingebunden werden
- FIT-Connect Schnittstelle inklusiv



Kostensparend

- Es braucht keine „neuen“ Mitarbeiter
- Mehr Prozesse bedeuten nicht mehr Kosten



Vorlagen aus Erfahrung

- Einzigartiger standardisierter Aktionskatalog
- Über 500 BPMN-Prozessvorlagen inklusiv

Helper für lästige Aufgaben

Welche Prozesse sich in der Justiz durch KI verbessern lassen

»» Paul Schubert, Behörden Spiegel

KI in der Justiz bietet enormes Potenzial. Vor allem Organisationsthemen, die stark repetitiv sind, können künftig vereinfacht werden. Noch ist man jedoch nicht so weit. Es stehen einige verwaltungstechnische Hürden im Raum. In der Arbeitsgruppe KI wird über dieses Potenzial diskutiert. Bis 2026 möchte man dort messbare Ergebnisse liefern.



Der Referent im Justizministerium, Richard Hu (r.), betont, dass die gemeinsame KI-Strategie von Bund und Ländern für die Justiz die Konsistenz und Kohärenz von Geschäftsprozessen steigern solle.

Foto: BS/Bildschön

An der Arbeitsgruppe Künstliche Intelligenz beteiligt ist auch Richard Hu. Der Staatsanwalt ist Referent im IuK-Referat im Ministerium der Justiz in Baden-Württemberg. Die Arbeitsgruppe ist Teil der Bundes-Länder-Kommission (BLK) für Informationstechnik und koordiniert den Einsatz von Justiz-KI in Bund und Ländern. In der BLK werde die nationale und internationale Entwicklung der KI beobachtet, so Hu.

KI-Plattform für die Justiz

In der KI-Strategie des Landes Baden-Württemberg sollen für den Bereich der Justiz geeignete Geschäftsprozesse transformiert werden. Es geht darum, Innovation und nachhaltigen Ressourceneinsatz voranzubringen. Einzelne Handlungsfelder der Strategie seien zum Beispiel die Förderung der flexiblen Nutzung von KI-Technologien und der Aufbau einer KI-Plattform für die Justiz, berichtet *Hu*. Durch die Automatisierung einiger Aufgaben sollen insbesondere Prozesse wie das Lesen von Akten, Vorarbeiten und Verwaltungstätigkeiten durch KI erleichtert werden, teilt *Hu* mit. Bis 2026 werden die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe erwartet, so der Staatsanwalt. Leider sei man beim Thema KI in der Justiz derzeit noch nicht arbeitsfähig, berichtet *Richter Dr. Philipp Schmieder* vom Landgericht Karlsruhe.

Auch er hat Ideen, wo sich Arbeitserleichterungen anbieten würden. Dazu zählt zum Beispiel die Aufstellung der Prozesskosten, die einen Richter üblicherweise viel Zeit und Mühe kostet, erläutert *Schmieder*. Bei Organisationsthemen wie etwa der Terminfindung zwischen Staatsanwalt, Verteidiger und Richter könnten ebenfalls mithilfe von KI-Technologien die Prozesse verkürzt werden.

Dystopie-Fantasien wie etwa der Präsenz von Robo-Richtern erteilten alle Teilnehmenden der Diskussionsrunde eine Absage. Ein Robo-Richter – oft in sozialen Medien als eine Art Roboter in Richteroben porträtiert – soll den menschlichen Richter vollständig ersetzen. Das seien jedoch Scheindebatten, beurteilten die Juristen. Insbesondere in Deutschland gehe es bei der Justizhilfe um kleinere Angelegenheiten. „Die kernrichterliche Tätigkeit soll erhalten bleiben. Die sogenannten Robo-Richter sind kein realistisches Szenario“, urteilt *Schmieder*. Generell werde „menschliche Erfahrung“ weiterhin ein wichtiger Teil des Justizwesens bleiben, erklärte *Dr. Sarah Becker*, Partnerin AI Strategy and Transformation bei Deloitte. Insbesondere die „letzte Meile“ der Entscheidung müsse menschlich bleiben. „Aber diese letzte Meile – diese Entscheidung – kann nur gefällt werden, wenn entsprechend Vorerfahrung vorhanden ist.“ Es werde interessant sein zu beobachten, wie die neu ausgebildete Generation, die nur mit dem Endergebnis automatisierter Prozesse konfrontiert wird, künftig Entscheidungen fällen werde, so *Becker*.

Antifragilität durch digitale Führung – Ein Leitprinzip für die Verwaltung der Zukunft

Die digitale Transformation ist längst Teil unserer täglichen Befasstheit und wird mehr und mehr zur Überlebensfrage für Verwaltungen und Unternehmen. Denn Digitalisierung darf nicht nur als Effizienzprogramm verstanden werden. Sie kann – richtig eingesetzt – Systeme antifragil machen. Antifragilität, ein Konzept des Autors Nassim Nicholas Taleb¹, beschreibt Strukturen, die nicht nur Krisen überstehen, sondern durch sie stärker werden. Für die öffentliche Verwaltung bedeutet das: Wir müssen nicht nur widerstandsfähig sein, sondern aus Belastungen lernen und wachsen.

Warum Antifragilität jetzt entscheidend ist

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie verletzlich unsere Systeme sind – sei es durch Pandemien, geopolitische Krisen oder Cyberangriffe. Robuste Strukturen reichen nicht mehr aus. Antifragile Systeme nutzen Unsicherheit als Lernchance. Digitalisierung ist dabei der zentrale Hebel: Sie ermöglicht Datenanalyse in Echtzeit, fördert agile Zusammenarbeit und schafft technologische Resilienz.

Daten und KI als Frühwarnsystem

Ein Kernbaustein antifragiler Systeme ist die Fähigkeit, Veränderungen frühzeitig zu erkennen. Echtzeit-Datenanalyse erlaubt es Verwaltungen, Bürgerbedürfnisse oder Marktbewegungen sofort zu erfassen. Städte wie Hamburg oder Wien nutzen Sensoren, um Verkehrsflüsse dynamisch zu steuern. Prädiktive Analysen gehen noch weiter: KI erkennt Muster, die für Menschen unsichtbar sind – von Auslastungsspitzen im ÖPNV bis zu Sicherheitsrisiken in kritischen Infrastrukturen. Krankenhäuser planen OPs und Notaufnahmen heute mithilfe solcher Systeme, um Ressourcen optimal zu steuern. Diese Technologien machen Organisationen nicht nur effizienter, sondern lernfähiger – ein Kernmerkmal antifragiler Strukturen.

Modularität und Dezentralisierung

Technologische Resilienz entsteht durch Architektur. Cloud-Computing und Microservices ermöglichen modulare Systeme, die bei Ausfällen nicht komplett kollabieren. Blockchain und Edge Computing reduzieren zentrale Abhängigkeiten und schaffen Transparenz. Länder wie Estland und Norwegen setzen bereits auf dezentrale Register und digitale Nachweise. Auch Deutschland geht mit Projekten wie dem „Netzwerk Digitale Nachweise“ in diese Richtung. Das Ziel: Verwaltungen sollen nicht mehr auf starren Zentralismus

setzen, sondern Plattform- und Ökosystemansätze verfolgen. So bleibt die Handlungsfähigkeit auch bei Störungen erhalten.

Automatisierung als Resilienzfaktor

Automatisierung ist mehr als Effizienz. Sie steigert die Anpassungsfähigkeit. Self-Healing-Systeme erkennen Fehler und korrigieren sich selbst. DevOps und CI/CD sorgen für schnelle Updates und kontinuierliche Verbesserungen. Statt monatelanger Release-Zyklen gibt es kleine, iterative Anpassungen – vergleichbar mit einem Formel-1-Wagen, der während des Rennens optimiert wird. Automatisierung macht Systeme nicht nur stabiler, sondern lernfähig.

Lehren aus der Ukraine

Die Ukraine zeigt eindrucksvoll, wie digitale Infrastruktur antifragile Strukturen schafft. Trotz Krieg funktionieren Verwaltungsleistungen über Plattformen wie Trembita oder das Bürgerportal Diia weiter. Mehr als 130 digitale Services sind verfügbar – von Ausweisen bis zu Unternehmensregistrierungen. Diese Systeme sichern nicht nur die Handlungsfähigkeit, sondern fördern Transparenz und Vertrauen. Die Botschaft ist klar: Digitale Infrastruktur ist kein Luxus, sondern überlebenswichtig.

Fazit: Antifragilität als Leitprinzip

Deutschland steht vor ähnlichen Herausforderungen. Naturkatastrophen, Cyberangriffe oder geopolitische Bedrohungen erfordern eine Verwaltung, die nicht nur überlebt, sondern wächst. Antifragilität muss zur strategischen Ambition werden – durch Daten, modulare Architektur und Automatisierung. Das erfordert mutige Führung, die Experimente zulässt und digitale Werkzeuge als Chance begreift. Mit Wissen, Innovationskraft und Vertrauen können wir eine Verwaltung schaffen, die nicht nur robust, sondern zukunftsfähig ist.



Torsten Kaiser, Partner,
Head of Government &
Public Sector, KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsge-
sellschaft. Foto: BS/KPMG

¹ Nassim Nicholas Taleb, Antifragilität. Anleitung für eine Welt, die wir nicht verstehen, Knaus 2013, S. 21 f.

21. AUGUST 2025, BAD HOMBURG

HEssenDIGITAL

DIGITALE VERWALTUNG IN HESSEN



DIGITALES HESSEN 2030 – VISION UND WEG

www.hedigital.de | Behörden Spiegel

BehoerdenNews BehoerdenSpiegel BehoerdenSpiegel

Puzzle in Europas Datenzentrum

Digitale Stärke und offenes Potenzial im Rhein-Main-Gebiet

»» Christian Brecht, Behörden Spiegel

Schon lange hat das Bundesland Hessen ein eigenes Digitalministerium, mit dem Raum Frankfurt einen starken Wirtschaftsstandort und mit dem weltgrößten Cloud-Anbieter AWS einen leistungsfähigen Partner. Doch Digitalisierung allein reicht nicht: Um international vorne mitzumischen, braucht es mehr Entbürokratisierung und weniger deutschen Perfektionismus. „Wir sind Spitzenreiter, aber spitze sind wir nicht.“ Was widersprüchlich klingt, konnte Stefan Sauer (CDU), Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Digitales und Innovation, schnell erklären: Bei den umgesetzten OZG-Leistungen sei Hessen in Deutschland unter den Top 3, wie Sauer im Rahmen von HessenDigital 2025 mitteilte. Da der deutsche Staat im europaweiten Vergleich jedoch zum digitalen Durchschnitt gehöre, relativiere dies die gute Platzierung und könne nicht darüber hinwegtäuschen, wie viel in Sachen Digitalisierung noch zu tun sei. Dabei hat Hessen erfolgreiche Digitalprojekte vorzuweisen. In Fulda



Stefan Sauer, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Digitales und Innovation, würde bei fehlender Digitalisierung in Kommunen „kein Bürgermeister mehr werden“ wollen.

Foto: BS/Bildschön

wurde ein Frühwarnsystem für Starkregen getestet und soll sukzessive auf das Bundesland ausgeweitet werden – ein in Klimawandelzeiten möglicherweise lebensrettendes Tool.

Generell sei man in Hessen vom „eigenen Haus“, dem Digitalministerium, überzeugt, so der Staatssekretär. Dieses bündele und koordiniere die Digitalisierung und habe nicht zuletzt Pate für die



Bundesebene gestanden: das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS).

Die Resultate dieser Bündelung müssten letztlich bei den hessischen Kommunen ankommen, die nicht „auf das BMDS warten“ könnten oder wollten. Das betont Anita Schneider, Landrätin des Landkreises Gießen und Vizepräsidentin des Deutschen Landkreistages (DLT). Ein Abwarten sei schlicht zu kostspielig, weshalb Hessens Kommunen

bereits auf eigene Faust die Entbürokratisierung vorantreiben. In Sachen Digitalisierung hält Schneider zwei Faktoren für entscheidend: den fortlaufenden „Ausbau der Breitbandinfrastruktur“ sowie Bildung, um den digitalen Fachkräften von morgen frühzeitig die notwendige Expertise zu vermitteln. Als „Scharnier“ zwischen Land und Kommunen sei die Kompetenzstelle Kommunale Verwaltung (KKV) ins Leben gerufen worden, wie Sauer erklärt. Als „Ansprechpartner für alle digitalen Fragen“ begleite die KKV Kommunen, unter anderem bei komplexen Großprojekten wie der Registermodernisierung. Doch der Sprung in die Praxis soll schnellstmöglich gelingen: Bis 2030 müssten alle Kommunen „deutlich digitaler sein“, fordert Sauer. Ansonsten

würde er, der selbst zehn Jahre lang Bürgermeister der Kreisstadt Groß-Gerau war, „kein Bürgermeister mehr werden“ wollen.

Weg vom Goldstandard

Dass Digitalisierung nicht das Allheilmittel ist, macht Manfred Pentz (CDU), Hessischer Minister für den Bund, Europa, Internationales und Entbürokratisierung, klar. Hessen und insbesondere Frankfurt seien zwar ein Internetknotenpunkt und das Datenzentrum Europas, jedoch: „Reicht Digitalisierung für Entbürokratisierung? Nein!“, so der „erste und einzige Entbürokratisierungsminister Deutschlands“, wie sich Pentz bezeichnet. Daher soll ein in den Landtag eingebrachtes Entbürokratisierungsge- setz Maßnahmen in 70 Gesetzen beenden. So solle etwa die Bündelungsbehörde, die Pentz als eine Art „TÜV-TÜV“ bezeichnet, abgeschafft werden. Die Schriftformerfordernis soll verändert werden, sodass in möglichst vielen Fällen eine E-Mail genügt. Nicht mehr zeitgemäß seien zudem verzichtbare Be- glaubigungen. Immerhin sollten die Bürgerinnen und Bürger „nicht unter Generalverdacht“ gestellt werden. Eine Entbürokratisierungsbremse sieht der Minister im Gold Plating. Dies bezeichnet die Ver- edelung von EU-Richtlinien in den Nationalstaaten, also einen Hang zum Perfektionismus. Daher gebe es nun eine Initiative für ein Anti-Gold-Plating-Gesetz.



Schnellere Leistungserbringung mit geringerem Risiko

Transformation mit Open Source-Lösungen



Ein Tag Büro, ein Tag mobil

Kreis Bergstraße arbeitet flexibel und mit KI

»» Anna Ströbele, Behörden Spiegel

Frontend, Backend, Governance – für eine erfolgreiche Digitalisierung der Verwaltung muss alles stimmen. Der Landrat des Kreises Bergstraße, *Christian Engelhardt* (CDU), betont die Notwendigkeit einer starken föderalen Steuerung und eines einheitlichen Datenschutzes.

Der Kreis Bergstraße tut einiges, damit die Digitalisierung bei seinen Bürgerinnen und Bürgern direkt ankommt: So wurde erst kürzlich die Website relauncht, ab September startet ein KI-basierter Chatbot und in Zukunft soll ein Voicebot die telefonische Erreichbarkeit rund um die Uhr ermöglichen. Auch der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) widmet *Engelhardt* besondere Aufmerksamkeit, denn: „Das ist der Bereich, wo die Bürger sehen, ob der Staat digital ist oder nicht – zumindest augenscheinlich.“ Mit 150 OZG-Leistungen liege der Landkreis im hessischen Vergleich auf dem ersten Platz. Jedoch reiche das nicht, schließlich sei es der Anspruch der Bürger, alles digital erledigen zu können. Lücken gebe es beispielsweise noch in der Bescheidzustellung. Für den Staat sei ein Brief datenschutzkonformer als eine E-Mail. „Deswegen darf man manche Anfragen, die per Mail kommen, nicht als Mail beantworten, sondern muss einen Brief schicken“, erklärt der Landrat. Darüber hinaus würden junge Menschen nicht „abgeholt“, wenn sie ihren Mofa-Führerschein mit 15 Jahren beantragen wollen, dafür aber nicht die BundID nutzen könnten, da sie ein Mindestalter von 16 Jahren hat.



Der Landrat des Kreises Bergstraße, Christian Engelhardt, weiß wovon er spricht: Er hebt die Notwendigkeit vorgegebener Schnittstellen hervor.

Foto: BS/Bildschön

OZG-Kosten unbekannt

Ein weiteres Problem ergebe sich hinsichtlich der Finanzierung: Dem Kreis seien die Kosten für die

OZG-Leistungen zum Teil nicht bekannt, denn zurzeit bezahle das Land diese. Langfristig müsse die Kommune prüfen, wie diese Ausgaben gedeckt werden könnten, insbesondere bei Leistungen, die kaum abgerufen würden.

Mindestens genauso wichtig wie ein digitales Frontend sei die Digitalisierung des Backends, sagt *Engelhardt*. Nur wenn dort Medienbrüche vermieden würden, könne echte Automatisierung entstehen – und damit auch eine spürbare Reduzierung des Verwaltungsaufwands. Einerseits wurde in der Kreisverwaltung das mobile Arbeiten ausgerollt: 50 Prozent der Arbeitszeit sind erlaubt. „Mir persönlich ist es relativ egal, wo sie arbeiten, solange sie gute Arbeit leisten“, kommentiert *Engelhardt*.

Des Weiteren hatte der Landrat seinen Mitarbeitenden sehr früh erlaubt, KI-Sprachmodelle zu nutzen. Er habe mitbekommen, dass viele Behörden aufgrund von ungeklärten Fragen noch Hemmungen hätten, KI einzusetzen. *Engelhardt* entschied, die Verantwortung zu übernehmen. Seine Anweisung lautete: „Probiert es aus. Spielt damit rum, aber redet darüber und gebt uns als Behördenleitung Feedback über eure Nutzung und die Vorteile der Technologie.“ Außerdem sollten die Tools nur im Browser genutzt werden und die Eingabe von personenbezogenen Daten wurde untersagt. Am häufigsten wurde KI zur Formulierung von Texten, E-Mails und Briefen genutzt – keine Überraschung. Ein „wirklich großer Nutzen“ würde sich ergeben, sobald die KI mit den Fachanwendungen verbunden wäre, doch dafür fehlten heute noch die Schnittstellen.

Die größte Herausforderung sieht *Engelhardt* in den Regelwerken der Verwaltungsdigitalisierung. Nötig sei ein stärkerer Fokus auf die föderale IT-Governance. Er strebe keine Vereinheitlichung an, in welcher der Bund die Verantwortung für alles übernehme. Jedoch sollte dieser Richtlinien und Schnittstellen vorgeben, die dann nicht nur für die Behörden gelten, sondern auch für die IT-Industrie, die die öffentliche Hand bedient. Mit dem Deutschland-Stack werde ein Schritt in diese Richtung gemacht.

Weiterhin plädiert *Engelhardt* für einen national einheitlichen Datenschutz. Obwohl die DSGVO überall gelte, dürfe beispielsweise die Anwendung Microsoft 365 in manchen Bundesländern eingesetzt werden, in anderen dafür nicht. Das sei inakzeptabel. Trotz aller Herausforderungen schließt der Landrat: „Wir können stolz auf das sein, was wir unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen geschafft haben.“

Die Nutzenden verstehen

Kommunen evaluieren Online-Dienste mit Dashboards

»» Frederik Steinhage, Behörden Spiegel

Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) ist einer der Motoren der Digitalisierung in Deutschland. Dabei sind unterschiedlichste Faktoren zu berücksichtigen. Unter anderem wie Verwaltungen die Menschen bei diesem Prozess nicht verliert und wie die OZG-Leistungen effektiv auf ihre Wirkung überprüft werden.

„Wir müssen in erster Linie identifizieren, wo wir technologische Innovationen effektiv einsetzen können“, sagt Tobias Ottaviani (SPD), Stadtrat von Bad Homburg, zu seinen Erfahrungen mit digitalen Technologien. Ganz besonders hebt Ottaviani dabei die OZG-Umsetzung hervor, welche die digitale Zukunft der Stadt Bad Homburg stark mitprägen würde. Der Stadtrat betont dabei jedoch ebenfalls, „dass man in diesem Change-Prozess darauf achten muss, keine Menschen auszuschließen“. Doch Ziel beim OZG-Rollout ist es, den Menschen nicht nur auf dem Weg in die digitale Zukunft mitzunehmen, sondern das alltägliche Leben effektiv zu vereinfachen.

Führerscheinantrag vom Sofa

Ein Schritt in diese Richtung ist die Bereitstellung des digitalen Führerscheinantrags. „Dabei wurden im Rahmen von Digitalisierungslaboren Anwendungen für den Erstantrag sowie den Umtausch erarbeitet“, erklärt Moritz Junginger, Referent für Digitalisierung der Verwaltung im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum. Die OZG-Leistung ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern unter anderem, entweder ein vorhandenes Foto hochzuladen oder ein neues mit dem Handy aufzunehmen sowie die Antragsgebühren per E-Payment abzuwickeln.

Auf Sachbearbeitungsebene bietet der digitale Führerscheinantrag eine direkte Anbindung an die jeweiligen Fachverfahren zur automatisierten Weiterverarbeitung. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf einer möglichst reibungslosen Nutzungsmöglichkeit für andere Bundesländer. „Wir sind dabei wirklich auf die Länder zugegangen und haben angeboten, ihnen den vollständig digitali-



Tobias Ottaviani, Stadtrat der Stadt Bad Homburg, möchte mit einer Smart-Sensorik-Offensive in seiner Stadt die Klimaneutralität steigern und einen besseren Umgang mit der Gefahr durch Starkregen fördern.

Foto: BS/Bildschön

sierten Prozess zur Verfügung zu stellen“, berichtet Junginger. Sollten die notwendigen Schnittstellen und Voraussetzungen noch nicht gegeben sein, werde den Bundesländern alternativ eine PDF-Lösung angeboten.

OZG-Umsetzung in der Sozialhilfe

Die Sozialplattform, entwickelt von NRW mit Hessen als Partner, soll Bürgerinnen und Bürgern Orientierung bieten und über Verlinkungen zu passenden Anträgen führen. Gleichzeitig soll die Plattform den Menschen dabei helfen, herauszufinden, welche Gelder sie beantragen können.

Laut Dr. Philipp Stolzenberg, Referent für Verwaltungsdigitalisierung im Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales, ist die größte Herausforderung die Anbindung kommunaler Dienste: Während Sozialhilfe und Sozial-Basis-Verfahren weitgehend integriert sind, fehlen viele andere. Eine Plattform, welche den Evaluationsprozess von

Onlinediensten zukünftig einfacher gestalten soll, ist das e-Government-Service- und Analysedashboard (eGoVSAD). Dieses wurde von den hessischen Kommunen Fulda, Limburg, Offenbach, Wetzlar, Marburg und Gießen in Zusammenarbeit mit dem kommunalen IT-Dienstleister ekom21 entwickelt und soll Nutzungsdaten von Online-Diensten sichtbar machen.

Das Projekt wurde ebenfalls maßgeblich vom Hessischen Ministerium für Digitalisierung und Innovation (HMD) unterstützt. „eGovSAD verfügt über automatische Schnittstellen zu allen Kommunen in Hessen und bietet fundierte Einblicke in die Nutzungsdaten von digitalen Verwaltungsdienstleistungen“, erläutert

Johanna Hübel, Projektleiterin Digitalisierung in der Stadt Marburg.

Online-Dienste effektiv verbessern

Das Dashboard gibt unter anderem Auskunft darüber, wie oft ein Online-Dienst genutzt wird, wie häufig ein etwaiger Prozess erfolgreich durchlaufen wurde und wie zufrieden die Nutzenden mit dem Dienst sind. Auch Daten wie die Abbruchrate bei Online-Diensten werden erhoben. Diese sei besonders interessant, erklärt *Simon Jacob*, Referent im Hessischen Wirtschaftsministerium: „Dadurch können wir effektiver nachvollziehen, wo die Leute aus dem Prozess aussteigen.“

AIgude und Co.

Hessen will KI als Markenzeichen

»» **Scarlett Fels**, Behörden Spiegel

Hessens erklärtes Ziel ist es, seine KI-Expertise weiterzuentwickeln und den Wissenschafts- und Forschungsstandort zu einer führenden Adresse zu machen. Dabei soll „KI made in Hessen“ zu einem weltweit bekannten Markenzeichen werden, das „für KI-Innovationen mit Verantwortung steht“, heißt es in der Strategie Digitales Hessen.

So ein ehrgeiziges Vorhaben will auch gut geplant und unterstützt werden. Daher hat das Hessische Ministerium für Digitalisierung und Innovation (HMD) fünf Handlungsfelder definiert, die die hessische KI-Zukunftsagenda abdecken soll. Neben den Innovationen und Anwendungen möchte das Land unter anderem auch Forschung und Lehre stärken sowie das Interesse und die Kompetenz im Umgang mit KI erhöhen. Um das zu erreichen, gibt es viele Berührungspunkte mit diesen Themen innerhalb der Behörde.

„KI ist wie ein Spinnennetz, das sich über viele verschiedene Themen legt“, erklärt *Tanja Richter*, die Referatsleiterin KI in der Verwaltung des HMD. Neben ihrem Referat befasst sich federführend auch das Referat KI, Quantencomputing, Plattformökonomie mit der Arbeit an KI, während es auch in anderen Referaten Bezüge dazu gibt. Denn ob Landesverwaltung, Kommunen, Forschung und Lehre oder gesellschaftliche Themen wie Ethik und Schule – für jeden dieser Bereiche hat das Bundesland bereits Projekte gestartet. Als Beispiel ist das Hessische Zentrum für Künstliche Intelligenz (hessian.AI) zu nennen, das exzellente Grundlagenforschung mit konkretem Praxisbezug betreiben und den Transfer in Wirtschaft und Ge-

sellschaft leisten will. Auch Projekte wie „KI machen Schule“ und Förderprogramme wie „Starke Heimat Hessen“ sollen bei der Entwicklung, der Unterstützung und dem korrekten Umgang mit KI-Anwendungen helfen.

Ein KI-Programm, das gerade in der Testphase steckt, ist für die hessische Landesverwaltung entwickelt worden und nennt sich – passend zum hessischen Dialekt – „AIgude“. Aktuell wird die Open-Source-LLM-KI-Lösung von rund 1.000 Beschäftigten der Landesverwaltung getestet und soll das Verfassen von Texten und die Recherche vereinfachen. Auch das Wissensmanagement soll damit optimiert werden. Zum Datenschutz wird die Anwendung jedoch ausschließlich innerhalb der Landesverwaltung genutzt. „Wir sind im Moment dabei zu schauen, ob wir das nicht mit anderen Bundesländern weitergehen“, erklärt *Richter* in einem Fachforum auf HessenDigital. Andere KI-Lösungen von Landesverwaltungen würden zudem miteinander verglichen werden. Die Frage sei, ob sich „AIgude“ durchsetzen kann oder ob sich die hessische Verwaltung einer anderen Lösung anschließen wird. Das HMD plane, diese Anwendung dann als zentrale Lösung zu nutzen und empfindliche Datenquellen daran anzuschließen. Auf mittelfristige Sicht sollen auch Kommunen hier mit angeschlossen werden, so Richter.

Dr. Ralf Sieg vom Hessischen Rechnungshof betont, KI könne trotz hoher Datenschutzanforderungen helfen, große Datensätze zu prüfen. Ziel sei es, als moderner Arbeitgeber neue Technologien zu nutzen.

Video-Meetings im öffentlichen Dienst

Wie öffentliche Einrichtungen das Potenzial virtueller und hybrider Formate mit Technik von Jabra voll ausschöpfen

Autor: Gregor Knipper, President Central Region bei Jabra

Hybride Arbeit und Homeoffice erfreuen sich im öffentlichen Dienst weiterhin großer Beliebtheit. Beschäftigte verbringen laut einer Studie des Fraunhofer IAO im Schnitt rund die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Büro, knapp 40 Prozent im Homeoffice und den Rest an anderen Orten – oft in Mehrpersonenbüros mit bis zu vier Kolleg:innen. Die entscheidende Frage lautet: Ist die technische Ausstattung auf diese neue Arbeitswirklichkeit vorbereitet? Die Fraunhofer-Studie zeichnet ein eher kritisches Bild: Ungestörte Video-Calls und Konferenzen sind in Mehrpersonenbüros oft kaum möglich, weil Akustik und Ausstattung in Behörden nicht darauf ausgelegt sind; auch Meetingräume weisen noch deutlichen Investitionsbedarf auf.

Hybride Zusammenarbeit als Standard

Hybride Videokonferenzen sind im öffentlichen Dienst in vielen Situationen sinnvoll – von kleinen Teammeetings über fachbereichsübergreifende Projektgruppen bis hin zu Krisenstäben, in denen Standorte, Außenstellen und Homeoffice nahtlos zusammenarbeiten müssen. Auch Bürgerbeteiligung, Gremienarbeit, Onboarding und Fortbildungen lassen sich hervorragend hybrid organisieren – mit Teilnehmenden im Raum und weiteren Personen, die sich sicher per Videokonferenz zuschalten. Die Vorteile liegen auf der Hand: weniger Fahrtwege, mehr Flexibilität und eine niedrigschwellige Teilnahme.

Die passende Lösung für jede Raumgröße

Dafür braucht es Meetingräume, in denen alle gut gesehen und gehört werden und die Technik sich einfach und schnell in Betrieb nehmen lässt. Videokonferenzlösungen wie die Jabra PanaCast 50 sind genau dafür ausgelegt: Sie kombinieren Kamera, Mikrofone und Lautsprecher in einem Gerät, erfassen dank 180°-Sichtfeld alle Personen im Raum, fokussieren automatisch sprechende Personen und lassen sich mit wenigen Handgriffen starten – unabhängig von der genutzten Plattform. Noch in der ersten Hälfte dieses Jahres wird Jabra die PanaCast 55 VBS auf den Markt bringen, die sich durch einen separaten platzbaren Konferenzlautsprecher mit Mikrofon und zusätzliche Kameras erweitern lässt und so auch größere Meetingräume bild- und akustikseitig abdeckt.

Kleine Räume, große Wirkung

Auch in kleinen Räumen und Huddle Rooms ist es eine Herausforderung, alle Teilnehmenden im Bild zu erfassen: Auf engem Raum sitzt niemand weit von der Kamera entfernt, trotzdem sollen alle sichtbar bleiben. Sichtbar-



keit ist jedoch für Präsenz- wie Remote-Teilnehmende entscheidend. Eine von Jabra und dem Behavioural Lab der London School of Economics (LSE) durchgeführte Studie zeigt, dass die Aufmerksamkeit und aktive Beteiligung der Teilnehmenden signifikant höher ist, wenn sie sich bewusst sind, dass sie von allen gesehen werden. Sichtbarkeit wird damit zum wichtigen Faktor für produktive Besprechungen.

Game-Changer im Bürgerservice

Digitale Bürgerservices setzen sich immer stärker durch – etwa Videotermine für Beratung und Fallklärung. Damit diese Gespräche fachlich und menschlich auf Augenhöhe stattfinden, brauchen Mitarbeitende zuverlässige Audio-technik für klare, vertrauliche Gespräche und gute Video-lösungen, um Nähe und Professionalität zu vermitteln. Nur wenn Bild und Ton stimmen, werden Videotermine als vollwertige Alternative zum Vor-Ort-Termin akzeptiert. Jabra-Headsets der Evolve2- und Evolve3-Serie in Kombination mit der persönlichen Kamera Jabra PanaCast 20 erfüllen diese Ansprüche. Zudem bieten Jabra Headsets einen sehr hohen Tragekomfort sowie Gehörschutz und lassen sich über die Software Jabra Plus zentral verwalten. Professionelle Headsets und externe Kameras sind auch für Online-Meetings die ideale Lösung.

Mehr Teilhabe, mehr Flexibilität, weniger CO₂

Bürgerservices per Video und hybride Konferenzformate senken Hürden und erhöhen Inklusion: Menschen mit eingeschränkter Mobilität, langen Anfahrtswegen oder Pflegeaufgaben zuhause können so Termine leichter wahrnehmen. Dies bedeutet nicht nur für Bürger:innen, sondern auch für Beschäftigte mehr Flexibilität – ein wichtiger Faktor angesichts des wachsenden Personalmangels in der öffentlichen Verwaltung. Gleichzeitig reduziert Videokommunikation Fahrwege und Dienstreisen; das spart Zeit, Kosten und nicht zuletzt CO₂ für mehr Nachhaltigkeit.

11. September 2025 | Magdeburg



www.nordlaender-digital.de | Behörden Spiegel

 BehoerdenNews  BehoerdenSpiegel  BehoerdenSpiegel



Im Norden was Neues

Digitale Kooperationen treffen in Magdeburg aufeinander

»» Christian Brecht/Frederik Steinhage, Behörden Spiegel

Gemeinsam digital – so das Motto des diesjährigen Nordl@nder-Kongresses – wollen die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie die Flächenländer Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt agieren. Die bekannten Probleme der Digitalisierung machen auch vor dem Norden der Republik nicht Halt. Doch Kooperationen, Wissenstransfer und Nachnutzung tragen Früchte.

„Magdeburg ist eine Sportstadt“, so Dr. Lydia Hüskens (FDP), Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, in ihrer Eröffnungsrede. Die Champions-League-Siege der Handballer des SC Magdeburg oder die Erfolge der Schwimmerin Antje Buschschulte – mittlerweile passenderweise Digitalreferentin in der Staatskanzlei – untermauern diese These. Sportlich und ambitioniert jedenfalls werde in der Landeshauptstadt auch die Digitalisierung angegangen. Hüskens will erfolgreich sein, erklärt sie, in der inoffiziellen Digitaltabelle der Bundesländer nach oben klettern. Momentan befindet sich Sachsen-Anhalt „im Mittelfeld“. Bei den Netzen verzeichne das Land Erfolge, beim Breitbandausbau wie beim Mobilfunk. In der Verwaltungsdigitalisierung gehe

es ebenfalls voran. Ein Beispiel ergänzt Landes-CIO Bernd Schröder (FDP): die Energiepreispauschale, die als 200-Euro-Einmalzahlung an Studierende „Ende-zu-Ende-digitalisiert“ ausgezahlt und von anderen Bundesländern nachgenutzt worden sei.

Kleine, einfache Lösungen

Nachnutzung ist ohnehin eines der großen Themen zwischen den Ländern. Dabei müssen es nach Meinung von Sven Thomsen, CIO von Schleswig-Holstein, nicht immer die hochkomplexen Projekte sein, bei denen zusammengearbeitet wird.

Vielmehr sei er „ein Fan von kleinen, einfachen Lösungen“. Alles, was „nervig ist, wenn man nur dafür aufs Amt gehen muss“, solle bei der Digitalisierung priorisiert werden – etwa die Beantragung eines Anwohnerparkausweises. Der Chief Digital Officer des nördlichsten Bundeslandes wird noch deutlicher: „Wir müssen keine Prozesse definieren, die ein- oder zweimal im Leben eines Bürgers relevant sind, sondern uns fragen: „Wo ist die längste Schlange im Bürgerbüro?“ Dort müssen wir ansetzen.“

Lange Schlangen waren und sind auch in Kfz-Zulassungsbehörden keine Seltenheit. Abhilfe schafft



die Online-Kfz-Zulassung, die in Baden-Württemberg als EfA-Projekt (Einer für Alle) umgesetzt wurde. Nur das Nummernschild müsse noch physisch besorgt werden, erklärt Landes-CIO Stefan Krebs, der damit einen entscheidenden, auch die Bundesebene betreffenden Aspekt anführt. Die Nutzungsquote der be-sagten iKfz-Lösung

liegt laut Krebs nämlich bei nur zehn Prozent. Als Grund dafür sieht der CIO des „Ländles“ den Zeitpunkt, an dem ein Großteil der User den Online-Vor-gang abbreche: bei der Anmeldung per eID, also mit elektronischem Personalausweis oder BundID. Ein Pro-blem, das nicht neu, aber nach wie vor elementar ist. Ohne die flächen-deckende bundesweite Nutzung eines elektronischen Identitätsnachweises wird es jede noch so gute digitale Ver-waltungslösung schwer haben, in die Fläche zu kommen.

Föderalreform dank Techno-logie

In Mecklenburg-Vorpommern wieder-um gebe es ein anderes „Highlight“: den digitalen Bauantrag, der „mit der Hilfe des Bundes end-to-end“ digi-talisiert worden sei, berichtet Marco Anschütz, Abteilungsleiter Digitale Verwaltung, digitale Infrastruktur und Geoinformation im Ministerium für Inneres, Bau und Digitalisierung. An-schütz prognostiziert, dass das technolo-gische Zusammenwirken der Länder in naher Zukunft etwas bewirke, das meist auf rechtlicher Ebene diskutiert werde: eine organisch wachsende Reform des föderalen Systems – eine „technologiebasierte Föderalreform“.

Eigentlich nicht offizieller Teil des Panels, erweiterte Bremens CIO Carola Heilemann-Jeschke eben dieses spontan und nutzte die Chance, um dem digitalen „Geben-und-Nehmen-Shop“ ein weiteres Produkt hinzuzufügen. Ihren Kolleginnen und Kollegen bot sie die Leistung ELFEconnect zur Nachnutzung an.



Dr. Lydia Hüskens, Sachsen-Anhalts Ministerin für Infrastruktur und Digitales, sieht den Digitalisierungsfortschritt der Länder kompeti-tiv und zugleich kooperativ.

Foto: BS/Bildschön

Der von Bremen aufgesetzte Dienst kombiniert diverse Anträge wie Elterngeld, Kindergeld und Geburtsurkunde in einer digitalen Lösung.



Maria Christina Rost, Landesbeauftragte für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt, betont, dass Datenschutz ein selbstverständlicher Bestandteil der Digitalisierung sei und von Beginn an mitgedacht werden müsse.

Foto: BS/Bildschön

Bedürfnisse erkennen, Orientierung geben

Am Ende des Tages müssen die digitalen Synergien zwischen den Ländern in deren Kommunen ankommen. Das wird im öffentlichen Sektor immer wieder betont. Die Hauptaufgabe der Länder liege darin, „die spezifischen Bedürfnisse der Kommunen zu erkennen und gezielt Unterstützung zu bieten“, formuliert es Sven Czekalla, Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt und digitalpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Dazu gehöre auch eine umfassende Kompetenzoffensive für Mitarbeitende in Verwaltungen. Ebenso müsse bei jedem Prozess kritisch geprüft werden, wie viele Daten tatsächlich erforderlich seien – nicht zuletzt, weil mit wachsendem Datenvolumen auch die Risiken stiegen.

Die Kommunen dürften zudem nicht das Gefühl bekommen, dass ihnen „zentral entwickelte Konzepte übergestülpt“ würden, so Sebastian Striegel, digitalpolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Sachsen-Anhalt. Konstantin Pott wiederum, FDP-Abgeordneter im Landtag und Mitglied des Ausschusses für Infrastruktur und Digitales, mahnt, dass Parlamente und Regierungen als Vorbilder auftreten müssten: „Wir kriegen

es teilweise selbst nicht einmal hin, Dokumente digital zu signieren und einzureichen. So können wir keine Guidance für unsere Kommunen schaffen.“ Für Pott ist klar: Nur wenn die Länder selbst digitale Arbeitsweisen konsequent vorleben, könnten sie überzeugend Orientierung für Kommunen und Verwaltungen geben.

Datenschutzängste nehmen

Mehr und sensiblere Daten bedeuten mehr Angriffsfläche für Manipulation – daraus wiederum ergebe sich immer wichtiger werdender Datenschutz. Dieser werde gerade in den Kommunen oft als Hemmschuh wahrgenommen, wo die Anforderungen als komplex und schwer umsetzbar gälten. *Maria Christina Rost*, Landesbeauftragte für den Datenschutz in Sachsen-Anhalt, stellt klar, dass dieser Eindruck nicht verfangen dürfe: „Datenschutz ist ein natürlich hineingewachsener Aspekt der Digitalisierung. Es gilt, ihn den Verantwortlichen nahezubringen, zu erklären und ihnen die Angst davor zu nehmen“, betonte sie. Der Schutz der Daten müsse von Anfang an mitgedacht werden, anstatt Projekte an fehlendem Wissen scheitern zu lassen.

Analoger Demokrieschutz

Bernd Schröder, neben seiner Rolle als CIO Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Digitales sowie Co-Gastgeber der Veranstaltung, machte klar, dass die klassische analoge Verwaltung auch in Zeiten dringlicher Digitalisierung noch eine Rolle spielt. Sachsen-Anhalt wolle bei der Digitalisierung bewusst nicht alles zentralisieren. Der Grund sei kein technischer, sondern ein politischer. Denn es gebe in Deutschland „Parteien, die davon profitieren, zu sagen: Seht her! Es kümmert sich keiner mehr um euch, alles wird in Berlin gemacht“. Daher sei es wichtig, ausgewählte Verwaltungsservices weiterhin analog im Amt vor Ort anzubieten – für das „demokratische Erleben“ der Bürgerinnen und Bürger.

Dass alle Mittel da seien, um „bürgernah zu zentralisieren“, betonte *Marco Anschütz* ebenso wie *Johann Bizer*, Vorstandsvorsitzender des Dienstleisters Dataport, der für die IT-Infrastruktur der sechs „Nordländer“ essenziell ist. Auf Sicht müsse beides möglich sein, in der Verwaltung von morgen koexistieren wie kombiniert werden können. Kooperation sei der Weg dorthin und dürfe durchaus als eigener Erfolgsfaktor betrachtet werden, wie *Martin Schallbruch*, CEO der Genossenschaft govdigital und laut eigener Aussage „im Backoffice der Verwaltung“ tätig, erklärte. Bei „800 Kunden, die Mitglied in der Deutschen Verwaltungs-Cloud sind“, sei die Erfolgsfrage „Wie gut wird kooperiert?“ maßgeblich und wertvoll. „Wir müssen gemeinsam digitalisieren“, so *Schallbruch*, der damit das Motto von Nordländer 2025 noch einmal auf den Punkt brachte.

KI in Behörden: Transparenz und Kontrolle als Schlüssel zur digitalen Souveränität

Thomas Maxeiner, Director Technical Solutions | Public Sector Germany bei Palo Alto Networks

Die Einführung von künstlicher Intelligenz (KI) führt zu einem tiefgreifenden Wandel in der öffentlichen Verwaltung. Während Anwendungen wie ChatGPT längst im Alltag angekommen sind, stehen Behörden vor der Herausforderung, KI-Technologien nicht nur als Werkzeug, sondern als echten Treiber für die Transformation der Arbeitswelt zu begreifen. Doch mit den Chancen wachsen auch die Risiken, insbesondere im Hinblick auf Datensicherheit, Compliance und Kontrolle.

Ein zentrales Problem: KI wird vielerorts noch als kurzfristiges IT-Projekt betrachtet, nicht als strategische Initiative mit klaren Zielen und messbarem Mehrwert. Eine [Studie des MIT](#) zeigt, dass rund 95 Prozent der generativen KI-Projekte bislang keinen nachhaltigen Geschäftswert schaffen. Für Behörden bedeutet das: Benötigt wird eine von der Führungsebene getragene KI-Strategie, die sichere Nutzung und Schutz sensibler Daten in den Mittelpunkt stellt.

Regulatorische Anforderungen und Schatten-KI als Herausforderung

Gerade im öffentlichen Sektor sind die regulatorischen Anforderungen besonders hoch. Der EU AI Act verpflichtet Behörden, den Einsatz von KI-Anwendungen nach Risiko zu klassifizieren und den Schutz von Mitarbeitern und Bürgern sicherzustellen. Anwendungen mit unvertretbarem Risiko – etwa zur Emotionserkennung am Arbeitsplatz oder für Social Scoring – sind untersagt. Gleichzeitig muss dokumentiert werden, welche Inhalte durch KI generiert wurden und wie diese verarbeitet werden. Die Einhaltung dieser Vorgaben ist Pflicht und verlangt nach technischen Maßnahmen, die weit über klassische Awareness-Kampagnen hinausgehen.

Ein weiteres zentrales Thema ist die sogenannte Schatten-KI: Mitarbeitende nutzen KI-Tools oft ohne Wissen der IT oder Führungsebene, was zu Kontrollverlust und erheblichen Risiken führen kann. Die explosionsartige Verbreitung von KI-Anwendungen macht es nahezu un-

möglich, allein durch Richtlinien oder Schulungen den Überblick zu behalten. Sichtbarkeit und Kontrolle sind daher essenziell: Behörden müssen wissen, welche KI-Anwendungen tatsächlich genutzt werden, welche Daten verarbeitet und wohin sie übertragen werden.

Technologische Lösungen für den öffentlichen Dienst

Technische Lösungen wie die von Palo Alto Networks bieten hier entscheidenden Mehrwert. Über moderne Firewalls und spezialisierte Module im Rahmen eines Plattformansatzes lässt sich der gesamte KI-Datenverkehr in Echtzeit überwachen und analysieren. So können Behörden ein vollständiges Inventar aller eingesetzten KI-Anwendungen erstellen und gezielt steuern, welche Tools erlaubt sind. Sensible Daten können durch automatisierte Richtlinien vor dem Zugriff durch nicht freigegebene KI-Anwendungen geschützt werden. Fortgeschrittene Module ermöglichen zudem ein kontinuierliches Monitoring der Integrität und Sicherheit von KI-Applikationen – ein Muss, wenn Behörden eigene KI-Lösungen entwickeln oder betreiben.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist die Schulung der Mitarbeiter. Der EU AI Act fordert, dass alle Beschäftigten im Umgang mit KI sensibilisiert und geschult werden. Diese Initiative muss zudem messbar sein und dokumentiert werden. Nur wer versteht, wie KI funktioniert und welche Risiken bestehen, kann verantwortungsvoll mit den neuen Technologien umgehen. Auch hier unterstützen Lösungen von Palo Alto Networks, denn sie überwachen nicht nur die Nutzung. Vielmehr managen sie gezielt die Bereitstellung erlaubter Anwendungen und schaffen so einen sicheren Rahmen für Innovation.

Digitale Souveränität durch sichere KI-Nutzung

Die Absicherung von KI ist für Behörden keine Kür, sondern Pflicht und Voraussetzung für digitale Souveränität. Wer sich allein auf organisatorische Maßnahmen verlässt, läuft Gefahr, die Kontrolle zu verlieren. Moderne Sicherheitslösungen wie der Plattformansatz von Palo Alto Networks ermöglichen es, den Überblick zu behalten, Risiken zu minimieren und die gesetzlichen Vorgaben einzuhalten. Dadurch schaffen sie die Grundlage für eine erfolgreiche und sichere Digitalisierung im öffentlichen Sektor.

Jetzt Whitepaper „AI-Sicherheit: Aufbruch zu neuen Ufern der Cyberabwehr“ herunterladen und mehr erfahren.



Foto: BS/Urupong, stock.adobe.com

Der Weg zur digitalen Kommune

Von Investitionsklima bis Wissensaustausch

»» Frederik Steinhage/Scarlett Fels, Behörden Spiegel

Die digitale Transformation stellt Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt vor tiefgreifende Veränderungen. Verwaltung, Bürgerbeteiligung und Infrastruktur müssen neu gedacht werden, um den Anforderungen einer modernen Gesellschaft gerecht zu werden. Doch vielerorts stockt der Prozess – nicht zuletzt, weil Investitionen in digitale Projekte oft zu spät oder an den Bedürfnissen der Kommunen vorbei erfolgen.



Prof. Dr. Ariane Berger, Geschäftsführerin des Landkreistages Sachsen-Anhalt, möchte ein gesundes Investitionsklima in den Kommunen fördern.

Foto: BS/Bildschön

„Das Geld fließt vom Bund zu den Ländern und ganz am Schluss zu den Kommunen“, beschreibt Prof. Dr. Ariane Berger, Geschäftsführerin des Landkreistages Sachsen-Anhalt, die föderale Logik der Mittelvergabe. Dieses Top-down-Prinzip verhindere, dass Städte und Gemeinden gezielt in dringend notwendige Bereiche investieren könnten. Kommunen müssten deshalb stärker befähigt werden, eigenständig Schwerpunkte zu setzen.

Als einen vielversprechenden Ansatz nennt Berger das Infrastruktursondervermögen, aus dem Anteile von den Ländern an die Kommunen weitergegeben würden. Dabei werde auf die örtlichen Bedürfnisse geschaut, sodass Mittel dort ankämen, wo sie am dringendsten gebraucht würden. Gleichzeitig wachse für die kommunalen Spitzenverbände die Aufgabe,

sich enger miteinander abzustimmen. Nur wenn gemeinsame Standards in zentralen Bereichen entwickelt würden, könnten Geldanlagen nachhaltig wirken. „Investitionen können nur im Zusammenspiel mit klar definierten Leitlinien effektiv greifen“, betont Berger.

Entscheidend sei daher eine Balance: ausreichendes Investitionsvolumen, Vertrauen seitens der Länder und eine bessere Koordination zwischen den Kommunen. So könne ein Klima entstehen, das den bisherigen Ansatz von oben nach unten ablöse und stattdessen auf Skalierbarkeit und Praxistauglichkeit setze. Digitalisierung auf kommunaler Ebene werde damit nicht nur planbarer, sondern auch wirksamer.

Da sei Kommunikation aber ein wichtiger Faktor, erklärt Steven Kiewert, der im Landkreis Harz als Leiter der Stabsstelle Digitalisierung tätig ist. Diese müsse reibungslos „sowohl horizontal, also zwischen den Kommunen untereinander, als auch vertikal zwischen den Kommunen und dem Land“ funktionieren. Zudem müsse das EfA-Prinzip auch auf Landesebene angewendet werden.

Von konkreten Erfolgen und Herausforderungen berichtet Claudia Thiele, die Referentin für Digitalisierung im Landkreis Wittenberg. Durch das Projekt Gemeinsam Digital für Sachsen-Anhalt (GDST) sei ein starkes Netzwerk zwischen Land und Kommunen für einen regen Austausch entstanden. Thiele kennt ihre „Pendants aus anderen Landkreisen“ und kann so schnell erfahren, woran andere arbeiten oder um Hilfe bei den eigenen Problemen bitten. Auch der direkte Draht zum Land sei hilfreich, um hier auf dem neuesten Stand zu bleiben und eine effektive Nachnutzung von erfolgreichen Projekten zu ermöglichen. Damit biete das GDST eine gute Wissensgrundlage für die Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung in Sachsen-Anhalt.

Was aber auch nicht fehlen dürfe, seien Innovationen. Doch gerade bei innovativen Ideen, die vielleicht an der klassischen Verwaltung vorbeigehen, sei es schwierig, die zumeist klammen Kommunen von einer Finanzierung zu überzeugen. Dafür seien Förderböpfe unabdingbar, findet Dr. Tim Hoppe, Leiter des Amtes für Statistik, Wahlen und Digitalisierung der Stadt Magdeburg. „Ich bin ein großer Freund von Proof of Concepts; dass man einfach in einem kleinen Rahmen testen kann, ob etwas wirklich Erfolgsaussichten hat, bevor man es im großen Stil einführt.“ So könnten auch Kommunen zeigen, dass sie fähig sind, innovative Projekte umzusetzen.

Deutschlands digitaler Umbau: Der Deutschland-Stack als Schlüssel zur digitalen Souveränität

»» Prof. Dr. Jörn von Lucke, Zeppelin Universität Friedrichshafen

Mit der Gründung des Bundesministeriums für Digitalisierung und Staatsmodernisierung (BMDS) und der Zusammenführung relevanter Einheiten aus bestehenden Ressorts gewinnt die Gestaltung des digitalen Staats in Deutschland deutlich an Dynamik und Professionalität. Die enge Verzahnung von Digitalisierung und Staatsmodernisierung schafft eine klare strategische Ausrichtung. Im Zentrum stehen zudem die Themen Digitale Souveränität, Digitale Wirtschaft, Digitale Infrastrukturen und Internationale Digitalpolitik. Sie alle bilden die Grundlage für einen modernen, handlungsfähigen Staat.

Das BMDS konzipiert den Deutschland-Stack als nationale, souveräne Technologieplattform, die die digitale Infrastruktur für Bund, Länder und Kommunen vereinheitlicht und interoperabel macht. Ziel ist eine offene, sichere, verbindliche, skalierbare Basis, auf der digitale Verwaltungsdienste gemeinsam entwickelt und betrieben werden können. Diese Aufgabe ist im föderalen Raum anspruchsvoll und gerade deshalb nach ihrer Umsetzung von unschätzbarem Wert. Aus Sicht der Verwaltungsinformatik und im Sinne der Dresdner Forderungen 2.0 der Gesellschaft für Informatik müssen bei der anstehenden Realisierung die folgenden 10 Thesen berücksichtigt werden.

These 1: Der Deutschland-Stack ist ein soziotechnisches System und nicht nur ein Technologiepaket

Verwaltungen sind keine Maschinen. Sie sind Organisationen mit Menschen, Regeln, Routinen, Machtstrukturen und Lernpfaden. Der Erfolg des Deutschland-Stacks hängt nicht allein von den Werkzeugen ab, sondern von der intelligenten Kopplung von Technik, Organisation und Recht. Nur wenn diese Dimensionen zusammenspielen, etabliert sich ein leistungsfähiger, moderner Staat.

These 2: Interoperabilität ist Governance und nicht nur Technik

Offene Schnittstellen wie APIs allein schaffen keine Zusammenarbeit. Interoperabilität entsteht erst, wenn Verantwortlichkeiten klar sind, Standards verbindlich gelten und Abweichungen sanktionierbar werden können. Der Deutschland-Stack muss Governance erzwingen, nicht nur ermöglichen. Ser-

ver sind austauschbar. Regeln, Verantwortlichkeiten und Machtbegrenzung sind es nicht. Der Kern des Deutschland-Stacks liegt in den Fragen: Wer entscheidet? Wie treten Dritte bei? Wie werden Lösungen umgesetzt? Wer kann wechseln? Wie wird Missbrauch verhindert? Wer haftet?



Foto: BS/joernvonlucke.de

These 3: Föderale Systeme benötigen Architekturen, keine Zentralisierung

Föderalismus ist komplex, aber zugleich ein entscheidender Resilienzfaktor. Er verhindert Monokulturen, Machtkonzentration und Systemversagen. Der Deutschland-Stack wird erfolgreich, wenn er architektonische Ordnung und einheitliche Standards schafft, bei pluraler Umsetzung und ohne politische Ebenen zu entmachten. So entsteht Vielfalt in der Einheit, ohne die Stärke des Föderalismus zu gefährden.

These 4: Digitale Souveränität bedeutet Systemwechsel ermöglichen

Souverän ist ein System nicht, weil es selbst entwickelt wurde, sondern weil es Komponenten austauschen, Anbieter wechseln und Pfade verlassen kann. Ziel ist Abhängigkeitsmanagement, nicht Abschottung. Der Deutschland-Stack muss daher Reversibilität systematisch ermöglichen und absichern. Souveränität zeigt sich zudem im Alltag. Bürger sind nicht nur Nutzer, sondern auch Rechte- und Anspruchsträger. Deshalb bedarf es klarer Konzepte für digitale Teilhabe, Befähigung, Inklusion und durchsetzbare digitale Rechte sowie transparente Prozesse, die Datenverwendung verständlich und steuerbar machen.

These 5: Standardisierung ist Macht, auch im Staat

Standards bestimmen, wer integriert wird, wer ausgeschlossen bleibt und wer die Entwicklung kontrolliert. Der Deutschland-Stack braucht daher offene, transparente, überprüfbare und adaptive

Standardisierungsprozesse. Einheitliche Standards senken Transaktionskosten und schaffen Investitions sicherheit. Unternehmen und Behörden investieren dort, wo die Regeln klar, Schnittstellen stabil und Risiken kalkulierbar sind. Der Stack darf daher kein Innovationshemmnis sein. Er muss als Innovations versicherung wirken.

These 6: Open Source ist ein Organisationsprinzip, nicht bloß ein Lizenzmodell

Offener Quellcode bedeutet Austauschbarkeit, Transparenz und Verhandlungsmacht. Digitale Souveränität ohne Open Source ist ein Widerspruch. Doch Open Source wirkt nicht automatisch. Es funktioniert nur, wenn Verantwortung klar geregelt, Pflege finanziert und die Weiterentwicklung institutionalisiert ist. Der Deutschland-Stack muss Open Source betrieblich absichern und nicht nur postulieren.

These 7: Der größte Engpass ist nicht Technik, sondern Kompetenz

Systeme scheitern selten an ihrer Architektur, sondern an fehlender organisationaler Befähigung. Ein Deutschland-Stack ohne Lernpfade, Rollenbilder und Kompetenzentwicklung ist strukturell instabil. Kompetenzaufbau muss Verwaltung, Politik, Zivil gesellschaft und Wirtschaft umfassen, mit Fokus auf Electronic Government, Open Government, Smart Government und künstliche Intelligenz im öffentlichen Sektor sowie Daten- und Prozessex zellen. Aktuelle Forschungsergebnisse sind dabei konsequent einzubeziehen.

These 8: Wirkungssteuerung ist wichtiger als Projektsteuerung

Erfolg misst sich nicht an Meilensteinen, Releases und Budgets, sondern an Nutzung, Anschlussfähigkeit und tatsächlicher Wirkung. Der Deutschland-Stack braucht daher klare Wirkungs metriken. Das BMDS darf sich nicht nur mit Projektlogik zufriedengeben. Entscheidend ist, ob digitale Lösungen im Alltag

spürbar Nutzen stiften.

These 9: Resilienz entsteht durch Vielfalt auf Basis gemeinsamer Regeln

Monolithische Systeme sind effizient, bis sie versagen. Resiliente Systeme kombinieren Vielfalt an Lösungen mit einheitlichen Regeln. Der Deutschland-Stack muss daher Heterogenität ermöglichen, nicht beseitigen. Nur so stärkt er gesellschaftliche, wirtschaftliche und demokratische Resilienz, erhöht die Reaktionsgeschwindigkeit in Krisen und schafft Handlungsoptionen.

These 10: Der Deutschland-Stack ist ein lernendes System

Anforderungen ändern sich. Technologien ändern sich. Organisationen ändern sich langsam. Der Deutschland-Stack muss daher Feedback integrieren, Fehler sichtbar machen und sich evolutionär weiterentwickeln. Nur ein lernendes System bleibt zukunftsfähig.

Fazit: Der Deutschland-Stack als Schlüssel zur digitalen Souveränität

Der Deutschland-Stack ist kein Allheilmittel. Aber ohne ihn ist digitale Souveränität in einer global vernetzten Welt nicht verhandelbar. Diese entsteht nicht durch Kontrolle, sondern durch architektonisch abgesicherte Gestaltungsfreiheit. Mit dem Stack wird Souveränität verhandelbar, gestaltbar und politisch verantwortbar. Er ist daher nicht nur technische Infrastruktur, sondern auch gesellschaftliche, ökonomische und machtpolitische Infrastruktur für die Transformation von Staat und Verwaltung. Dazu muss er deutschlandweit, europaweit und weltweit anschlussfähig sein. Die Verwaltungsinformatik bewertet den Erfolg nicht nach Visionen, sondern nach Anschlussfähigkeit, Lernfähigkeit und Reversibilität. Der Deutschland-Stack ist dann erfolgreich, wenn er dauerhaft funktioniert und sich weiterentwickelt.

Mit künstlicher Intelligenz die Verwaltung von morgen gestalten.

**AI4GOV
2026**
KI in der Verwaltung

Digitale Souveränität erfordert mutige Entscheidungen

Während der Bundeskanzler die europäische digitale Souveränität als klares Ziel ausruft, fehlt auf Länder-Ebene noch eine gemeinsame Linie. Bayern begibt sich sogar noch tiefer in die Abhängigkeit von Microsoft – und nimmt dabei untragbare Risiken in Kauf. Schleswig-Holstein dagegen zeigt: Digitale Souveränität ist realisierbar, wenn man mutig und stringent voranschreitet. Dieser Weg ist zwar anstrengender, aber alternativlos.

In der Theorie ist digitale Souveränität ein hohes Gut, nach dem wir alle streben. Doch wenn es an die praktische Umsetzung geht, lässt sich so mancher Entscheider von den Marketing-Versprechen der großen US-Anbieter einlullen. Die bayerische Staatsregierung verschließt Augen und Ohren vor bekannten Risiken und macht einen Deal mit Microsoft: Künftig sollen alle Beschäftigten in bayerischen Behörden mit Microsoft 365 arbeiten, einschließlich Teams und Copilot. Zwar wird die Microsoft-Cloud in einem deutschen Rechenzentrum gehostet, sicher und souverän ist sie dadurch aber bei Weitem nicht. Denn als US-Unternehmen unterliegt Microsoft der dortigen Gesetzgebung, die im Konflikt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung steht. Nach dem US Cloud Act können US-Behörden die Herausgabe sensibler Daten fordern, selbst wenn sich diese in Rechenzentren in Europa befinden.

Hinzukommt, dass Microsoft in den vergangenen Jahren wiederholt wegen massiver Sicherheitsmängel in der Kritik stand, sogar im eigenen Land dokumentiert vom amerikanischen Cyber Safety Review Board (CSRB). Doch trotz Warnungen aus dem bayerischen Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) will die Staatsregierung an der Einführung von M365 festhalten. Rund eine Milliarde Euro Lizenzgebühren sollen in den kommenden fünf Jahren an den US-Cloud-Giganten fließen. Geld, das der eigenen Wirtschaft entzogen wird – wie Vertreter bayerischer IT-Unternehmen in einem offenen Brief kritisieren.

Digitale Souveränität sieht anders aus

Während Bayern einen rückwärtsgewandten Kurs verfolgt, hat Schleswig-Holstein einen Meilenstein erreicht und das E-Mail-System der Landesverwaltung erfolgreich von Microsoft Outlook und Exchange auf Open Source-Lösungen migriert. Bereits im Jahr zuvor hatte das Land damit begonnen, Libre Office als Standard-Büro-Software einzuführen. Nach der erfolgreichen Migration soll MS Office jetzt von allen digitalen Arbeitsplätzen der Landesbehörde verschwinden. Zugegeben: Der Umzug der über 40.000 Postfächer mit mehr als 100 Millionen E-Mails und Kalendereinträgen war ein Großprojekt, bei dem nicht alles reibungslos verlief. So hatten insbesondere Justiz und Polizei über technische Mängel und Ausfälle geklagt, woraufhin Digitalminister Dirk Schrödter (CDU) Fehler bei der Migration einräumte. Jedoch stellte er auch klar: „Eine solche Umstellung ist keine Kleinigkeit. Wir sind echte Pioniere. Wir können nicht auf die Erfahrung anderer zurück-

greifen – weltweit gibt es kaum ein vergleichbares Projekt dieser Größenordnung.“ Trotz so mancher Schwierigkeiten hält auch Michael Burmeister von der Richtervereinigung die Unabhängigkeit von großen Tech-Konzernen für wichtig und will keine Rückkehr zu Microsoft.

Der unbequeme Weg ist der richtige

Sich aus Jahrzehntelang gewachsenen Abhängigkeiten zu befreien, erfordert die Bereitschaft, über Steine zu gehen. Das ist nicht immer einfach. Doch wenn wir echte digitale Souveränität anstreben, ist dieser Weg alternativlos. Gerade in der Verwaltung ist das Thema hochbrisant. Nicht nur stehen sensible Daten von Bürgerinnen und Bürgern auf dem Spiel, auch die Handlungsfreiheit wird durch die enge Verflechtung der US-Tech-Konzerne mit der Regierung gefährdet. Denn wenn unsere Geschäftskontinuität von amerikanischen Clouds abhängt, kann die Nutzung zum politischen Druckmittel werden.

Es darf nicht bei schönen Wörtern bleiben

Jüngst hat Kanzler Merz auf dem deutsch-französischen Souveränitäts-Gipfel betont, wie wichtig die digitale Souveränität für die Zukunft Europas ist. Jetzt geht es darum, die schönen Worte in eine verbindliche Zielarchitektur zu überführen. Indem öffentliche Verwaltungen konsequent auf Open-Source-Lösungen und europäische Cloud-Anbieter setzen, können sie wieder Unabhängigkeit, Sicherheit und Kontrolle zurückgewinnen. BYOL-Modelle (Bring your Own License) tragen zusätzlich dazu bei, einseitige Abhängigkeiten zu durchbrechen. Hier bietet insbesondere der Einsatz von gebrauchten Software-Lizenzen die Möglichkeit, erhebliche Kosten zu sparen und eine bedarfsgerechte Beschaffung zu gewährleisten. Denn auf dem rechtskonformen Sekundärmarkts sind sowohl aktuelle als auch bewährte Software-Versionen erhältlich, die die Hersteller regulär nicht mehr anbieten. Schleswig-Holstein hat gezeigt: mit einer klaren Strategie als Leitlinie ist digitale Souveränität realisierbar. Höchste Zeit also, dass weitere Länder diesem Beispiel folgen.



Andreas E. Thyen, Präsident des Verwaltungsrats der LizenzDirekt AG.

Foto: BS/LizenzDirekt

22. Oktober 2025, Dresden



IT-Sicherheitstag Sachsen

Digital, Souverän, Geschützt?

Prävention, Detektion und Reaktion als Bausteine einer resiliентen Verwaltung

www.sicherheitstag-sachsen.de

Behörden Spiegel



BehoerdenNews



BehoerdenSpiegel



BehoerdenSpiegel



Wenn Klicks gefährlich werden

Der Faktor Mensch im Mittelpunkt der Cyber-Abwehr

»» **Carla Menzel**, Behörden Spiegel

Cyber-Angriffe stellen Behörden zunehmend vor Herausforderungen. Beim IT-Sicherheitstag Sachsen 2025 wurde deutlich, dass technische Schutzsysteme allein nicht ausreichen, um die digitale Verwaltung zu sichern. Genauso entscheidend sind die Menschen, die die Systeme bedienen.

Hacker-Angriffe auf staatliche Einrichtungen sind keine Fiktion mehr. Das wurde besonders im November 2023 deutlich, als die Ransomware-Gruppe Akira die Systeme der Südwestfalen-IT innerhalb weniger Stunden lahmlegte. Der Lagebericht 2024 des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bestätigt, dass staatliche Institutionen zunehmend in den Fokus von Cyber-Angriffen geraten. Besonders Kommunen und kleinere Behörden seien häufig Ziel von Ransomware-Angriffen. Expertinnen und Experten warnen vor einer Zunahme solcher Vorfälle und betonen die Notwendigkeit, Präventionsmaßnahmen zu verstärken und Beschäftigte entsprechend zu schulen.

Natürlich bilden technische Schutzsysteme die erste Verteidigungslinie gegen Cyber-Angriffe. Dennoch zeigen Erfahrungen aus der Praxis: Selbst hochentwickelte Sicherheitssysteme können Phishing-Mails

und manipulierte Links nicht vollständig stoppen. Der Mensch bleibt das schwächste Glied und diese Schwäche wird von Angreifenden ausgenutzt. Deshalb sei es entscheidend, Mitarbeitende und Führungskräfte aktiv einzubinden. IT-Sicherheit solle nicht nur Aufgabe einer einzigen Abteilung sein, sondern zu einem Anliegen aller werden.

Die Expertinnen und Experten setzen auf kreative Ansätze, um Mitarbeitende nachhaltig für IT-Sicherheit zu sensibilisieren. Besonders bewährt hat sich Gamification, bei der spielerische Elemente genutzt werden, um das Bewusstsein für Risiken zu stärken.

Michaela Hansert, Informationssicherheitsberaterin für Länder und Kommunen des BSI, stellte den Trainingskoffer des Bundesamtes vor. Dieser umfasst eine Sammlung von Mini-Games, Trainingsspielen und Rollenspielen, ist öffentlich und zum Download verfügbar. Ziel des Trainingskoffers sei es, Beschäftigte praxisnah und interaktiv für Cyber-Risiken zu sensibilisieren, ihr Bewusstsein für Informationssicherheit zu stärken und gleichzeitig Teamarbeit sowie Problemlösungsfähigkeiten zu fördern. Die Möglichkeiten zur spielerischen Sensibilisierung sind vielfältig. So kann etwa das bekannte Format der



Spiel-Show „Wer wird Millionär?“ genutzt werden, um Mitarbeitende interaktiv an IT-Sicherheitsthemen heranzuführen. Ein Beispiel könnte lauten:

Frage: Sie erhalten eine E-Mail von einer externen Firma, die vorgibt, dringend Informationen zu einer Verwaltungssoftware zu benötigen. Die E-Mail wirkt verdächtig, enthält einen Link und fordert die Eingabe von Zugangsdaten. Was ist gemäß Sächsischem Informationssicherheitsgesetz (SächsISichG) die korrekte Vorgehensweise?

- A) Den Link öffnen und die Daten eingeben, um die Arbeit nicht zu verzögern.
- B) Den Vorfall unverzüglich der zuständigen IT-Sicherheitsabteilung oder dem Informationssicherheitsbeauftragten melden.
- C) Den Link auf einem privaten Gerät testen, um zu prüfen, ob es wirklich ein Risiko gibt.

D) Kolleginnen und Kollegen über die E-Mail informieren, ohne die IT zu benachrichtigen.

Richtige Antwort: B – das SächsISichG verpflichtet Beschäftigte, Sicherheitsvorfälle sowie Verdachtsfälle unverzüglich der zuständigen Stelle zu melden, um Schäden zu verhindern und eine koordinierte Reaktion sicherzustellen.

Neben spielerischen Trainings helfen Phishing-Tests, Beschäftigte praxisnah für IT-Risiken zu schulen. Jörg Brünner, Beauftragter für Informationssicherheit der Sächsischen Staatskanzlei, entwickelt mit seinem Team realistische Szenarien potenziell schädlicher E-Mails, da diese nach wie vor das bevorzugte Mittel von Angreifenden seien.

Die Trefferquote liege bei etwa 30 Prozent, wobei aus Datenschutzgründen nicht nachvollzogen werde, wer auf die Mails reagiere – das Ziel sei der direkte Lerneffekt. Wurde ein vermeintlich schädlicher Link geöffnet, starte automatisch ein E-Learning-Modul am Arbeitsplatz, das direkt im Anschluss über Risiken und korrektes Verhalten informiere. Zusätzlich empfiehlt Brünner, externe E-Mails klar zu kennzeichnen, das Melden verdächtiger Nachrichten zu erleichtern und regelmäßig Test-mails zu versenden,

um die Aufmerksamkeit der Mitarbeitenden kontinuierlich zu schärfen.

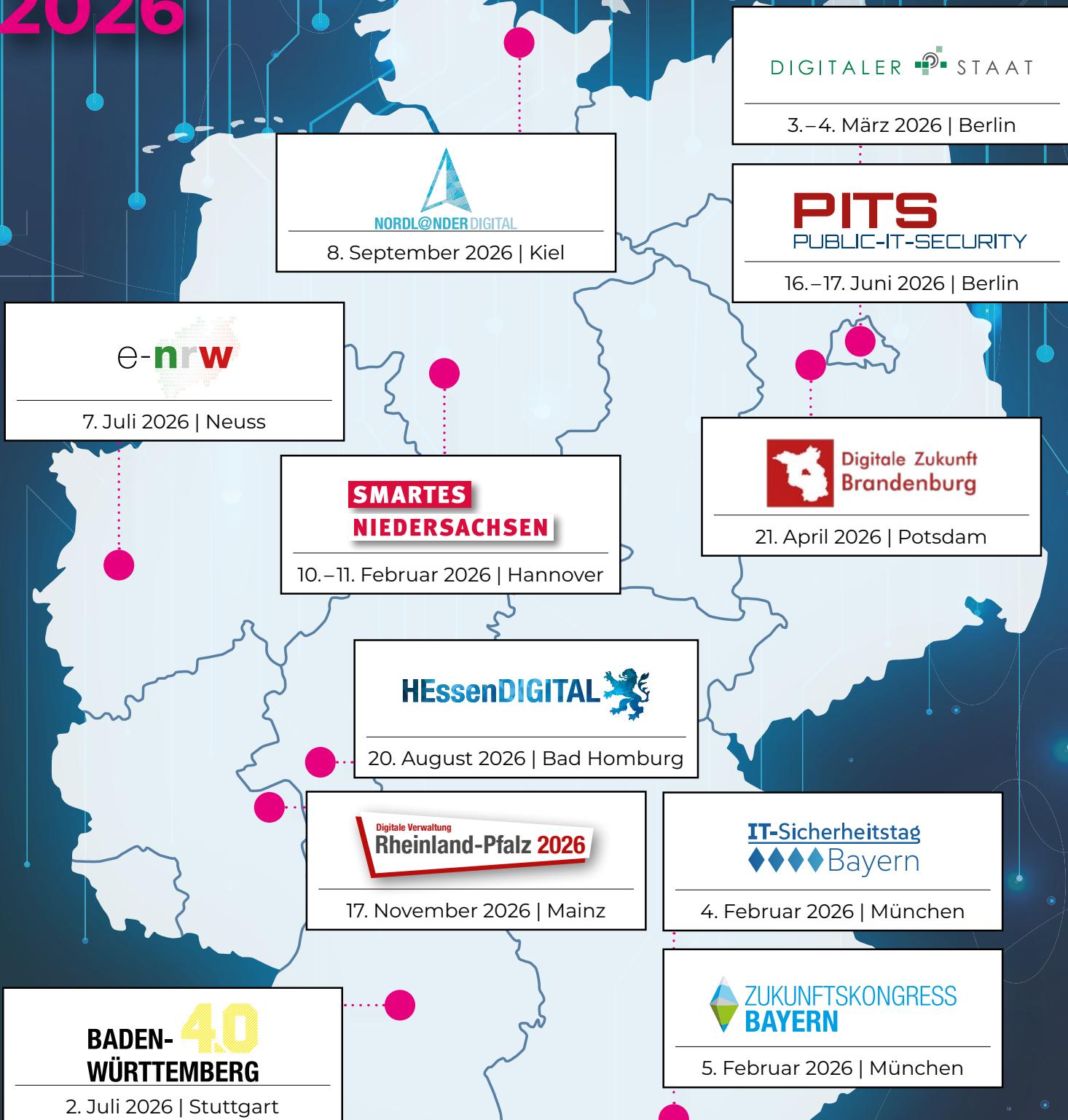
Sachsen geht bei der Cyber-Sicherheit konsequent voran. In ihrer Keynote erklärte Dr. Daniela Dylakiewicz, CIO des Freistaates, dass Sensibilisierung und Schulung der Mitarbeitenden zentrale Aufgaben der Verwaltung seien. Seit 2015 hätten über 18.000 Beschäftigte an den INFOSIC2025-Live-Hacking-Veranstaltungen teilgenommen, die praxisnah demonstrieren, wie Angreifer digitale Schwachstellen ausnutzen. Seit 2020 nahmen zudem 34.000 Personen am E-Learning-Modul „Informationssicherheit am Arbeitsplatz“ teil. Bereits 2019 erließ Sachsen als eines der ersten Bundesländer das SächsISichG. Im Oktober 2024 wurde das Gesetz angepasst, um die Anforderungen der europäischen NIS-2-Richtlinie zu integrieren und die Cybersicherheitsstrategie des Landes zu stärken. Heute seien alle großen Behörden mit hauptamtlichen IT-Sicherheitsbeauftragten ausgestattet, zentrale Überwachungssysteme im Einsatz und das Notfallteam SAX.CERT stünde für akute Vorfälle bereit. Die im Mai 2025 verabschiedete Cybersicherheitsstrategie bündle alle Aktivitäten, reduziere Angriffsflächen und stärke die digitale Resilienz.

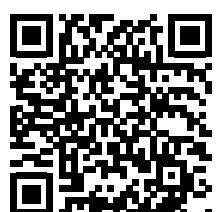


Dr. Dylakiewicz, CIO des Freistaates Sachsen, betonte in ihrer Keynote, wie entscheidend die Sensibilisierung und Qualifizierung der Mitarbeitenden für eine widerstandsfähige IT-Sicherheit in der öffentlichen Verwaltung ist.

Foto: BS/Bildschön

TOP-EVENTS zur Digitalisierung 2026

- 
- DIGITALER STAAT**
3.-4. März 2026 | Berlin
- NORDL@NDER DIGITAL**
8. September 2026 | Kiel
- PITS PUBLIC-IT-SECURITY**
16.-17. Juni 2026 | Berlin
- e-nrw**
7. Juli 2026 | Neuss
- SMARTES NIEDERSACHSEN**
10.-11. Februar 2026 | Hannover
- Digitale Zukunft Brandenburg**
21. April 2026 | Potsdam
- HEssenDIGITAL**
20. August 2026 | Bad Homburg
- Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz 2026**
17. November 2026 | Mainz
- IT-Sicherheitstag Bayern**
4. Februar 2026 | München
- BADEN-40 WÜRTTEMBERG**
2. Juli 2026 | Stuttgart
- ZUKUNFTSKONGRESS BAYERN**
5. Februar 2026 | München



Weitere Informationen unter
www.behoerden-spiegel.de/veranstaltungen

Behörden Spiegel

Glasfaser für alle

Milliarden für digitale Netze

»» **Carla Menzel**, Behörden Spiegel

Deutschland könnte bald flächendeckend schneller surfen: Mit der Gigabitförderung 2.0 plant der Bund, rund 1,8 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau zu stecken – vor allem dort, wo private Investitionen nicht rentabel wären. Städte, Dörfer und abgelegene Regionen sollen so besser ans Hochgeschwindigkeitsinternet angeschlossen werden.

Laut Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung (BMDS) könnten 536 Projekte bundesweit von der Förderung profitieren. Dazu zählen ambitionierte Vorhaben wie die Anbindung der niedersächsischen Insel Spiekeroog per Seekabel oder großflächige Ausbauprojekte in Aachen und

Rödental. Ziel sei es, dass Bund, Länder, Kommunen und Telekommunikationsunternehmen enger zusammenarbeiten, um den Ausbau zügig und qualitativ hochwertig umzusetzen. Entscheidend solle dabei nicht nur die Höhe der Fördersumme sein, sondern der tatsächlich realisierte Anschluss, die Nutzung der Netze und der Nachhaltigkeitsnutzen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Bundesminister *Dr. Karsten Wildberger* sieht die Förderung als wichtigen Schritt: „Schnelles Internet ist heute so wichtig wie Straßen und Schienen. Unsere Förderung sorgt dafür, dass nicht nur die großen Städte, sondern auch Dörfer und kleine Gemeinden Anschluss bekommen.“

AD

Schneller, stabiler, smarter: Warum Deutschland die Gigabit-Netzwende braucht

Die digitale Daseinsvorsorge steht an einem Wendepunkt. Das althergebrachte Kupfernetz hat ausgedient. Die Zukunft gehört Gigabit. Für Kommunen ist der Glasfaser-Netzausbau weit mehr als ein Infrastrukturprojekt. Er ist ein Standortfaktor, ein Motor für Wirtschaft und Bildung sowie ein Schlüssel für gleichwertige Lebensverhältnisse. Verwaltungsleistungen, Schulen, medizinische Versorgung. Unternehmen und private Haushalte sind auf stabile und zukunftssichere Netze angewiesen. ANGA Der Breitbandverband setzt sich mit seinen rund 160 Mitgliedern für einen regelbasierten, fairen und diskriminierungsfreien Wechsel von DSL-Kupfer auf Gigabit ein.

Kommunen und Behörden spielen dabei eine wichtige Rolle. Sie sind Moderatoren, Koordinatoren und Vertrauensanker zugleich. Sie gestalten die Rahmenbedingungen mit und kommunizieren mit Netzbetreibern, Politik und Bevölkerung. Wo Verwaltung aktiv informiert, begleitet und erklärt, wächst Akzeptanz. Und nur mit Akzeptanz kann der Glasfaserausbau seine volle Wirkung entfalten.

Der Wechsel von DSL-Kupfer auf Glasfaser ist kein Selbstläufer. In Deutschland nutzen 24 Millionen Haushalte noch immer alte DSL-Kupferleitungen mit einer Bandbreite von höchstens bis zu 250 Mbit/s. Dabei ist vielerorts zu vergleichbaren Preisen bereits High-Speed-Infrastruktur verfügbar. Für die ANGA steht fest: Die Umschaltung muss deshalb

jetzt zu den Top-Prioritäten der Politik und der Regulierungsbehörde Bundesnetzagentur (BNetzA) gehören. Kürzlich hat die BNetzA ein Regulierungskonzept vorgestellt. Die EU hat den Entwurf eines neuen gesetzlichen Rahmens für die Telekommunikation inklusive Kupfer-Glas-Migration präsentiert. Beides begrüßt die ANGA sehr und wird sich engagiert in die Verfahren einbringen.

Ein erfolgreicher Wechsel ist so entscheidend – er gleicht dem Umbau einer Brücke bei laufendem Verkehr: Er muss sicher, transparent und für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen nutzbar sein. ANGA Der Breitbandverband steht für diesen Weg.

Weitere Informationen unter www.anga.de

ANGA

Der Breitbandverband

30. Oktober 2025, Mainz

Digitale Verwaltung

Rheinland-Pfalz 2025

Handlungs- und Zukunftsfähigkeit des Staates

www.dv-rlp.de | Behörden Spiegel

 BehoerdenNews  dvrlp25  BehoerdenSpiegel  BehoerdenSpiegel

Weniger Ziele, mehr Effekte

Rheinland-Pfalz modifiziert seine Digitalstrategie

»» Christian Brecht, Behörden Spiegel

Deutschlands Bürokratie werde vom Ausland oft „wie ein Tanker gesehen“, erklärt Rheinland-Pfalz CIO Dr. Denis Alt. Ähnlich sieht der Staatssekretär die Digitalisierung in seinem Bundesland. Generell gehe ihm die Entwicklung zwar „immer noch zu langsam“, doch ließen sich bereits

Der Zeitpunkt, den Menschen 'Probierst es aus!' zu sagen, ist gekommen.“

Dr. Denis Alt, CIO von Rheinland-Pfalz

erste Erfolge erkennen, die inzwischen auch entsprechende Anerkennung fänden – etwa in Form des GovDigital-Sonderpreises für die konsequente Anwendung des Einer-für-alle-Modells (EfA). Dörte Schall, Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, muss letztere vor allem auch „nach innen wirken“ – also in der Verwaltung.



Für Dörte Schall, Ministerin für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung, muss letztere vor allem auch „nach innen wirken“ – also in der Verwaltung.

Foto: BS/Bildschön

rung des Landes Rheinland-Pfalz, unterstrich den Fortschritt der digitalen Verwaltung zudem mit konkreten Zahlen: Von insgesamt 198 Maßnahmen



seien im Land bereits 20 Prozent abgeschlossen, während sich weitere 73 Prozent aktuell in der Umsetzung befänden. Einen besonders hohen Stellenwert nehme in Rheinland-Pfalz die digitale Bildung ein, stellte Schall klar. So nutzten bereits 92 Prozent der Lehrkräfte das Bildungsportal RLP, auf dem unter anderem Onlinelehrpläne, Fortbildungsangebote sowie eine Learning Community bereitgestellt würden. Nicht weniger wichtig sei für die Ministerin die digitale Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger. Eigene „Digitalbotschafter“ sorgten dafür, dass insbesondere Seniorinnen und Senioren

den Umgang mit Smartphones und Tablets erlerten oder praktische Anwendungen wie das Anlegen einer E-Akte einübten.

Im Juni 2025 hat Rheinland-Pfalz ein KI-Ökosystem beschlossen. Schall bietet an, diese „Leitlinien für den Umgang mit KI in der Verwaltung“ als Beispiel für andere Landesregierungen zur Verfügung zu stellen. Den Beschäftigten sichere und bestenfalls eigens entwickelte KI-Lösungen mitzugeben, ist auch CIO Dr. Denis Alt ein Anliegen. Ansonsten verblieben wertvolle Informationen „irgendwo bei ChatGPT und Co“. Für die nahe Zukunft setze Rheinland-Pfalz auf Reduktion. Das Digitalprogramm für 2026 reduziere die Anzahl der digitalen Projekte bewusst, damit die verbleibenden Ziele möglichst alle erfolgreich umgesetzt werden könnten.

infodas
connect more. be secure.

infodas Cybersecurity.

Nicht nur compliant, sondern wirklich sicher!

Spezialisiert auf Behörden und hochregulierte Bereiche.

+++ VS-NfD Fitness +++ Risikomanagement +++ Notfallmanagement (BCM) +++ ISMS +++

Let's get in touch!
www.infodas.de
+49 221 70912-0

Bundesamt
für Sicherheit in der
Informationstechnik

Zertifizierter
IT-Sicherheitsdienstleister

<https://bsi.bund.de/itdk/Zertifizierung/Gesetzliche>

Die Wahrnehmung der Bevölkerung

Digitale Teilhabe in Stadt und Fläche

»» **Scarlett Fels**, Behörden Spiegel

Wie gut sind die rheinland-pfälzischen Gemeinden an der Smart-City-Front aufgestellt? Diese Frage versucht der im September erschienene „Smart City Index“ aufzuschlüsseln – und stellt der Landeshauptstadt Mainz mit Platz 51 von 83 kein sonderlich gutes Zeugnis aus. Ganz so einfach sei es aber nicht, ist der Mainzer Oberbürgermeister, *Nino Haase*, der Ansicht.

Haase sieht das Ranking als „guten Gradmesser“, es sei aber auch teils ungenau in der Erfassung. So würden in den Daten für den Index zum Beispiel emissionsarme Busse erfasst, aber keine Straßenbahnen, die per se emissionsarm seien.



Mainz' Oberbürgermeister Nino Haase skizziert, wie digitaler Fortschritt dort ankommen soll, wo er Bürgerinnen und Bürger erreicht: in den Kommunen.

Foto: BS/Bildschön

Dennoch ist für ihn klar: Um die Digitalisierung in der Verwaltung voranzutreiben, dürfe man sich nicht auf alles gleichzeitig stürzen. Stattdessen sei eine Priorisierung wichtig, beispielsweise auf Umsetzungen, von denen auch die Bürgerinnen und Bürger etwas hätten, wie z. B. Apps oder direkte Anwendungen, was zudem Sichtbarkeit erzeuge. „Wir sind uns alle darüber einig: Mit nur Personal-aufwuchs werden wir die Komplexität der Gesetzgebung und der zusätzlichen Leistungen auf gar keinen Fall mehr in den Griff bekommen; es geht nur darum, dass wir unsere Prozesse nicht als gottgegeben ansehen, sondern sagen, die müssen wir verändern und auf neue Technik anpassen.“ Hier sieht er auch den Unterschied zwischen Bürokratie und Bürokratismus. Erstere sei der notwendige rechtliche Rahmen, Letzterer hingegen sei alles darüber Hinausgehende, was entstehe, wenn gerade die führenden Entscheiderinnen und Entscheider

übervorsichtig seien. Auch hier sei eine Standardisierung dringend notwendig, denn dadurch ließen sich solche überbordenden Maßnahmen eindämmen. Das sei auch keine Frage der Politik, sondern des Managements in den Behörden.

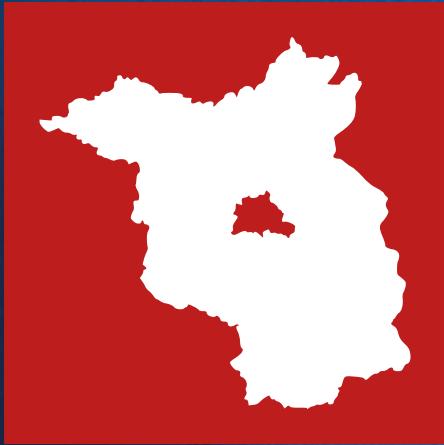
Der designierte Verbandsbürgermeister der Verbandsgemeinde Leiningerland, *Daniel Krauß*, spricht für die Gemeinden in der Fläche im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz. Zwar seien die Gemeinden ein „bunter Flickenteppich“, doch seien besonders der Austausch zwischen den Kommunen und der Blick über den Tellerrand zu anderen Bundesländern wichtig. Für ihn stehen und fallen gelungene Digitalisierungsprojekte auch mit den beteiligten Akteurinnen und Akteuren: „Und auch wenn das bekannt ist, muss man trotzdem einfach loslaufen, um überhaupt voranzukommen.“ Insgesamt zieht Krauß die Bilanz, dass es in der Fläche zwar etwas schleppend laufe, aber dennoch vorangehe.

Berichte aus der Praxis

Auch *Sarah Brühl* möchte die Digitalisierung auf dem Land vorantreiben. Aus diesem Grund engagiert sie sich schon seit zehn Jahren für das von Fraunhofer IESE ins Leben gerufene Äquivalent zu Smart Cities: Digitale Dörfer. Sie berichtet von mehreren Phasen, deren Ergebnisse unterschiedlich gute Weiternutzung erfahren hätten. Was immer noch genutzt werde und sich großer Nachnutzung in Rheinland-Pfalz erfreut, seien die beiden Webanwendungen „DorfNews“ und „LösBar“ sowie die App „DorfFunk“. DorfNews und -Funk können individuell an die Bedürfnisse der nutzenden Kommunen angepasst werden und bieten ähnliche Funktionen.

Sie dienen als Kommunikationsplattform der Gemeinde für die Bürgerinnen und Bürger. Dagegen ist LösBar ein Chatportal, welches die Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde direkter mit der Verwaltung verbindet. Hier können Probleme, aber auch positives Feedback gemeldet werden – ein einfacher Weg ohne viele Hürden.

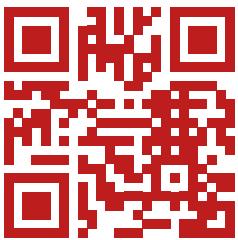
Zusätzlich gebe es seit 2020 ein Netzwerk für digitale Dörfer, über das sich interessierte Kommunen austauschen, Lernprozesse und Hilfe teilen und auch Kooperationen und Arbeitsgruppen ins Leben rufen könnten. Es sei wichtig, die wenigen Ressourcen, die den Kommunen zur Verfügung stünden, effektiv zu nutzen. Dies gelinge durch Vernetzung und Wissenstransfer besonders gut, erklärt Brühl.



Digitale Zukunft Brandenburg

Dienstag, 21. April 2026

Dorint Potsdam | Jägerallee 20, 14469 Potsdam



www.digizu-bb.de

DIGITALES

BRAN

BUT



Behörden Spiegel

Digital.Gemeinsam.Machen

Kooperationen als Fundament der kommunalen Verwaltungsdigitalisierung

»» **Lars Hoppmann**, Geschäftsführer Vorstand VITAKO

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung in Deutschland entscheidet sich nicht in Strategiepapieren oder Programmankündigungen, sondern im Alltag der Kommunen. Denn dort beantragen Bürger:innen Ausweise, melden Fahrzeuge an, stellen Bauanträge oder fordern soziale Leistungen ein. Damit diese Prozesse digital, sicher und zuverlässig funktionieren, braucht es langfristig leistungsfähige IT-Strukturen. Eine zentrale Rolle übernehmen dabei die kommunalen IT-Dienstleister. Sie kennen die Abläufe vor Ort, sind eng mit den Verwaltungen verbunden und betreiben einen Großteil der digitalen Infrastruktur der kommunalen Hand. In den vergangenen Jahren hat sich ihre Rolle jedoch deutlich weiterentwickelt. Aus überwiegend regional agierenden Dienstleistern entsteht zunehmend ein arbeitsteiliges Netzwerk, das über Länder- und Regionsgrenzen hinweg Wirkung für die Digitalisierung in Deutschland generiert.

Warum Kooperation? Der Anfang einer starken Gemeinschaft

Diese Entwicklung ist eine direkte Antwort auf die wachsenden Anforderungen der Verwaltungsdigitalisierung. Cloud-Technologien, steigende Sicherheitsanforderungen, der Fachkräftemangel und der Anspruch auf einheitliche digitale Leistungen über alle föderalen Ebenen stellen einzelne Organisationen vor Aufgaben, welche allein kaum noch zu bewältigen sind. Kooperation und Bündelung werden damit strategische Notwendigkeit und ein zentraler Erfolgsfaktor. Sie ermöglichen es, Kompetenzen zusammenzuführen, Ressourcen effizient einzusetzen und Lösungen zu entwickeln, die nicht nur lokal funktionieren, sondern für viele Kommunen tragfähig sind. Seit 20 Jahren fördert die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister, VITAKO e. V., genau diesen Ansatz. Was als Austauschplattform begann, hat sich zu einem digitalen Ökosystem aus kommunalen IT-Dienstleistern entwickelt. Gemeinsam unterstützen sie mehr als 10.000 Kommunen, betreiben Hunderttausende IT-Arbeitsplätze und tragen damit Verantwortung für den Erfolg der digitalen Verwaltung in Deutschland.



Lars Hoppmann, Geschäftsführender Vorstand VITAKO.

Foto: BS/VITAKO

Vom regionalen Anbieter zum arbeitsteiligen Netzwerk

Historisch waren kommunale IT-Dienstleister vor allem regional organisiert. Diese Nähe war und ist ein großer Vorteil. Sie sorgt für kurze Wege und Verständnis für lokale Besonderheiten. Gleichzeitig wurde mit zunehmender Digitalisierung deutlich, dass viele Verwaltungsleistungen regionenübergreifend ähnlich sind. Fachverfahren für Kfz-Zulassung, Meldewesen oder soziale Leistungen unterscheiden sich in den bundesweit einheitlichen Rechtsgrundlagen nicht oder nur wenig. Werden sie dennoch einzeln entwickelt oder betrieben, entstehen durch individuelle Umsetzungen vor Ort Doppelstrukturen, die hohe Kosten und unnötige Komplexität bedeuten. Vor diesem Hintergrund haben viele Dienstleister ihre Zusammenarbeit systematisch ausgebaut. Sie gründen gemeinsame Gesellschaften, bündeln Entwicklungs- und Betriebskapazitäten oder verteilen Verantwortlichkeiten entlang klarer Arbeitsteilungen. Diese Form der Kooperation erhöht die Stabilität der Systeme und verbessert die Qualität der Leistungen.

Mehr Effizienz durch gemeinsame Beschaffung und Betrieb

Besonders sichtbar wird ein kooperativer Ansatz im Bereich von Fachverfahren mit hoher Reichweite. Für Kfz-Zulassung und Führerscheinwesen werden mehrere kommunale IT-Dienstleister ihre Kompetenzen zusammengeführt, um ein gemeinsames, leistungsfähiges Softwareangebot bereitzustellen. Ziel ist es, Kommunen standardisierte Lösungen

anzubieten, die effizient betrieben und kontinuierlich weiterentwickelt werden können. Ab Januar 2026 bündeln die AKDB aus Bayern und Prosoz aus Nordrhein-Westfalen ihre Fach- und Entwicklungskompetenzen in den Bereichen Sozial-, Jugend- und Bauwesen. Zwei große, regional stark verankerte Dienstleister entscheiden sich bewusst für eine gemeinsame Perspektive. Für Kommunen bedeutet dies Zugang zu tieferer Fachkompetenz, effizientere Betriebsmodellen und einer langfristig tragfähigen Entwicklungsbasis jenseits regionaler Grenzen.

Ergänzt wird diese Zusammenarbeit durch gemeinsame Beschaffungs- und Betriebsmodelle. Über Initiativen wie ProVitako bündeln kommunale IT-Dienstleister ihre Nachfrage und treten gegenüber Anbietern geschlossen auf. Das senkt Kosten, erhöht Planungssicherheit und stärkt die Position der öffentlichen Hand. Auch im Bereich der Cloud-Infrastruktur zeigt sich der Nutzen dieser Bündelung. Mit der Deutschen Verwaltungscloud, umgesetzt durch die Genossenschaft der govdigital, entsteht eine gemeinsame technische Basis, auf der Fachverfahren sicher, skalierbar und souverän betrieben werden können.

Diese zunehmende Vernetzung wirkt sich auch auf bundesweite Digitalvorhaben aus. In Gremien wie dem Standardisierungsboard des IT-Planungsrats bringen kommunale IT-Dienstleister ihre Praxiserfahrung ein und sorgen dafür, dass Standards anschlussfähig bleiben. Ihre Nähe zur operativen Umsetzung macht sie zu zentralen Akteuren zwischen politischem Anspruch und technischer Realität. Diese Perspektive ist besonders wichtig, um bundesweit einheitliche Strukturen aufzubauen und diese zentralisiert bereitzustellen.

Der Deutschland-Stack: Infrastruktur für eine föderale digitale Verwaltung

In diesem Zusammenhang gewinnt der sogenannte Deutschland-Stack an Bedeutung. Er beschreibt laut

Koalitionsvertrag eine gemeinsame technische und organisatorische Grundlage aus wiederverwendbaren Software- und Infrastrukturbausteinen für Bund, Länder und Kommunen. Der Deutschland-Stack ist dabei nicht nur Zielbild, sondern zunehmend auch Treiber der Kooperation. Er setzt voraus, dass bestehende Lösungen integriert, modularisiert und interoperabel gemacht werden. Genau hier setzen die kooperativen Strukturen der kommunalen IT-Dienstleister an. Viele gemeinsam entwickelte Fachverfahren und Plattformen sind bereits so aufgebaut, dass sie als wesentliche Bausteine eines solchen Stacks dienen können. Der Deutschland-Stack entsteht damit nicht auf der grünen Wiese, sondern aus der Praxis interkommunaler und föderaler Zusammenarbeit heraus.

„Gemeinsam digital“ als Zukunftsbasis für die Digitalisierung in Deutschland

Für die Kommunen bringt diese Entwicklung spürbare Vorteile. Sie können auf erprobte Standards zurückgreifen, reduzieren eigene Aufwände und erhalten professionelle Unterstützung beim Betrieb komplexer Systeme. Gleichzeitig bleibt die Steuerungsfähigkeit gewahrt, da die Lösungen in öffentlich-rechtlichen Strukturen entwickelt und verantwortet werden.

Die Bündelung von Leistungen und der Ausbau von Kooperationen sind dabei kein kurzfristiger Trend, sondern eine strategische Antwort auf die Herausforderungen der digitalen Verwaltung. Sie zeigen, dass Föderalismus und Zusammenarbeit kein Widerspruch sind. Regionale Nähe bleibt erhalten, während bundesweite Skaleneffekte genutzt werden. Die Zukunft der Verwaltungsdigitalisierung liegt nicht im Einzelkämpfertum. Sie liegt im arbeitsteiligen Netzwerk. Kommunale IT-Dienstleister haben diesen Weg früh eingeschlagen. Und damit gestalteten sie aktiv die digitale Zukunft der Verwaltung in Deutschland.

Behörden Spiegel online

News – Events – Fortbildungen

- Tägliche Public Sector-News
- Individueller Newsfeed
- Direkter Zugriff auf Events, Newsletter, Podcasts

Eine für Alles – To Go und im Büro

Jetzt kostenlos herunterladen!

Google Play App Store



Auch 2025 war die Fachausstellung in der Alten Reithalle des Maritim Hotel Stuttgart wieder der Ort zum Networken, für fachlichen Austausch, Inspiration und Kooperation.

Foto: BS/Bildschön



Prof. Dr. Jörn von Lucke präsentierte beim Baden-Württemberg 4.0-Kongress seine KI-Leitlinien. Foto: BS/Klement



Manfred Pentz (CDU) forderte in Hessen weniger Veredlung von EU-Richtlinien.
Foto: BS/Bildschön



(v. l. n. r.) Lars Hoppmann (VITAKO), Dr. Alexander Bode (KommunalCampus), Arne Schömann (IT.NRW) und Clarisse Schröder (Moderatorin) diskutierten beim e-nrw-Kongress.
Foto: BS/Bildschön



Bernd Schröder (links), CIO von Sachsen-Anhalt, unterzeichnete beim Nordländer Kongress 2025 den LL-Moin-Nachnutzungsvertrag mit dem Dataport

Foto: BS/Bildschön



Fabian Mehring sprach sich auf dem Zukunftskongress Bayern für Digital-Only aus.
Foto: BS/Bildschön



LSI-Präsident Bernd Geisler erklärte die Aufgaben seiner Behörde auf dem IT-Sicherheitstag Bayern und sprach über die Schadcodeanalyse des Landesamtes.

Foto: BS/Schubert



Thomas Jarzombek, Parlamentarischer Staatssekretär des BMDS, kündigte neue Cyber-Impulse an. Foto: BS/Bildschön



Prof. Dr. Sabine Kuhlmann zeigte beim Digitalen Staat, wie Kräftebündelung den Staat voranbringt. Foto: BS/Bildschön



Frank Hufschmidt, Projektleiter Digitalisierung bei der Stadt Wuppertal, gab beim e-nrw-Kongress Einblicke in den Prozess der Aktendigitalisierung der Kommune.

Foto: BS/Schubert



Mit viel Leidenschaft vermittelte Dr. Marco Brunzel der Zuschauerschaft bei Digitale Verwaltung Rheinland-Pfalz, dass sich der Umgang mit Datensätzen in einer zukunftsgerichteten Verwaltung nachhaltig verändern muss.

Foto: BS/Bildschön



Dr. Daniel Meltzian, Referatsleiter im BMI, erläuterte den Stand der NIS2-Umsetzung. Foto: BS/Bildschön

Impressum

HERAUSGEBERIN
DR. EVA-CHARLOTTE PROLL

REDAKTIONELLE LEITUNG
FREDERIK STEINHAGE, CARLA MENZEL

REDAKTION
ANNE MAREILE WALTER, ANNA STRÖBELE, CARLA MENZEL, CHRISTIAN BRECHT, JONAS BRANDSTETTER, PAUL SCHUBERT, SCARLETT FELS, SVEN RUDOLF, TANJA KLEMENT

ANZEIGENLEITUNG
ARNE WIENERT

LAYOUT
ANDRÉ OFFENHAMMER, PROGOV MBH

TITELBILD
BS/AO IN BEARBEITUNG VON IGOR, ADOBE STOCK.COM

DAS JAHRBUCH WIRD VERLEGT VON
PROPRESS VERLAGSGESELLSCHAFT MBH (BEHÖRDEN SPIEGEL-GRUPPE)

GESCHÄFTSFÜHRER UND ANZEIGENLEITUNG
DR. FABIAN RUSCH

ERFÜLLUNGSSORT UND GERICHTSSTAND
BONN

BÜRO BONN
FRIEDRICH-EBERT-ALLEE 57 · 53113 BONN
T +49 228 970 970

BÜRO BERLIN
KASKELSTRASSE 41 · 10317 BERLIN
T +49 30 55 74 12 0

KONTAKT
REDAKTION@BEHOERDENSPIEGEL.DE
WWW.BEHOERDENSPIEGEL.DE

DRUCK
KÖLLEN DRUCK+VERLAG GMBH

NAMENTLICH GEKENNZEICHNETE BEITRÄGE GEBEN NICHT UNBEDINGT DIE MEINUNG DER REDAKTION WIEDER. ALLE RECHTE VORBEHALTEN. DAS BUCH UND ALLE IN IHM ENTHALTENEN BEITRÄGE UND ABBILDUNGEN (AUCH WERBEEINSCHALTUNGEN) SIND URHEBERRECHTLICH GESCHÜTZT. MIT AUSNAHME DER GESETZLICH ZUGELASSENEN FÄLLE IST EINE VERWERTUNG OHNE EINWILLIGUNG DES VERLAGES NICHT STATthaFT UND WIRD URHEBERRECHTLICH VERFOLGT.

© 2026 PROPRESS VERLAGSGESELLSCHAFT MBH
(BEHÖRDEN SPIEGEL-GRUPPE)

Ostwestfalen-Lippe-IT

owl !t



**Neue Innovationen,
erstklassige
IT-Lösungen
und viel Expertise.**

Das ist die
OWL-IT

www.owl-it.de



Bis zu 75%
Lizenzkosten
sparen!

IHR WEG ZUR DIGITALEN AUTONOMIE

Gebrauchte Softwarelizenzen – unabhängig & nachhaltig.

Die digitale Souveränität Europas ist kein Konzept – sie ist eine Verantwortung. LizenzDirekt unterstützt Behörden und Unternehmen dabei, Abhängigkeiten zu vermeiden oder bestehende zu reduzieren.

Mit unserer Expertise entwickeln wir Lösungen, die Sie unabhängiger machen, Ihr Budget schonen und Ihre Lizenzverwaltung vereinfachen.

Abhängigkeit vermeiden, Autonomie gewinnen – mit LizenzDirekt.



Mehr erfahren:
lizenzdirekt.com/expertenwissen